

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1992

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Piloterhebung im Dienstleistungssektor	243	Dienstleistungen gewinnen für den Fortschritt in hochentwickelten Volkswirtschaften rasch an Bedeutung. Eine durch Gesetz fundierte Dienstleistungsstatistik, der eine EG-Pilotstudie vorausging, wird jetzt vorbereitet.
Wohngeld 1991	249	Es wird über die Entwicklung des Wohngeldes und die neue Situation nach Einführung des pauschalierten Wohngeldes im Jahre 1991 informiert.
Bauüberhang 1991	256	Ende 1991 waren 16 700 Wohngebäude und 3 100 Nichtwohngebäude genehmigt, aber noch nicht fertiggestellt.
Insolvenzen im ersten Halbjahr 1992	261	Die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren hat sich im ersten Halbjahr 1992 erneut erhöht. Die Ergebnisse der amtlichen Insolvenzstatistik erlauben eine detaillierte Analyse dieser Entwicklung.
Todesursachen 1991	266	In Ermangelung einer umfassenden Morbiditätsstatistik bildet die Todesursachenstatistik eine wichtige Informationsquelle zur Beurteilung des Krankheitsgeschehens in der Bevölkerung.
Die Konjunkturdatei im Landesinformationssystem	271	Die Konjunkturdatei ist die kleinste der drei Datenbanken des Landesinformationssystems. Sie enthält eine halbe Million Daten auf Landesebene und Vergleichszahlen für das Bundesgebiet.
Neues Betriebssystem im Rechenzentrum	274	In diesem Beitrag wird der Übergang auf das Betriebssystem MVS / ESA im Zentralrechnerbereich dargestellt.
Anhang	81 *	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	87 *	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Piloterhebung im Dienstleistungssektor

In hochentwickelten Volkswirtschaften gewinnen besonders die von Unternehmen nachgefragten Dienstleistungen an Bedeutung. Im Datenangebot der amtlichen Statistik bestehen für diesen Dienstleistungssektor derzeit noch Defizite, auch im übrigen EG-Raum. Da vorhandene Daten auf nationalen Konzepten beruhen und auf europäischer Ebene kaum vergleichbar sind, hat das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) in einem Koordinierungsausschuß den Aufbau einer gemeinschaftlichen Dienstleistungsstatistik vorangebracht.

Parallel dazu wurde dem Rat der Europäischen Gemeinschaften von der EG-Kommission ein Zweijahresprogramm (1992 – 1993) für die Entwicklung einer europäischen Dienstleistungsstatistik zur Entscheidung übermittelt. Wichtiger Bestandteil des Arbeitsprogramms der EG-Kommission sind Piloterhebungen. In der Bundesrepublik Deutschland wurde 1991/1992 eine arbeitsteilig zwischen einigen statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt organisierte Piloterhebung abgeschlossen. Auf ihren Grundlagen wird in der Bundesrepublik Deutschland derzeit ein Dienstleistungsstatistikgesetz vorbereitet. Kl

Mehr über dieses Thema auf Seite 243.

Insolvenzen nehmen weiter zu

Im ersten Halbjahr 1992 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 404 Anträge auf Eröffnung eines Konkurs- oder Vergleichsverfahrens gestellt. Dies sind rund 9 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Während die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche mit rund 5 % verhältnismäßig moderat anstieg, war bei den übrigen Gemeinschuldnern ein überproportionaler Zuwachs zu verzeichnen.

Wie bereits in den vergangenen Jahren, waren auch in den ersten sechs Monaten dieses Jahres Unternehmen, die in der Rechtsform einer GmbH geführt wurden, besonders häufig von Zahlungsunfähigkeit bzw. Überschuldung betroffen. Für diese Gesellschaften mit beschränkter Haftung besteht tendenziell ein rund fünfmal höheres Insolvenzrisiko als für die Unternehmen mit anderer Rechtsform. Auch junge Unternehmen wiesen eine vergleichsweise hohe Insolvenzhäufigkeit auf. Insgesamt 78 % der Firmenzusammenbrüche gehören der Alterskategorie der unter 8 Jahre alten Unternehmen an.

Während im Dienstleistungsbereich die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren gegenüber dem ersten Halbjahr 1991 um rund 7 % abnahm, stiegen die Insolvenzzahlen sowohl im Handel als auch im produzierenden Gewerbe deutlich an. Die höchste Insolvenzquote weist das Baugewerbe auf. Je 10 000 bestehende Unternehmen dieser Wirtschaftsbranche konnten im

ersten Halbjahr 1992 insgesamt 59 den Konkurs bzw. Vergleich nicht abwenden. re

Mehr über dieses Thema auf Seite 261.

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung¹⁾ bis Ende September

Steuerart	1. – 3. Quartal		Ver- ände- rung
	1991	1992	
	Mill. DM		%
Landessteuern	1 003,5	1 085,2	8,1
Vermögensteuer	212,8	214,5	0,8
Erbschaftsteuer	145,6	108,9	- 25,3
Kraftfahrzeugsteuer	455,6	555,0	21,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	112,4	125,1	11,3
Feuerschutzsteuer	14,1	18,5	31,1
Biersteuer	63,0	63,2	0,3
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	4 675,1	5 045,8	7,9
Lohnsteuer	3 337,3	3 741,2	12,1
Veranlagte Einkommensteuer	498,9	504,5	1,1
Kapitalertragsteuer	211,8	189,7	- 10,4
Körperschaftsteuer	627,2	610,4	- 2,7
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	2 250,6	2 322,5	3,2
Umsatzsteuer	1 238,8	1 273,4	2,8
Einfuhrumsatzsteuer	1 011,8	1 049,0	3,7
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	70,3	79,7	13,4
Gewerbesteuerumlage-Anhebung	5,4	14,9	177,7
I n s g e s a m t	8 004,9	8 548,1	6,8

¹⁾ Da die Aufkommensintensität während des Jahres erheblichen Schwankungen unterliegt, dürfen unterjährige Ergebnisse nicht direkt auf das Gesamtjahr hochgerechnet werden.

Höchster Bauüberhang seit 1983

Ende 1991 waren 14 200 Wohnungen rohbaufertig

Ende 1991 waren in Rheinland-Pfalz 33 957 Wohnungen in neuen Gebäuden genehmigt, aber noch nicht fertiggestellt (Bauüberhang). Das Ergebnis vom 31. Dezember 1990 (28 945) wurde um gut 17 % übertroffen.

14 203 Wohnungen waren zum Jahresende 1991 rohbaufertig, bei 9 121 war mit der Bauausführung begonnen worden, standen aber noch nicht unter Dach. Nicht begonnen hatten die Bauarbeiten an 10 633 Wohnungen.

Der Gesamtüberhang an Wohnungen bezifferte sich einschließlich der 4 912 Wohnungen (Vorjahr: 4 222),

die durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden entstehen werden, auf 38 869 Einheiten. Seit Ende 1983 wurde ein so hohes Ergebnis für Wohnungen nicht mehr festgestellt. hes

Mehr über dieses Thema auf Seite 256.

Wohnungsbau hat Konjunktur

In den ersten neun Monaten 10 % mehr Wohnungen genehmigt

In den ersten drei Quartalen des Jahres 1992 wurden in Rheinland-Pfalz wiederum deutlich mehr Wohnungsbaugenehmigungen erteilt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Mit 19 259 neuen Wohnungen lag die

Zahl der Baufreigaben um 10 % über dem Vergleichswert des Vorjahres (17 525).

Allein für den Bau von Mehrfamilienhäusern wurden Genehmigungen für 8 953 Wohneinheiten ausgesprochen (+ 17,6 %). Im Vorjahreszeitraum waren es 7 613. Bis einschließlich September 1992 konnten 3 864 Zweifamilienhauswohnungen zum Bau freigegeben werden, fast 36 % mehr als bis Ende September 1991 (2 848).

Nach neun Genehmigungsmonaten lag die Zahl der neu geplanten Einfamilienhäuser bei 5 805 und damit knapp (+ 0,7 %) über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraumes (5 765). hes

Jeder zwanzigste Haushalt erhält Wohngeld

Zum Jahresende 1991 bezogen 5,1 % aller privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz Wohngeld. Es dominieren Einpersonenhaushalte, auf die 44,2 % der Hilfen entfallen. Jeder zweite Wohngeldempfänger ist Rentner oder Arbeiter. Wohngeldzahlungen werden als Unterstützung in Form eines Miet- oder Lastenzuschusses bewilligt, wobei überwiegend Mietzuschüsse (84,5 %) in Anspruch genommen werden. Die Entlastungswirkung des Wohngeldes hat sich leicht abgeschwächt, da die Steigerung der Leistungen die Zunahme der Wohnkosten nicht voll kompensieren konnte. Zugleich hat sich die Wohnqualität weiter verbessert. Der Anteil der Wohngeldbezieher, die über eine Wohnung mit Sammelheizung und Bad verfügen, hat sich auf drei Viertel erhöht.

Nach der Einführung des pauschalierten Wohngeldes zeigen sich im Vergleich zu 1989 teilweise deutliche strukturelle Verschiebungen. Seit 1982 hat sich der Anteil der erwerbstätigen Empfänger fast verdoppelt. str

Mehr über dieses Thema auf Seite 249.

Wohngeldleistungen um 10 % gestiegen

Im 3. Quartal 1992 erhielten 74 300 Haushalte in Rheinland-Pfalz Zuschüsse zu den Aufwendungen für Wohnraum in Höhe von insgesamt 48 Mill. DM. Das waren 10 % mehr als im Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch je Haushalt lag im September 1992 mit 158 DM um 12 DM höher als ein Jahr zuvor.

Knapp die Hälfte des Bewilligungsvolumens (22,3 Mill. DM) entfiel auf die 29 000 Empfänger von pauschaliertem Wohngeld, die ihren Mietzuschuß zusammen mit der Sozialhilfe bzw. Kriegsoferfürsorge erhalten. An 7 100 Haus- bzw. Wohnungseigentümer wurden Lastenzuschüsse von insgesamt 3,9 Mill. DM gezahlt. us

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im Oktober 1992		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu Oktober 1991 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	111,6	2,7
Bekleidung, Schuhe	114,2	2,9
Wohnungsmieten	125,9	5,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	90,1	-0,9
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	115,4	3,5
Güter für		
Gesundheits- und Körperpflege	118,8	2,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	117,7	2,0
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	113,4	4,5
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	127,1	6,6
Gesamtlebenshaltung	116,1	3,7
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	115,7	3,5
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	116,9	3,8
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	115,8	3,6

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3.10. 1990.

Piloterhebung im Dienstleistungssektor

Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) hat in einem Koordinierungsausschuß den Aufbau einer gemeinschaftlichen Dienstleistungstatistik auf den Weg gebracht. Als wichtigste Aufgabe wurde die Entwicklung eines Methodenhandbuchs angesehen, das vornehmlich Überlegungen hinsichtlich der zweckmäßigsten Erhebungseinheit und die Festlegung von Merkmalen einer EG-weit geplanten Jahreserhebung bei Unternehmen zum Gegenstand hat.

Parallel dazu ist dem Rat der Europäischen Gemeinschaften von der EG-Kommission der Entwurf eines Zweijahresprogramms (1992 – 1993) für die Entwicklung einer europäischen Dienstleistungstatistik vorgelegt worden. Das Arbeitsprogramm sieht neben der Bedarfsermittlung auch die Sammlung von statistischen Daten über den Dienstleistungsbereich mit Hilfe von Pilotstudien vor.

Der vorliegende Bericht basiert auf den Referentenbesprechungen zur jetzt abgeschlossenen Pilotstudie, auf Zwischenberichten, Protokollen, dem in den statistischen Landesämtern zur Diskussion gestellten Endbericht sowie auf den Erfahrungen, die im Rahmen der Studie gesammelt wurden.

Konzeption der Erhebung

Die Pilotstudie, für die ein Vertrag entworfen wurde, umfaßte drei Teilbereiche:

- 1) Eine Befragung von Unternehmen, die unternehmensbezogene Dienstleistungen erbringen (ICOBs = Information, communication and other business services) mit dem Ziel, 3 000 auswertbare Erhebungsbogen zu erhalten. In einer zweiten Phase wurden mit einem Teil dieser Unternehmen weitergehende Interviews geführt. Ziel der Interviews war es, zusätzliche Erkenntnisse über Besonderheiten und Charakteristika der einzelnen Dienstleistungsbereiche zu gewinnen.
- 2) Parallel war im zweiten Bereich eine Befragung von Arbeitsstätten mit mindestens 400 m² Verkaufsfläche von Großunternehmen des Einzelhandels realisiert worden. Ziel war es, 1 000 auswertbare Erhebungsbogen zu erhalten.

- 3) Als dritter Bereich war eine Untersuchung (desk research) über Bedeutung und Umfang der "Economie sociale" (Genossenschaften und ähnliche Selbsthilfeeinrichtungen) in Deutschland vorgesehen.

Aus der Sicht der amtlichen Statistik besteht ein besonderes Interesse an der Pilotstudie über unternehmensbezogene Dienstleistungen (ICOBs). Die bei der Pilotstudie gesammelten Erfahrungen sollen zur Vorbereitung eines bundesdeutschen Dienstleistungstatistikgesetzes genutzt werden. Die Arbeiten in Deutschland und in der EG stehen insofern in einem engen Zusammenhang, zumal auch vergleichbare statistische Ergebnisse allenthalben dringend benötigt werden. Außerdem stellen die hierbei gewonnenen Erkenntnisse eine Fortsetzung der Arbeiten dar, die 1987 mit der Dienstleistungstestschichtprobe eingeleitet

Erhebungsbereiche der Pilotstudie
im Dienstleistungssektor

NACE-Positionen			Bezeichnung	Auswertbarer Rücklauf	
Abteilung	Gruppe	Klasse		Ziel	Zielrealisierung
72			Datenverarbeitung	450	553
		74.11 74.12 74.14	Rechts- und Wirtschaftsberatung	630	1 109
	74.4	74.13	Marketing-Tätigkeiten	390	394
	74.2 74.3		Technische Beratung und Planung	570	1 002
71			Vermietung beweglicher Sachen (einschließlich Leasing)	210	239
	74.5		Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	60	80
	74.6 74.7		Personen- und Objektüberwachung, Gebäudereinigung	240	298
	74.8		Sonstige Dienstleistungen für Unternehmen	450	494
71, 72, 74 (ohne 74.15)			Unternehmensbezogene Dienstleistungen (ICOBs)	3 000	4 169

wurden. Nachdem die Projektbeschreibung geprüft war, konnte die Pilotstudie nach § 7 Abs. 2 Bundesstatistikgesetz (BStatG) realisiert werden.

Im Teilbereich unternehmensbezogener Dienstleistungen erstreckte sich die Erhebung auf die Wirtschaftszweige Datenverarbeitung, Rechts- und Wirtschaftsberatung, Marketing, technische Beratung und Planung, Vermietung beweglicher Sachen, Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, Personen- und Objektüberwachung/Gebäudereinigung sowie sonstige Dienstleistungen für Unternehmen. Die statistischen Angaben sollten grundsätzlich für das Unternehmen einschließlich aller inländischen Zweigniederlassungen gemacht werden.

Aus der schriftlichen Befragung wurden bundesweit rund 3 000 auswertbare Erhebungsvordrucke benötigt, die sich gemäß der Tabelle auf Seite 243 auf die einzelnen Dienstleistungszweige – gemäß der Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (NACE Rev. 1) – verteilen sollten.

Dieser Teil der Piloterhebung wurde arbeitsteilig zwischen den statistischen Landesämtern Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und dem Statistischen Bundesamt organisiert.

Im Teilbereich Handel erstreckt sich die Erhebung auf Verkaufsstätten des Einzelhandels mit einer Verkaufsfläche von mindestens 400 m². Die Erhebungsunterlagen enthalten einen Vordruck für das Unternehmen und für jede ausgewählte Verkaufsstätte. Die Ergebnisse für diesen Bereich sollen primär der Entwicklung einer Zusatzklassifikation (Typologie) von Betrieben und Unternehmen des Einzelhandels dienen.

Die Gewinnung von Ergebnissen tritt daher stark zurück. Mit Ausnahme der dezentralen Stichprobenziehung in den statistischen Landesämtern wurde die Einzelhandelsstudie vom Statistischen Bundesamt durchgeführt und bleibt hier außer Betracht. Für den dritten Teilbereich ("Economie sociale") wurde vom Statistischen Bundesamt bereits ein Bericht erstellt. Unternehmensorientierte Dienstleistungen stehen hier im Vordergrund.

Sowohl für den Dienstleistungs- als auch für den Einzelhandelsbereich galt das Geschäftsjahr 1990 als Berichtsjahr. Als Stichtag für zeitpunktbezogene Angaben war in beiden Bereichen der 31. Dezember 1990 vorgegeben.

Erhebung unternehmensbezogener Dienstleistungen

Die Erhebungsvordrucke für unternehmensbezogene Dienstleistungen wurden Ende September / Anfang Oktober 1991 an die Unternehmen versandt. Zuvor wurden die Verbände des Dienstleistungsbereiches durch Rundschreiben und persönliche Kontakte über das Vorhaben informiert und um ihre Unterstützung gebeten. Der Rücklauf der Erhebungsvordrucke wurde im Dezember 1991 abgeschlossen. Die Bearbei-

tung des Datenmaterials erfolgte sehr zügig, so daß seit Juli 1992 erste Ergebnisse vorliegen. Die vorgesehenen 60 Interviews wurden arbeitsteilig von den statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt bis April 1992 geführt. Ein Zwischenbericht zur Piloterhebung über den ICOBS-Bereich wurde im September 1991 vom Statistischen Bundesamt an das SAEG weitergeleitet. Der Abschlußbericht wurde mittlerweile ebenfalls abgegeben.

Arbeitsstättenzählung als Auswahlgrundlage

Da für den Dienstleistungsbereich in der Bundesrepublik kein aktuelles und vollständiges Anschriftenregister existiert, bestand das Hauptproblem bei der Planung der Piloterhebung insbesondere im ICOBS-Bereich darin, geeignetes Anschriftenmaterial als Auswahlgrundlage für die Ziehung einer repräsentativen Stichprobe zu finden. Hier wurde auf Vorkenntnisse aus der Dienstleistungsteststichprobe zurückgegriffen. Nach den damaligen Untersuchungen zeigte sich, daß die von privaten Anbietern erstellten Adreßdateien vor allem aufgrund von Problemen bei der wirtschaftszweigsystematischen Zuordnung nicht als Auswahlgrundlage verwendet werden konnten.

Die Betriebsdatei der Bundesanstalt für Arbeit, die bei der Dienstleistungsteststichprobe die Auswahlgrundlage bildete, weist ebenfalls Nachteile auf, die ihre Eignung für die Piloterhebung stark einschränken. Der gravierende Mangel liegt in der Tatsache, daß in dieser Datei lediglich Betriebe mit sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern enthalten sind, so daß nicht die gesamte Zielgesamtheit abgedeckt wird. Hinzu kommt, daß eine andere Wirtschaftszweigsystematik als in der amtlichen Statistik verwendet wird.

Es wurde daher entschieden, auf das Anschriftenmaterial der Arbeitsstättenzählung (AZ) von 1987 zurückzugreifen. Die AZ war eine Totalerhebung, die aufgrund ihrer Erhebungsorganisation (Begehung der Arbeitsstätten durch Interviewer) die größtmögliche Vollständigkeit hinsichtlich der Zielgesamtheit sicherstellt. Die hier verwendeten Methoden und Konzepte genügen den Anforderungen für die Piloterhebung.

Ein Nachteil der AZ-Lösung war die mangelnde Aktualität des Adreßmaterials. Angesichts der vermuteten hohen Fluktuation der in die Pilotstudie einzubeziehenden Dienstleistungsbereiche mußte mit einer erheblichen Zahl sogenannter unechter Antwortausfälle gerechnet werden. Das sind insbesondere diejenigen Unternehmen, die nicht oder nicht mehr zum Erhebungsbereich gehören, also zwischenzeitlich erloschen sind oder ihre Tätigkeit in andere Wirtschaftszweige außerhalb des Erhebungsbereichs verlagert haben. Die Zahl der echten Antwortausfälle wurde aufgrund der mangelnden Aktualität ebenfalls als hoch eingeschätzt, da zu erwarten war, daß Anschriften von Unternehmen, die ihren Namen und / oder Sitz geändert haben, trotz Nachforschungen in Adreß- und Telefonbüchern, nicht auffindig gemacht werden können.

Bei Abwägung der Vor- und Nachteile war die AZ aus methodischer Sicht jedoch die unter den gegebenen

Umständen bestgeeignete Auswahlgrundlage für die Erhebung. Sie bot zudem den organisatorischen Vorteil, die Stichprobenziehung im ICOPS-Bereich mit derjenigen für den Einzelhandel zu verknüpfen.

Stichprobenplan und Organisation der Erhebung

Die Auswahlgrundlage für die Stichprobe im ICOPS-Bereich umfaßte alle Unternehmen der entsprechenden Dienstleistungsbereiche aus der AZ 1987. Der Stichprobenplan sah eine geschichtete Zufallsauswahl vor. Insgesamt wurden 40 Schichten gebildet. Die Schichtung erfolgte in Anlehnung an die Gliederungsposition des Tabellenprogramms nach acht Dienstleistungsbereichen und je fünf Beschäftigtengrößeklassen. Der Stichprobenumfang wurde auf alle westlichen Bundesländer proportional zu den Besetzungszahlen in der Auswahlgrundlage aufgeteilt, um repräsentative Ergebnisse für das gesamte ehemalige Bundesgebiet zu erhalten.

Die Bruttostichprobe umfaßte rund 17 000 Unternehmen. Sie lag damit um ein Mehrfaches über dem Mindest-Stichprobenumfang von 3 000 Erhebungseinheiten. Hierfür sprach, daß aufgrund der Freiwilligkeit der Erhebung erfahrungsgemäß nur mit einer Antwortquote von etwa 30 % gerechnet werden konnte. Neben diesen echten Antwortausfällen sind die unechten Antwortausfälle zu berücksichtigen, die sich nach den vorliegenden Erkenntnissen in ähnlichen Größenordnungen bewegen.

Die Daten wurden in der Bundesrepublik Deutschland von sieben statistischen Landesämtern und vom Statistischen Bundesamt erhoben. Die teilnehmenden Landesämter übernahmen die Stichprobenziehung, Anschriftenermittlung, den Versand und die Überwa-

chung, die manuelle Plausibilitätskontrolle, die Datenerfassung sowie die maschinelle Plausibilitätskontrolle.

Qualitätskontrolle und Hochrechnung

Das Ziel, 3 000 auswertbare Fragebogen zu erhalten, konnte bereits Ende 1991 erreicht werden. Nach dem Ende des Rücklaufs wurden 4 169 verwertbare Fragebogen gezählt. Der verwertbare Rücklauf erreichte bundesweit eine Quote von 24,6 %. In Rheinland-Pfalz wurden 35 % erzielt, wobei in allen Beschäftigtengrößeklassen überdurchschnittlich gute Ergebnisse realisiert wurden. Die Erhebungsvordrucke wurden weitgehend mit Hilfe eigens erstellter EDV-Programme verarbeitet. Darüber hinaus wurden die Erhebungsvordrucke bereits vor der Datenerfassung einer eingehenden manuellen Kontrolle unterzogen. Neben den Steuerungs- und Hilfsprogrammen für Datenerfassung, Versand und Rücklaufkontrolle und dem Tabellierprogramm erfolgte auch eine umfassende maschinelle Plausibilitätskontrolle, die nicht nur Formalfehler (z. B. fehlerhafte Signierungen) erkennen, sondern auch inhaltliche Prüfungen vornehmen kann. Dabei wurde u. a. die Stimmigkeit der Daten anhand von Kenngrößen (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer, Umsatz je tätige Person, Verhältnis der Investitionen zum Umsatz u. ä.) geprüft.

Zur Erstellung der Tabellen wurden die Erhebungsmerkmale frei hochgerechnet, wobei schichtweise die Antwortausfälle korrigiert wurden. Bei der Hochrechnung wurde die Schichtung nach Bundesländern nicht berücksichtigt. Landesergebnisse, die eher internen Zwecken dienen, werden an dieser Stelle wegen mangelnder Repräsentativität nicht veröffentlicht. Zu beachten ist, daß die hochgerechneten Ergebnisse im Niveau durchweg zu niedrig liegen, da keine Stichprobe von

Bruttostichprobe nach Bundesländern und Dienstleistungsbereichen

Bundesland ¹⁾	Dienstleistungsbereiche insgesamt	Datenverarbeitung	Rechts- und Wirtschaftsberatung	Marketing-Tätigkeiten	Technische Beratung und Planung	Vermietung beweglicher Sachen	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	Personen- und Objektüberwachung, Gebäudereinigung	Sonstige Dienstleistungen
Schleswig-Holstein	554	70	126	60	110	66	6	55	61
Hamburg	778	101	177	126	115	47	25	66	121
Niedersachsen	1 374	212	296	169	261	110	24	135	167
Bremen	197	25	48	22	34	16	6	24	22
Nordrhein-Westfalen	4 266	565	890	537	765	271	102	346	790
Hessen	1 895	306	414	314	356	92	38	133	242
Rheinland-Pfalz	742	99	164	87	169	43	15	58	107
Baden-Württemberg	2 852	473	487	375	643	198	54	218	404
Bayern	3 309	562	657	433	651	180	87	222	517
Saarland	224	27	50	28	41	18	6	22	32
Berlin	763	119	165	77	131	63	21	74	113
Bundesländer insgesamt	16 954	2 559	3 474	2 228	3 276	1 104	384	1 353	2 576

1) Gebietsstand: 2. 10. 1990.

Rücklauf nach Beschäftigtengrößenklassen im Bundesgebiet¹⁾

Beschäftigtengrößenklasse von ... bis ... Beschäftigte	Unternehmen in der Bruttostichprobe		Verwertbarer Rücklauf		Ausfälle			
	Anzahl	%	Anzahl	%	echt		unecht	
1	6 244	100	1 120	17,9	3 984	63,8	1 140	18,3
2 - 10	7 289	100	1 864	25,6	4 576	62,8	849	11,6
11 - 99	2 590	100	857	33,1	1 499	57,9	234	9,0
100 - 499	670	100	250	37,3	338	50,4	82	12,2
500 und mehr	161	100	78	48,4	67	41,6	16	9,9
Insgesamt	16 954	100	4 169	24,6	10 464	61,7	2 321	13,7

1) Gebietsstand: 2. 10. 1990.

Unternehmen, die nach dem Stichtag der AZ (25. Mai 1987) gegründet wurden, gezogen werden konnte.

Beurteilung der Ergebnisqualität

Die Ergebnisse der Erhebung können nur für die untersuchte Auswahlgesamtheit gelten, d.h. für solche Unternehmen, die am 25. Mai 1987 in der AZ als den betreffenden Dienstleistungsbereichen zugehörig erfaßt wurden und 1991 noch existierten. Bestehende Abweichungen führen deshalb zu entsprechenden Ergebnisabweichungen.

13,7 % (Rheinland-Pfalz: 15,4 %) der in die Stichprobenauswahl gelangten 16 954 Unternehmen waren unechte Ausfälle, also Unternehmen in der Auswahlgrundlage, die nicht zur Zielgesamtheit gehören. Hierbei handelte es sich vor allem um Löschungen und Konkurse, Bereichswechsler, falsche Wirtschaftszweigsignierungen und Fusionen. Hinzu kommt noch ein nicht exakt zu quantifizierender Teil von Unternehmen der Zielgesamtheit, die nicht in der Auswahlgrundlage enthalten sind. In der Konsequenz bedeuten diese aufgeführten Fälle, daß zwar Abgänge aus den Dienstleistungsbereichen statistisch erfaßt, Zugänge aber nicht entsprechend berücksichtigt wurden. Ein weiteres Kriterium zur Beurteilung der Ergebnisqualität ergibt sich auch aus der Analyse der Teilnahmebereitschaft. Die echten Ausfälle liegen mit einem Anteil von 61,7 % (Rheinland-Pfalz: 49,6 %) an der Bruttostichprobe auf einem Niveau, das für freiwillige Erhebungen bei Unternehmen als üblich betrachtet werden kann.

Normalerweise werden mit so hohen Zufallsfehlern behaftete Ergebnisse, die vor allem auch auf den geringen Stichprobenumfang zurückzuführen sind, nicht veröffentlicht oder weitergegeben. Der Charakter der Erhebung als Pilotstudie sowie das sehr große Interesse an Angaben über diese bisher statistisch nur sehr gering untersuchten Bereiche rechtfertigen es dennoch, zusammengefaßte Ergebnisse auf Bundesebene vorzustellen.

Wesentliche Ergebnisse der Erhebung unternehmensbezogener Dienstleistungen

Bei der Interpretation der Ergebnisse im ICOBS-Bereich ist zu berücksichtigen, daß Untererfassungen vorgekommen sind. Die folgende Kommentierung basiert auf Bundesergebnissen und stellt in erster Linie auf erkennbare Strukturen und weniger auf absolute Angaben ab.

Nach den Ergebnissen des schriftlichen Teils der Piloterhebung im ICOBS-Bereich sind in Westdeutschland in den acht Dienstleistungsbereichen insgesamt rund 159 000 Unternehmen tätig. Gemessen an der Zahl der Unternehmen kommt dabei den Bereichen Rechts- und Wirtschaftsberatung sowie technische Beratung und Planung die größte Bedeutung zu, während im Bereich Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften relativ wenige Unternehmen tätig sind.

Die untersuchten Dienstleistungsbranchen beschäftigen rund 1,8 Mill. Personen. Die meisten Personen

Rücklauf nach Beschäftigtengrößenklassen in Rheinland-Pfalz

Beschäftigtengrößenklasse von ... bis ... Beschäftigte	Unternehmen in der Bruttostichprobe		Verwertbarer Rücklauf		Ausfälle			
	Anzahl	%	Anzahl	%	echt		unecht	
1	257	100	62	24,1	138	53,7	57	22,2
2 - 10	351	100	134	38,2	173	49,3	44	12,5
11 - 99	106	100	53	50,0	44	41,5	9	8,5
100 - 499	24	100	9	37,5	12	50,0	3	12,5
500 und mehr	4	100	2	50,0	1	25,0	1	25,0
Insgesamt	742	100	260	35,0	368	49,6	114	15,4

arbeiten dabei in Unternehmen der Personen- und Objektüberwachung sowie der Gebäudereinigung. Dieser Bereich ist in hohem Maße durch Teilzeitbeschäftigung geprägt, und zwar überwiegend mit geringfügig Beschäftigten. Das sind Personen, die entweder nur kurzfristig tätig sind oder nur geringfügig entlohnt werden.

Im Bereich Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften sind weniger als 1 % der Unternehmen tätig, jedoch rund 7 % aller Personen beschäftigt. Gemessen an der Zahl der Beschäftigten kommt dieser Branche die viertgrößte Bedeutung zu. Hierbei ist aber die Besonderheit dieser Arbeitsverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland zu bedenken. Bei Zeitarbeitsunternehmen beschäftigte Arbeitnehmer stehen in diesen Unternehmen in der Regel in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis und führen zeitlich begrenzt Arbeits-einsätze in wechselnden Unternehmen anderer Branchen aus.

Entsprechendes gilt für die Investitionen. Insgesamt wurden in den acht einbezogenen Dienstleistungsbereichen Investitionen von rund 21 Mrd. DM getätigt. Der überwiegende Anteil (rund 65 %) entfiel dabei auf Unternehmen des Bereichs Vermietung beweglicher Sachen. Bei diesen Investitionen handelt es sich zu einem bedeutenden Teil um Güter, die von Unternehmen dieses Bereichs gekauft werden und sich somit in ihrem Eigentum befinden, die aber von Unternehmen anderer Wirtschaftsbereiche im Produktionsprozeß eingesetzt werden.

Den größten Anteil zum Umsatz von rund 161 Mrd. DM bzw. zur Bruttowertschöpfung von rund 142 Mrd. DM tragen Unternehmen der Rechts- und Wirtschaftsberatung mit rund 20 % bzw. 21 % und der technischen Beratung und Planung mit jeweils rund 19 % bei. Solche, die bewegliche Sachen vermieten, stellen rund 4 % der Unternehmen, ihr Anteil am Umsatz bzw. an der Bruttowertschöpfung beträgt indes rund 16 %.

In den untersuchten Dienstleistungsbereichen beschäftigen insgesamt rund 87 % der Unternehmen jeweils weniger als 10 Arbeitnehmer. Die Unternehmensgröße von 10 und mehr Arbeitnehmern ist nur in den Bereichen Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften sowie Vermietung beweglicher Sachen von Bedeutung.

In der Rechts- und Wirtschaftsberatung sowie in der technischen Beratung und Planung dominieren die kleinen Einzelunternehmen. Hierunter fallen die freien Berufe, z. B. Rechtsanwälte, Notare, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Unternehmensberater, Architekten und Ingenieure. Von der Art der Aufgaben und der Aufgabenerfüllung her ist hier der personale Zusammenhang zwischen Unternehmensleitung und Mitarbeitern sehr eng. Es ist mehr als in den anderen Branchen üblich, ein eigenes Unternehmen mit relativ wenig Arbeitnehmern zu führen.

Umsatz nach Kundengruppen

Die Unternehmen der hier untersuchten Dienstleistungsbereiche erzielen ihren Umsatz im Durchschnitt

zu 95 % mit Kunden im Inland. Lediglich Unternehmen des Bereichs technische Beratung und Planung weichen leicht von dieser Umsatzverteilung ab. Die Aufgliederung des Inlandsumsatzes nach inländischen Kundengruppen läßt eine größere Vielfalt der Umsatzstrukturen im Dienstleistungsbereich erkennen. Unternehmen der Datenverarbeitung, des Marketing, der Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften und der sonstigen Dienstleistungen erzielen über 90 % ihres Umsatzes mit anderen Unternehmen.

Anders sieht das Bild in den Bereichen Rechts- und Wirtschaftsberatung, technische Beratung und Planung sowie Vermietung beweglicher Sachen aus. Zwar wird auch hier der Umsatz hauptsächlich mit anderen Unternehmen erzielt, zwischen 17 und 18 % der Umsätze werden aber mit privaten Haushalten getätigt. Zum einen werden Rechtsanwalts- und Architektenleistungen auch von privaten Haushalten nachgefragt, zum anderen hat Leasing von Kraftfahrzeugen durch private Haushalte in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Größere Umsatzanteile mit dem Staat werden dagegen von Unternehmen der technischen Beratung und Planung (z. B. Ingenieurbüros, Architektenbüros) sowie der Personen- und Objektüberwachung, Gebäudereinigung (z. B. private Wachdienste, Reinigungsdienste) erzielt.

Beschäftigung und Personalaufwendungen

Insbesondere in Unternehmen der Bereiche Rechts- und Wirtschaftsberatung sowie technische Beratung und Planung gibt es eine große Zahl von tätigen Inhabern, während in den Bereichen Personen- und Objektüberwachung, Gebäudereinigung sowie Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften vor allem Arbeitnehmer beschäftigt sind. 39 % aller tätigen Personen in den untersuchten Dienstleistungsbereichen sind teilzeitbeschäftigt. Dieses Ergebnis ist bestimmt durch die Verhältnisse im Bereich Personen- und Objektüberwachung, Gebäudereinigung, in dem zum einen die meisten tätigen Personen beschäftigt sind und in dem zum anderen rund 70 % davon eine Teilzeitbeschäftigung ausüben. Teilzeitbeschäftigung ist darüber hinaus auch bei Unternehmen der Rechts- und Wirtschaftsberatung sowie der Marketing-Tätigkeiten relativ weit verbreitet.

Die höchsten Personalaufwendungen sowie Bruttolöhne und-gehälter je Arbeitnehmer wurden für den Bereich Datenverarbeitung ermittelt. Für Arbeitnehmer im Bereich der Personen- und Objektüberwachung, Gebäudereinigung liegen die entsprechenden Kennzahlen vor allem durch den hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigten erheblich unter dem Durchschnittswert aller Bereiche.

Durchführung der Interviews

Die Auswahlgesamtheit für die Interviews bildeten in den beteiligten statistischen Landesämtern diejenigen Unternehmen, die bereits an der vorhergehenden schriftlichen Erhebung teilgenommen hatten. Die beteiligten Ämter der Länder interviewten nur Unternehmen aus ein bis zwei Dienstleistungsbereichen. Dies hatte

Dienstleistungsbereiche 1990¹⁾ im Bundesgebiet²⁾

Dienstleistungsbereich	Unter- nehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowert- schöpfung	Investitionen	Personalauf- wendungen
	Anzahl		Mill. DM			
Absolut						
Datenverarbeitung	9 961	104 088	16 700	14 269	1 984	6 706
Rechts- und Wirtschaftsberatung	58 847	412 643	31 439	30303	1 523	13 386
Marketing-Tätigkeiten	15 564	96 469	23 382	17 919	632	3 792
Technische Beratung und Planung	47 251	276 145	30 331	26 878	1 685	11 665
Vermietung beweglicher Sachen	5 634	41 521	26 101	23 134	13 702	1 647
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	990	124 731	4 572	4 524	81	3 635
Personen- und Objektüberwachung, Gebäude- reinigung	9 422	648 916	11 509	11 106	309	7 551
Sonstige Dienstleistungen	11 375	87 116	16 611	13 741	1 045	3 071
I n s g e s a m t	159 045	1 791 629	160 643	141 873	20 961	51 452
%						
Datenverarbeitung	6	6	10	10	9	13
Rechts- und Wirtschaftsberatung	37	23	20	21	7	26
Marketing-Tätigkeiten	10	5	15	13	3	7
Technische Beratung und Planung	30	15	19	19	8	23
Vermietung beweglicher Sachen	4	2	16	16	65	3
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	1	7	3	3	0	7
Personen- und Objektüberwachung, Gebäude- reinigung	6	36	7	8	1	15
Sonstige Dienstleistungen	7	5	10	10	5	6
I n s g e s a m t	100	100	100	100	100	100

1) Berichtsjahr ist das Geschäftsjahr 1990, Stichtag für zeitpunktbezogene Angaben ist der 31.12.1990. – 2) Gebietsstand: 2.10.1990.

vor allem die Vorteile, daß eine wesentlich gezieltere Vorbereitung ermöglicht wurde und daß Erkenntnisse und offene Fragen, die sich bei den ersten Interviews ergaben, in den späteren Interviews genutzt bzw. vertieft werden konnten. Um grundlegende und detaillierte Aussagen in den einzelnen Dienstleistungsbereichen zu gewinnen, waren insgesamt 81 Interviews geführt worden, ein Drittel davon bei Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten.

Die Interviews wurden zwischen Februar und April 1992 von den beteiligten Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt geführt. Die Gewinnung der Interviewpartner gestaltete sich dabei in der Regel einfach und problemlos.

Bedeutung der Pilotstudie für den Entwurf eines Dienstleistungstatistikgesetzes

In der Bundesrepublik Deutschland wurde unterdessen im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft (BMWi) der Entwurf eines Gesetzes über Statistiken im Dienstleistungsbereich erarbeitet und vorgelegt. Da zur weiteren Konkretisierung des Gesetzes einige Fragen wissenschaftlich-methodischer Art mit Hilfe der EG-Pilotstudie vertiefend geklärt werden konnten, wurde die deutsche amtliche Statistik somit einerseits den Interessen der EG-Kommission gerecht, die in allen EG-Mitgliedsstaaten diese Studie in Auftrag gegeben hatte, und kann andererseits auf nationaler Ebene eine neue Bundesstatistik fundiert vorbereiten. Eine Erhebung soll in Deutschland möglichst von 1993 an erfolgen.

Notwendigkeit einer Dienstleistungsstatistik

Dienstleistungen gewinnen für die Entwicklung aller hochentwickelten Volkswirtschaften eine rasch zunehmende Bedeutung. In der Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 waren im Jahresdurchschnitt 1990 bereits 13,1 Mill. (45,9 %) Erwerbstätige in den Dienstleistungsbereichen (Wirtschaftsabteilungen 4 bis 7 der bisherigen Systematik der Wirtschaftszweige) beschäftigt. Die Nachfrage nach Dienstleistungen geht nicht nur von den privaten Haushalten, sondern mehr und mehr von Unternehmen aus. Künftige Entwicklungschancen werden vor allem darin gesehen, daß die Unternehmen Dienstleistungsfunktionen auslagern, um durch den Einsatz von externen Spezialisten Fixkostenentlastungen und qualitative Verbesserungen bei ihrer Leistungserstellung zu erzielen. Soll die Entwicklung des Sozialproduktes auch für die Zukunft verläßlich nachgewiesen werden, so muß sichergestellt sein, daß sich der Strukturwandel der Wirtschaft im statistischen Gesamtbild zuverlässig spiegelt.

Wesentliches Ziel der geplanten Dienstleistungsstatistik ist die Darstellung der Entwicklung und der Struktur unternehmensorientierter Dienstleistungen. Diese Orientierung, die auch im Hinblick auf die Belastung der Auskunftspflichtigen und der statistischen Ämter zu begrüßen ist, läßt es als sinnvoll erscheinen, die Erhebungen mit jährlicher Periodizität und als Stichprobe zu konzipieren. Der Auswahlsatz wird insgesamt auf höchstens 20 Prozent begrenzt.

Die Erhebungsbereiche gliedern sich nach der Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (NACE Rev. 1), die nach der EG-Verordnung Nr. 3037 / 90 ab dem 1. Januar 1993 anzuwenden ist. Erhebungseinheiten sollten Unternehmen sein. Damit der Erhebungsbereich möglichst vollständig abgebildet werden kann, sollten sowohl das Dienstleistungsunternehmen als auch unternehmensähnliche Einrichtungen (Praxen, Kanzleien usw.) als Erhebungseinheit herangezogen werden können.

Die Erhebungsmerkmale stellen ein Mindestmaß an ökonomischen Informationen dar, um die zu erhebenden Wirtschaftsbereiche entsprechend den wesentlichen Zwecken statistisch abbilden zu können. Sie korrespondieren weitgehend mit den Erhebungsmerkmalen, die auch in anderen Wirtschaftsstatistiken erhoben werden und sollten in konkreten Anwendungsfällen

bereichsspezifisch so definiert und abgegrenzt werden können, daß sie den aus handels-, steuer- oder sozialversicherungsrechtlich vorgeschriebenen Geschäftsaufzeichnungen zu entnehmen sind.

Gesetzliche Auskunftspflicht erforderlich

Eine gesetzliche Auskunftspflicht bei der geplanten Dienstleistungserhebung ist erforderlich. Erfahrungen aus der Dienstleistungsteststichprobe und der EG-Pilotstudie zeigen deutlich, daß bei freiwilliger Auskunftserteilung keine repräsentativen Ergebnisse zu erwarten sind. Die Antwortbereitschaft ist in den verschiedenen Erhebungsbereichen sehr unterschiedlich, so daß beim Verzicht auf Auskunftspflicht unkontrollierbare Verzerrungen der Ergebnisse zu befürchten sind.

Diplom-Ökonom Rainer Klein

Wohngeld 1991

Nach der Einführung des pauschalierten Wohngelds für Sozialhilfe- und Kriegsofopferfürsorgeberechtigte gibt es seit dem 1. April 1991 zwei Wohngeldstatistiken. Der Schwerpunkt wird im folgenden auf die Hilfeempfänger gelegt, die kein pauschaliertes Wohngeld beziehen, deren Leistungsanspruch also „spitz“ berechnet wird. Ein Vergleich der Ergebnisse des Jahres 1991 mit denen von 1989 soll die Strukturverschiebungen aufzeigen, die durch das pauschal berechnete Wohngeld bedingt sind.

Wohngeld – ein Instrument der sozialen Sicherung

Das Wohngeld soll einkommensschwächeren Haushalten ein angemessenes und familiengerechtes Wohnen sichern. Die Höhe des Wohngeldes hängt für die spitz berechneten Fälle u.a. von der Haushaltsgröße, der Höhe des Familieneinkommens und den monatlichen Wohnkosten ab. Da sich die allgemeine Einkommens- und Wohnkostensituation ständig verändert, bedarf es regelmäßig einer Anpassung, um die soziale Sicherungsfunktion des Wohngeldes zu erhalten. Die Anpassung erfolgt durch Novellen zum 1965 in Kraft getretenen Wohngeldgesetz. Neben allgemeinen Wohngelderhöhungen und der Anhebung der Höchstbeträge der berücksichtigungsfähigen Wohnkosten sind die Einführung von Freibeträgen für ältere Familienmitglieder und die Berücksichtigung regionaler Unterschiede anhand von Mietenstufen als wichtigste Verbesserungen zu nennen. Da die Wohngeldausgaben je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen werden, ist die Anpassung des Leistungsumfanges auch von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte abhängig.

Das Wohngeld ist ein subjektbezogenes Förderungsinstrument. Es wird als Zuschuß zu Aufwendungen für den Wohnraum bewilligt und hat damit den Charakter

eines Zusatzeinkommens, auf das ein Rechtsanspruch besteht. Wohngeld wird als Mietzuschuß bzw. als Lastenzuschuß für Eigentümer eines Eigenheimes oder einer Wohnung gezahlt. Wegen der ständigen Veränderungen bei Mieten und Einkommen wird Wohngeld in der Regel für maximal zwölf Monate bewilligt. Der Empfänger hat rechtzeitig einen Neuantrag zu stellen, der über die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse Aufschluß gibt. Über die staatliche Wohngeldförderung wird eine Statistik geführt. In Rheinland-Pfalz wird die technische Abwicklung der Berechnung, Bescheid-schreibung und Zahlbarmachung als Verwaltungsaufgabe im Statistischen Landesamt betreut, so daß die statistikrelevanten Daten gleichsam als Kuppelprodukt anfallen.

5,1 % aller privaten Haushalte bezogen 1991 Wohngeld

Im Jahre 1991 gab es in Rheinland-Pfalz 83 262 Wohngeldempfänger, von denen 22 624 pauschaliertes Wohngeld erhielten. Im Vergleich zu 1989 ist die Zahl der Empfänger nahezu unverändert geblieben, während sich die Leistungen um 8,9 % auf 175,5 Mill. DM erhöhten. Da das pauschalierte Wohngeld im April 1991 für Sozialhilfe- und Kriegsofopferfürsorgeempfänger eingeführt wurde und der Bewilligungszeitraum in der Regel zwölf Monate beträgt, erhalten noch nicht alle 27 593 für pauschalierte Leistungen in Frage kommenden Haushalte des Jahres 1989 Wohngeld nach der neuen Regelung.

Die Zahl der Wohngeldempfänger zeigt langfristig periodisch auftretende Sprünge, die mit den einzelnen Novellen im Zusammenhang stehen. In der Regel steigen die Bewilligungen innerhalb der ersten beiden Jahre nach einer Novelle, weil Personen durch eine Anhebung der Höchst- und Freibeträge wohngeldbe-

Wohngeldempfänger und Wohngeldleistungen 1974 bis 1991

Jahr Vierteljahr	Wohngeld insgesamt				Mietzuschuß				Lastenzuschuß			
	Emp- fänger ¹⁾	gezahlter Betrag		Anspruch je Fall ¹⁾	Emp- fänger ¹⁾	gezahlter Betrag		Anspruch je Fall ¹⁾	Emp- fänger ¹⁾	gezahlter Betrag		Anspruch je Fall ¹⁾
		ins- gesamt	Ver- änderung zum Vorjahr bzw. Vor- quartal			zu- sammen	Ver- änderung zum Vorjahr bzw. Vor- quartal			zu- sammen	Ver- änderung zum Vorjahr bzw. Vor- quartal	
Anzahl	1 000 DM	%	DM	Anzahl	1 000 DM	%	DM	Anzahl	1 000 DM	%	DM	
1974	65 492	59 240	36,2	68	60 013	52 499	32,5	66	5 479	6 741	74,5	90
1975	68 292	66 052	11,5	70	63 231	58 645	11,7	69	5 061	7 407	9,9	93
1976	64 687	64 198	− 2,8	70	60 446	57 878	− 1,3	68	4 241	6 320	− 14,7	89
1977	60 499	57 143	− 11,0	68	56 973	52 208	− 9,8	67	3 526	4 935	− 21,9	83
1978	67 315	72 567	27,0	81	61 759	64 590	23,7	79	5 556	7 977	61,6	101
1979	62 782	73 086	0,7	81	57 820	65 417	1,3	80	4 962	7 669	− 3,9	95
1980	64 339	75 752	3,6	83	59 479	68 878	5,3	82	4 860	6 874	− 10,4	88
1981	70 849	105 095	38,7	107	63 104	89 698	30,2	102	7 745	15 397	124,0	150
1982	70 367	112 035	6,6	103	63 372	96 843	8,0	99	6 995	15 192	− 1,3	131
1983	62 657	107 042	− 4,5	105	56 550	94 166	− 2,8	103	6 107	12 876	− 15,2	122
1984	60 547	100 657	− 6,0	109	54 745	89 613	− 4,8	108	5 802	11 043	− 14,2	118
1985	70 695	105 250	4,6	113	63 923	94 656	5,6	112	6 772	10 594	− 4,1	117
1986	86 679	143 818	36,6	137	76 704	127 065	34,2	136	9 975	16 753	58,1	141
1987	89 036	161 591	12,4	138	78 592	142 918	12,5	138	10 444	18 673	11,5	135
1988	87 139	159 119	− 1,5	139	76 964	141 863	− 0,7	141	10 175	17 256	− 7,6	130
1989	83 376	161 220	1,3	142	73 970	145 017	2,2	144	9 406	16 203	− 6,1	127
1990	82 965	158 294	− 1,8	149	73 760	142 922	− 1,5	150	9 205	15 372	− 5,2	135
1991	83 262	175 547	10,9	152	73 871	157 675	10,3	154	9 391	17 872	16,3	134
1991 1. Vj.	68 472	44 345	17,8	149	61 174	40 044	17,5	150	7 298	4 301	19,8	134
2. Vj.	67 334	44 772	1,0	145	59 207	39 848	− 0,5	147	8 127	4 924	14,5	133
3. Vj.	66 920	43 959	− 1,8	146	58 892	39 485	− 0,9	148	8 028	4 474	− 9,1	137
4. Vj.	71 273	42 471	− 3,4	149	63 257	38 298	− 3,0	152	8 016	4 173	− 6,7	132

1) Im letzten Monat des Berichtsjahres bzw. im letzten Monat des Berichtsvierteljahres.

rechtigt werden, die in den folgenden Jahren aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage diesen Anspruch wieder „verlieren“. Beispielsweise reichten diese Auswirkungen bei der Fünften Wohngeldnovelle vom 21. September 1980 bis ins Jahr 1982 hinein.

Von 1974 bis 1991 ist die Zahl der Wohngeldempfänger um 27,1 % gestiegen. Die gezahlten Beträge erhöhten sich dagegen um 196 %. Liegen die Wohngeldaufwendungen je Empfänger von 1974 bis 1980 etwa bei 1 000 DM jährlich, so stiegen sie 1981 und 1986 besonders stark. Im Jahre 1991 wurden je Hilfebezieher über 2 100 DM gezahlt. Die Beträge erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 10,9 %. Dagegen waren sie von 1989 auf 1990 leicht rückläufig.

Im Laufe der 17 Jahre ist eine deutliche Zunahme des Anteils der Empfänger von Lastenzuschüssen zu erkennen. Im Jahre 1974 wohnten 8,4 % aller Wohngeldemp-

fänger in einem Eigenheim oder einer Eigentumswohnung. Diese Quote nahm bis 1991 um über ein Drittel auf 11,3 % zu, was unter anderem durch die gestiegene Inanspruchnahme von Fördermaßnahmen im sozialen Wohnungsbau bedingt ist.

Im folgenden beziehen sich alle Zahlenangaben für 1991 auf die Empfänger nach der „spitzen“ Berechnungsmethode, von denen insgesamt 60 638 ausgewiesen wurden.

Über 60 % aller Wohngeldleistungen für kleinere Haushalte

Der Einpersonenhaushalt dominiert mit 44,2 % aller Wohngeldempfänger. Der Anteil der Haushalte mit zwei Familienmitgliedern beträgt 16,3 %. Größere Haushalte mit drei und mehr Mitgliedern machen 39,5 % der Emp-

fänger aus. Gegenüber 1989 gibt es deutliche Strukturverschiebungen zugunsten größerer Haushalte. Die Empfänger verteilten sich 1991 (1989) auf Einpersonenhaushalte 44,2 % (46,2 %), Zweipersonenhaushalte 16,3 % (18,5 %), Dreipersonenhaushalte 9,2 % (10,8 %), Vierpersonenhaushalte 15,8 % (13,5 %), Fünfpersonenhaushalte 8,9 % (6,8 %), Haushalte mit sechs und mehr Personen 5,6 % (4,3 %).

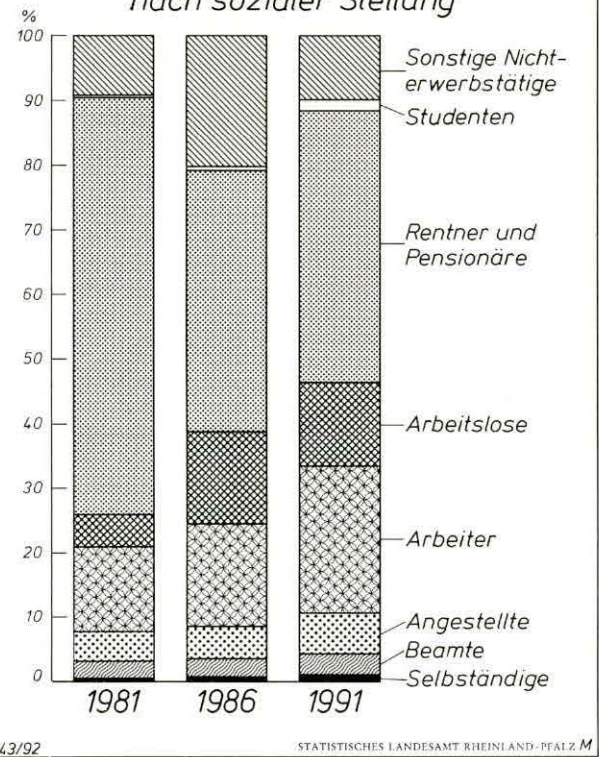
Gemessen an der Zahl aller Privathaushalte in Rheinland-Pfalz waren unter denjenigen mit mehr als fünf Familienmitgliedern (Anteil an allen Haushalten 9,9 %) und den Einpersonenhaushalten (5,5 %) überdurchschnittlich häufig Wohngeldempfänger.

Jeder achte Wohngeldempfänger arbeitslos

1991 waren 33,4 % der Wohngeldempfänger Erwerbstätige, 53,7 % waren nicht erwerbstätig, aber auch nicht arbeitslos. Hierzu zählen etwa Rentner oder Studenten. Jeder achte Wohngeldbezieher war arbeitslos. Im Vergleich zu 1989 zeigen sich deutliche Strukturverschiebungen. Die Zahl der erwerbstätigen Empfänger hat sich von 22,8 % auf 33,4 % erhöht, und die der arbeitslosen Antragsteller stieg ebenfalls an. Dementsprechend reduzierte sich der Anteil der Nicht-Erwerbstätigen von 61,8 % auf 53,7 %.

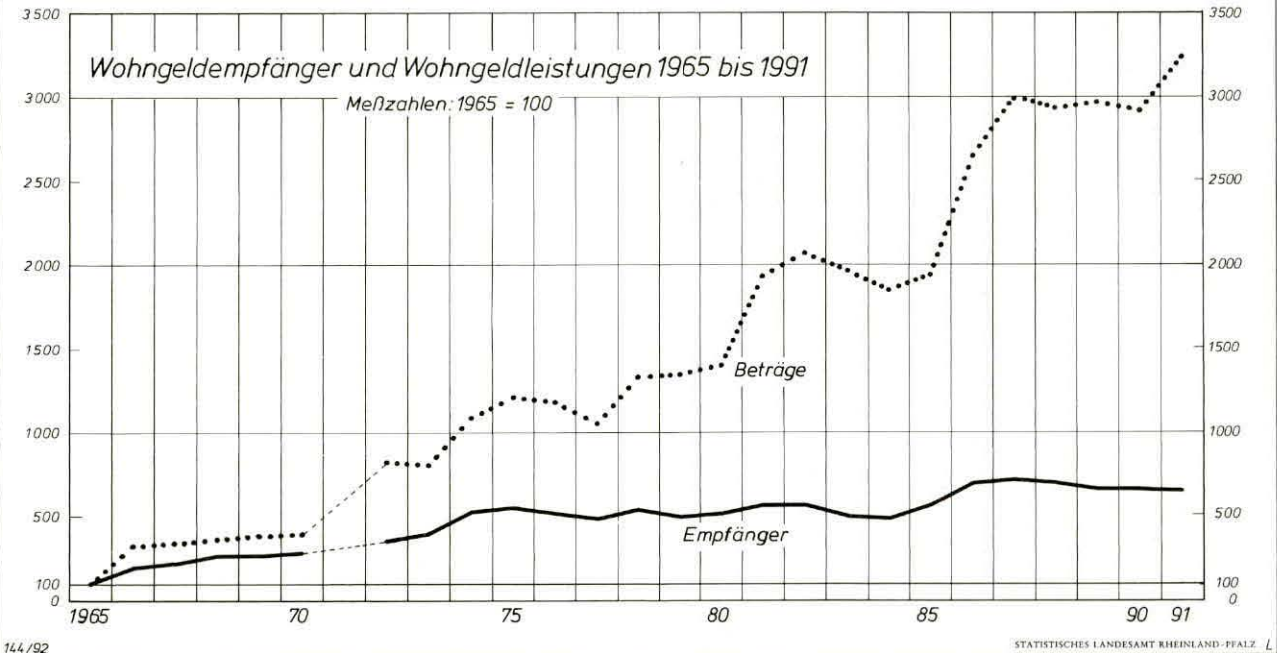
Bei den erwerbstätigen Wohngeldbeziehern dominierten mit 68,2 % (1989 : 67,4 %) die Arbeiter. Es folgen die Angestellten mit 18,8 % (18,2 %), die Beamten mit 10 % (11 %) und die Selbständigen mit 3 % (3,4 %). Bei den Nicht-Erwerbstätigen überwiegen Rentner mit 78 % (1989 : 59,3 %). Die Gruppen der Wohngeld empfangenden Studenten (3 %) und Pensionäre (0,3 %) sind sehr klein. Die sonstigen nichterwerbstätigen Wohngeldempfänger, das sind vornehmlich Haushalte, die hauptsächlich von Sozialhilfe leben, fallen mit dem Übergang auf das pauschalierte Wohngeld schrittweise

Wohngeldempfänger 1981, 1986 und 1991 nach sozialer Stellung



aus der „spitzen“ Berechnung heraus. Ihr Anteil an den Nicht-Erwerbstätigen verringerte sich bereits von 38,9 % (1989) auf 18,7 % (1991).

84,5 % aller Wohngeldempfänger erhalten Mietzuschuß. 28 % der erwerbstätigen Empfänger, von denen mehr als die Hälfte Arbeiter sind, beziehen Lastenzuschuß. Bei den Nicht-Erwerbstätigen erhalten lediglich 10,1 % Lastenzuschuß. Arbeitslose Wohngeld-



**Empfänger von spitz berechnetem Wohngeld 1991 nach Haushaltsgröße
sowie Fläche, Alter und Ausstattung der Wohnung**

Wohnfläche von ... bis unter ... m ²	Ins- gesamt	davon in Wohnraum, der bezugsfertig geworden ist											
		bis 20. 6. 1948			21. 6. 1948 – 1965			1966 – 1971		1972 – 1977		1978 und später	
		Ausstattung											
		ohne Sammel- heizung und ohne Bad oder Dusch- raum	mit Sammel- heizung oder mit Bad oder Dusch- raum	mit Sammel- heizung und mit Bad oder Dusch- raum	ohne Sammel- heizung und ohne Bad oder Dusch- raum	mit Sammel- heizung oder mit Bad oder Dusch- raum	mit Sammel- heizung und mit Bad oder Dusch- raum	mit sonstiger Aus- stattung	mit Sammel- heizung und mit Bad oder Dusch- raum	mit sonstiger Aus- stattung	mit Sammel- heizung und mit Bad oder Dusch- raum	mit sonstiger Aus- stattung	mit Sammel- heizung und mit Bad oder Dusch- raum
Haushalte mit einer Person													
unter 40	4 978	214	370	606	172	599	784	187	438	93	595	103	817
40 – 60	11 498	365	1 068	1 149	233	2 266	2 058	192	926	47	1 350	54	1 790
60 – 80	7 242	149	779	911	44	944	1 553	129	783	33	869	32	1 016
80 u. mehr	3 081	59	587	474	9	287	578	37	350	11	359	12	318
Zusammen	26 799	787	2 804	3 140	458	4 096	4 973	545	2 497	184	3 173	201	3 941
Haushalte mit zwei Personen													
unter 40	315	17	34	40	19	30	49	5	10	4	36	3	68
40 – 60	2 602	54	245	255	60	545	477	57	186	13	271	12	427
60 – 80	3 941	44	322	379	18	482	857	84	482	15	515	15	728
80 u. mehr	3 042	32	331	438	9	202	564	40	388	15	426	25	572
Zusammen	9 900	147	932	1 112	106	1 259	1 947	186	1 066	47	1 248	55	1 795
Haushalte mit drei Personen													
unter 40	82	1	5	11	2	10	12	1	2	1	17	–	20
40 – 60	736	16	84	75	16	167	141	20	30	3	59	5	120
60 – 80	2 042	17	149	221	8	221	422	53	220	14	282	14	421
80 u. mehr	2 718	5	173	401	2	116	461	22	307	17	428	18	768
Zusammen	5 578	39	411	708	28	514	1 036	96	559	35	786	37	1 329
Haushalte mit vier Personen													
unter 40	49	4	3	13	4	7	3	1	1	1	4	–	8
40 – 60	384	4	51	41	12	90	65	6	18	1	26	2	68
60 – 80	2 216	12	163	256	11	221	477	42	247	14	309	16	448
80 – 100	3 057	5	140	352	6	104	516	25	373	12	485	18	1 021
100 – 120	2 056	1	103	248	–	51	283	6	128	5	231	23	977
120 u. mehr	1 829	–	61	204	1	37	214	6	77	5	119	8	1 097
Zusammen	9 591	26	521	1 114	34	510	1 558	86	844	38	1 174	67	3 619
Haushalte mit fünf Personen													
unter 40	18	1	3	4	1	–	3	–	–	–	1	–	5
40 – 60	156	4	21	20	4	36	26	8	5	2	13	3	14
60 – 80	895	8	100	96	10	130	167	35	73	6	134	5	131
80 – 100	1 513	6	124	183	2	79	273	17	164	7	224	11	423
100 – 120	1 275	–	78	176	4	47	188	5	72	3	124	12	566
120 u. mehr	1 540	–	58	243	1	38	206	3	62	3	97	8	821
Zusammen	5 397	19	384	722	22	330	863	68	376	21	593	39	1 960
Haushalte mit sechs und mehr Personen													
unter 40	9	–	–	2	1	–	3	1	–	–	–	–	2
40 – 60	75	3	12	9	9	19	8	6	–	–	3	2	4
60 – 80	426	9	60	40	12	81	57	18	39	3	68	4	35
80 – 100	869	7	98	109	9	68	118	22	90	8	170	6	164
100 – 120	711	9	88	120	1	49	90	2	31	4	80	4	233
120 u. mehr	1 283	4	97	242	1	35	210	3	55	4	84	8	540
Zusammen	3 373	32	355	522	33	252	486	52	215	19	405	24	978
Alle Haushalte													
unter 40	5 451	237	415	676	199	646	854	195	451	99	653	106	920
40 – 60	15 451	446	1 481	1 549	334	3 123	2 775	289	1 165	66	1 722	78	2 423
60 – 80	16 762	239	1 573	1 903	103	2 079	3 533	361	1 844	85	2 177	86	2 779
80 – 100	11 114	86	1 014	1 429	32	619	1 925	127	1 393	58	1 725	64	2 642
100 – 120	6 003	30	531	833	7	306	921	35	419	20	667	59	2 175
120 u. mehr	5 857	12	393	928	6	188	855	26	285	16	435	30	2 683
Insgesamt	60 638	1 050	5 407	7 318	681	6 961	10 863	1 033	5 557	344	7 379	423	13 622

Mietenniveau und Mietenstufen in ausgewählten Gebietseinheiten 1991

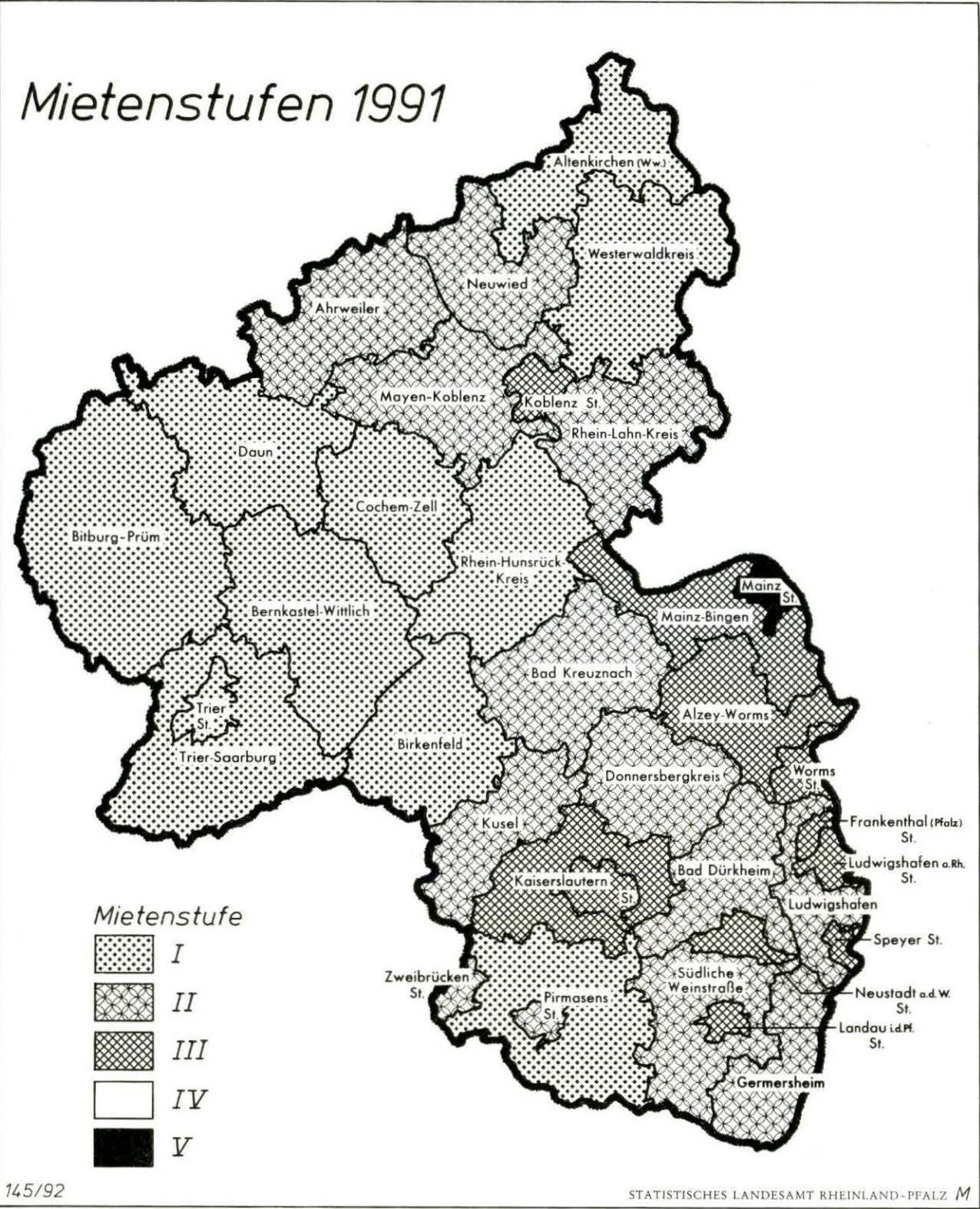
Gebietseinheit	Regionales durchschnittliches Mietenniveau ¹⁾ je m ² Wohnfläche	Gewichtete Abweichung des Mietenniveaus vom Bundesdurchschnitt	Mietenstufe	Gebietseinheit	Regionales durchschnittliches Mietenniveau ¹⁾ je m ² Wohnfläche	Gewichtete Abweichung des Mietenniveaus vom Bundesdurchschnitt	Mietenstufe
	DM	%			DM	%	
Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern				Konz	6,75	- 13,10	II
Mainz	8,72	+ 17,02	V	Bitburg	6,70	- 12,41	II
Ludwigshafen	7,32	+ 1,35	III	Wittlich	6,60	- 14,66	II
Koblenz	7,31	- 2,19	III	Mayen	6,34	- 13,85	II
Städte und Gemeinden mit 1000 bis unter 100 000 Einwohnern				Zweibrücken	6,22	- 12,86	II
Germersheim	8,22	+ 5,29	IV	Pirmasens	6,15	- 10,12	II
Ingelheim am Rhein	8,20	+ 6,14	IV	Böhl-Iggelheim	6,10	- 15,23	I
Bad Dürkheim	7,94	+ 4,12	III	Idar-Oberstein	6,08	- 14,91	II
Remagen	7,83	- 0,67	III	Morbach	5,89	- 23,64	I
Bad Neuenahr-Ahrweiler	7,58	- 2,27	III	Landkreise ohne Städte und Gemeinden mit 10000 und mehr Einwohnern			
Bad Kreuznach	7,53	+ 1,21	III	Mainz-Bingen	7,55	- 1,59	III
Mutterstadt	7,46	- 4,49	III	Kaiserslautern	7,52	- 2,38	III
Kaiserslautern	7,45	+ 0,46	III	Alzey-Worms	7,21	- 3,52	III
Boppard	7,41	- 2,65	III	Ludwigshafen	7,01	- 7,29	II
Frankenthal	7,39	- 0,56	III	Donnersbergkreis	6,88	- 9,63	II
Limburgerhof	7,38	- 2,73	III	Bad Dürkheim	6,78	- 10,58	II
Trier	7,23	- 2,70	III	Germersheim	6,73	- 12,29	II
Wörth	7,19	- 6,83	II	Südliche Weinstraße	6,64	- 12,36	II
Speyer	7,18	- 3,31	III	Neuwied ²⁾	6,57	- 16,20	II
Alzey	7,17	- 8,38	II	Altenkirchen	6,43	- 16,11	I
Sinzig	7,17	- 7,80	II	Kusel	6,44	- 13,08	II
Neuwied	7,17	- 6,13	II	Bad Kreuznach	6,35	- 13,20	II
Bad Ems	7,14	- 4,96	III	Ahrweiler ²⁾	6,26	- 19,18	II
Grünstadt	7,16	- 3,66	III	Mayen-Koblenz ²⁾	6,15	- 19,42	II
Bingen	7,06	- 3,81	III	Westerwaldkreis	6,15	- 19,81	I
Worms	7,02	- 3,08	III	Birkenfeld	6,14	- 16,02	I
Hassloch	6,99	- 7,52	II	Rhein-Lahn-Kreis ²⁾	6,00	- 19,94	II
Lahnstein	6,91	- 4,62	III	Rhein-Hunsrück-Kreis	5,93	- 20,88	I
Neustadt	6,91	- 3,03	III	Daun	5,81	- 24,23	I
Andernach	6,90	- 7,70	II	Pirmasens	5,77	- 22,16	I
Landau	6,88	- 4,99	III	Trier-Saarburg	5,73	- 24,50	I
Betzdorf	6,87	- 9,05	II	Cochem-Zell	5,68	- 24,33	I
Bendorf	6,85	- 10,70	II	Bernkastel-Wittlich	5,49	- 25,67	I
Montabaur	6,83	- 8,95	II	Bitburg-Prüm	5,33	- 28,39	I
Schifferstadt	6,80	- 7,42	II				

1) Kein Mietspiegel im Sinne des § 2 Abs. 2 des Gesetzes zur Regelung der Miethöhe. - 2) Kein exakter Zusammenhang zwischen der Basis-Mietenstufe und der entsprechenden prozentualen Abweichung.

empfänger beanspruchten zu 94,7 % Mietzuschuß. Ein Vergleich mit der Struktur von 1989 ergibt hier keine wesentlichen Abweichungen.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich der Anteil der erwerbstätigen Wohngeldempfänger (Selbständige, Beamte, Angestellte und Arbeiter) von 19,4 % auf 33,4 % fast verdoppelt. Die stärkste Expansion zeigte sich bei den Arbeitern, während die Anteile der Beamten und Angestellten rückläufig waren. Die Quote der arbeitslo-

sen Wohngeldbezieher stieg in diesem Zeitraum ebenfalls deutlich an (+ 89,7 %). Eine gegenläufige Entwicklung zeigt sich langfristig bei der Zahl der geförderten Nicht-Erwerbstätigen. Zwischen 1982 und 1991 nahm ihr Anteil an den Empfängern von 73,8 % auf 53,7 % ab. Für Pensionäre und Rentner verringerten sich die Werte, wobei die ausgeprägteste Reduktion bei Rentnern (von 85,1 % auf 78 %) lag. Zunahmen wurden für Studenten und sonstige nichterwerbstätige Wohngeldbezieher verzeichnet.



Steigende Wohnkosten bei verbesserter Wohnqualität

Die durchschnittliche monatliche Quadratmetermiete, die Wohngeldempfänger in Rheinland-Pfalz zu zahlen hatten, ist von 1989 bis 1991 um 0,57 DM auf 6,94 DM gestiegen. Dieser Wert liegt unter dem Bundesdurchschnitt. Fast drei Viertel der Empfänger verfügen über Wohnungen, die mit Sammelheizung und Bad ausgestattet sind. Dieser Anteil lag noch vor zwei Jahren bei zwei Dritteln. Entsprechend reduzierten sich die Werte für die Ausstattungskategorien ohne Sammelheizung und ohne Bad, wobei Wohnungen ohne Bad deutlich seltener werden.

Wohngeld wird zu 84,5 % an Mieterhaushalte gezahlt, wobei es sich in erster Linie um Hauptmieter handelt. Untermieter machen 2,7 % aus. 53,6 % aller Mietzuschußempfänger wohnen als Hauptmieter in Altbauwohnungen, die vor 1965 bezugsfertig geworden sind. Lastenzuschußempfänger bewohnen dagegen zu 43 % neuere, 1978 und später fertiggestellte Gebäude.

Bei einem Anstieg der durchschnittlichen monatlichen Miete um 18,1 % gegenüber 1989 erhöhte sich die Wohnkostenbelastung nach der Gewährung von Wohngeld um 29,8 %. Das Wohngeld gleicht nicht die volle Kostensteigerung aus und deckt insgesamt ein Viertel der Wohnkosten ab. 1989 war es noch ein Drittel gewesen.

Die Relation der Wohnkosten zu den monatlichen Bruttoeinnahmen der Haushalte ist geringfügig gestiegen und beträgt nach Gewährung des Wohngeldes 19,6 % (1989 : 18,5 %). Mit zunehmender Zahl der Haushaltsmitglieder sinkt dieser Wert. Bei Einpersonenhaushalten liegt er mit 23,2 % am höchsten. Dagegen weisen Haushalte mit sechs und mehr Familienmitgliedern den geringsten Wert (13,8 %) auf.

Stadt-Land-Gefälle verstärkt sich

Die drei rheinland-pfälzischen Regierungsbezirke weisen ein differenziertes Bild auf. Rheinhessen-Pfalz hatte mit 43,9 % die meisten Wohngeldempfänger, gefolgt von den Regierungsbezirken Koblenz (40,6 %) und Trier (11,6 %). Dies hängt nicht zuletzt mit den Bevölkerungsanteilen zusammen. Entsprechend verteilen sich auch die gezahlten Wohngeldbeträge von Rheinhessen-Pfalz (45 %) über die Regierungsbezirke Koblenz (39,6 %) und Trier (15,5 %). Ein anderes Bild zeigt die Betrachtung der Pro-Kopf-Aufwendungen. In Rheinhessen-Pfalz betrugen die Wohngeldleistungen durchschnittlich 35,07 DM je Einwohner, im Regierungsbezirk Koblenz 41,46 DM. Der Regierungsbezirk Trier hat mit 47,10 DM die höchsten Aufwendungen je Einwohner.

In den ländlichen Regionen überwiegt der Lastenzuschuß, wogegen in den Städten das Wohngeld zum überwiegenden Teil als Mietzuschuß gezahlt wird. Im Regierungsbezirk Trier erhält jeder vierte Empfänger das Wohngeld als Lastenzuschuß, im Regierungsbezirk Koblenz jeder fünfte. In Rheinhessen-Pfalz erfolgen die Wohngeldzahlungen zu 90,9 % als Mietzuschuß.

Bei der Analyse der Empfängerstrukturen nach kreisfreien Städten und Landkreisen ist eine beträchtliche Spannweite erkennbar. Gemessen an der Zahl der Empfänger je 1000 Einwohner liegen die kreisfreien Städte Trier (52), Koblenz (42) und Pirmasens (41) an der Spitze. In ländlichen Gebieten wird Wohngeld vergleichsweise seltener in Anspruch genommen. Das untere Ende der Skala belegen die Landkreise Ludwigshafen (8), Pirmasens (9) und Bad Dürkheim (12).

Innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke besteht ein deutliches Stadt-Land-Gefälle, das sich weiter verstärkt hat. Im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz dominieren die Städte Ludwigshafen, Mainz und Kaiserslautern mit durchschnittlich 3 133 Empfängern. Die drei Landkreise mit den meisten Wohngeldbeziehern sind Mainz-Bingen, Kaiserslautern und Bad Dürkheim (1 434 Empfänger im Durchschnitt). Im Regierungsbezirk Koblenz ist dieses Gefälle ebenfalls stark ausgeprägt. Ausnahmen stellen die Landkreise Mayen-Koblenz und Neuwied dar. Auch im Regierungsbezirk Trier besteht eine deutliche Differenz zwischen der Stadt Trier und den Landkreisen. Das Bild in den Landkreisen ist einheitlicher. Die Landkreise vereinen 61 % aller Wohngeldbezieher aus dem Regierungsbezirk, die Spanne liegt zwischen 1 071 und 1 800 Empfängern.

Das Stadt-Land-Gefälle der durchschnittlichen Miethöhen ist ebenfalls ausgeprägt. Im Durchschnitt liegt das Mietenniveau in den kreisfreien Städten um 7,3 % höher als in den Landkreisen. Das regionale Gefälle wird anhand der Mietstufen erkennbar. Da regionale Mietunterschiede, die nicht allein von der Einwohnerzahl abzuleiten sind, vom Wohngeld abgemildert werden sollen, wurden sechs Mietstufen eingeführt, die auf der relativen Abweichung der Quadratmetermieten der Hauptmieter mit Wohngeld in der betreffenden Region von den bundesdurchschnittlichen Quadratmetermieten basieren. Die Mietenstufe I umfaßt ein Mietenniveau, das mehr als 15 % unter dem Bundesdurchschnitt liegt. In die Mietenstufe II fallen Abweichungen von - 15 % bis unter - 5 %, in die Mietenstufe III Abweichungen in der Spanne von + / - 5 % und in die Mietenstufe IV Abweichungen von + 5 % bis unter + 15 %. In Rheinland-Pfalz gibt es die Besonderheit, daß kein Landkreis und keine kreisfreie Stadt dieser Mietenstufe IV zugeordnet wird. Lediglich die kreisangehörigen Städte Gernersheim und Ingelheim gehören zu dieser Mietenstufe. Eine Einordnung in die Mietenstufe V erfolgt, wenn das Mietenniveau zwischen 15 % und 25 % über dem Bundesdurchschnitt liegt. Die neu eingeführte Mietenstufe VI umfaßt Verwaltungsbezirke, die den Durchschnitt um mehr als 25 % übertreffen. Diese Abweichung vom Bundesdurchschnitt ist in Rheinland-Pfalz jedoch nirgends erreicht. Die größten Abweichungen im Mietenniveau nach unten gibt es in ländlichen Regionen, während die Städte deutlich über dem Durchschnitt liegen. Neben dem Stadt-Land-Gefälle zeichnet sich eine regionale Konzentration mit überdurchschnittlich hohem Mietenniveau in den Verdichtungsräumen des südlichen Landesteils, etwa im Dreieck Mainz, Ludwigshafen und Kaiserslautern, ab.

Diplom-Volkswirt Harald Streuf

Bauüberhang 1991

34 000 Neubauwohnungen noch nicht bezugsreif

Zum Jahresende 1991 wurden 33 957 genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen in Neubauten (Bauüberhang) ermittelt. Das Vorjahresergebnis von 28 945 Neubauwohnungen wurde um gut 17 % übertroffen. Die starke Zunahme des Bauüberhangs um rund 5 000 Wohneinheiten ist auf die nochmals gestiegene Zahl der Baugenehmigungen zurückzuführen. Im Berichtszeitraum 1991 wurden allein in neuen Wohngebäuden 23 187 Wohnungen eingeplant, rund 2 400 Einheiten mehr als im Vorjahr.

Da die Anzahl der fertiggestellten neuen Wohnungen um rund 5 400 hinter der der genehmigten zurückblieb, erhöhte sich unter Berücksichtigung der 600 erloschenen Einheiten der Bauüberhang am Jahresende.

Mehr als 14 000 Wohnungen rohbaufertig

Von den 33 957 in der Abwicklungsphase befindlichen Wohnungen standen Ende 1991 14 203 Einheiten unter Dach, d. h. sie waren rohbaufertig. Bei 9 121 Wohnungen war mit der Bauausführung begonnen worden. Für 10 633 genehmigte Wohnungen war die Baustelle noch nicht eingerichtet.

Gemessen am gesamten Neubauüberhang errechnen sich für die einzelnen Bauzustandskategorien Quoten von 42 % für rohbaufertige Wohnungen und 27 % für bereits begonnene Wohnungen. Auf Wohnungen, deren Bauausführung noch aussteht, entfiel ein Anteil von 31 %. Gegenüber dem Vorjahr hat sich an der prozentualen Verteilung nichts geändert.

Der Gesamtüberhang am 31. Dezember 1991 bezifferte sich einschließlich der 4 912 noch nicht bezugsrei-

fen Wohnungen (Vorjahr: 4 222), die in bereits bestehenden Gebäuden errichtet werden, auf 38 869 Wohnungen. Seit Ende 1983 wurde ein derart hoher Wohnungsüberhang nicht mehr festgestellt.

Mehr Mietwohnungen als Eigenheime

Im Jahr 1987 ist eine Wende im rheinland-pfälzischen Mietwohnungsbau eingetreten. Mit 2 421 Geschoßwohnungen (einschließlich Wohnheimwohnungen) war ein Tiefpunkt in der Bautätigkeit erreicht. Die verstärkt einsetzende Wohnungsnachfrage, hervorgerufen durch Zuwanderung, kleinere Haushalte und steigende Studentenzahlen, führte vorrangig im Mietwohnungsbe- reich zu einer Wohnraumverknappung. Der Nachfrageschub löste im Jahre 1988 deutlich mehr Investitionen in den Bau von Mietwohnungen aus. Die Zahl der Bauanträge hatte sich 1989 gegenüber 1987 mit 5 346 Geschoßwohnungen mehr als verdoppelt.

Die anhaltend hohe Wohnungsnachfrage zog vorran- gig in den Ballungsräumen mit hohem Industrialisie- rungsgrad steigende Mieten nach sich, was die Investiti- onsbereitschaft aller am Bau von Wohnungen beteiligter Gruppen nachhaltig positiv beeinflusste. So wurden in Rheinland-Pfalz im Jahre 1990 fast 9 000 Mietwohnun- gen genehmigt, rund 64 % mehr als 1989. Im abgelaufe- nen Berichtsjahr 1991 waren es mit 12 080 Mietwohn- ungen 38 % mehr Wohnungen in Mehrfamilienhäusern als im Vorjahr.

Die Entwicklung im Mietwohnungsbau schlägt sich im Bauüberhangsergebnis 1991 nieder. In der Gebäude- kategorie der Mehrfamilienhäuser mit drei und mehr Wohnungen war eine nochmalige Zunahme von 3 900 auf insgesamt 14 436 Wohnungen (+ 37 %) zu beob- achten, nachdem bereits im Vorjahr eine Zunahme an

Langfristige Entwicklung im Wohn- und Nichtwohnbau

Jahr	Errichtung neuer Gebäude								Erloschene Baugenehmigungen	
	zusammen		unter Dach		noch nicht unter Dach		noch nicht begonnen		Wohnungen ins- gesamt	Raum- inhalt in neuen Gebäuden
	Wohnungen	Raum- inhalt	Wohnungen	Raum- inhalt	Wohnungen	Raum- inhalt	Wohnungen	Raum- inhalt		
	Anzahl	1000 m ³	Anzahl	1000 m ³	Anzahl	1000 m ³	Anzahl	1000 m ³	Anzahl	1000 m ³
1980	40 046	41 512	20 834	21 701	9 796	10 249	9 416	9 562	752	607
1981	39 145	39 370	20 021	19 657	8 314	8 436	10 810	11 277	848	861
1982	37 003	36 112	18 108	17 993	7 801	8 043	11 094	10 076	818	718
1983	40 542	37 249	18 633	18 117	9 195	8 187	12 714	10 945	918	748
1984	34 751	31 202	17 657	15 943	6 269	6 184	10 825	9 076	1 267	967
1985	28 887	28 987	13 397	13 232	5 828	5 965	9 662	9 791	1 584	1 048
1986	26 473	28 382	13 374	13 074	4 573	6 798	8 526	8 510	1 491	1 185
1987	23 824	29 108	11 237	12 882	5 276	8 202	7 311	8 023	1 282	928
1988	22 907	28 044	10 568	12 710	5 425	7 214	6 914	8 121	1 343	945
1989	23 892	29 263	10 217	12 060	6 603	8 366	7 072	8 837	872	779
1990	28 945	33 348	12 419	14 732	7 628	8 939	8 898	9 677	547	872
1991	33 957	37 055	14 203	15 973	9 121	9 691	10 633	11 391	604	826

Überhangswohnungen (+ 3 500) auf rund 10 500 zu verzeichnen gewesen war. Unter Berücksichtigung des Überhangs von 1 121 Wohnheimwohnungen – die in der Regel ebenfalls privatrechtlich angemietet werden müssen – errechnet sich Ende 1991 ein Neubauüberhang von 15 557 Geschoßwohnungen, fast 39 % mehr als am Vorjahresende (11 227).

Der Anteil der Mietwohnungen am Wohnungsüberhang beläuft sich ohne Wohnheimwohnungen auf 43 % nach 37 % am Vorjahresende und 30 % am 31. Dezember 1989. Der Überhang der noch nicht fertiggestellten Mietwohnungen in Neubauten übertraf erstmals seit 1983 wieder den Eigenheimüberhang, und dies deutlich um rund 2 600 Wohnungen.

Den zweitgrößten Anteil hatten die noch nicht bezugsreifen Einfamilienhauswohnungen. 11 820 Wohnungen entsprechen einer Quote von gut 35 % am Neubauüberhang im Wohnbau. Am Vorjahresende wurden mit 11 709 Wohnungen fast ebensoviele genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen gezählt.

Auf Wohngebäude mit zwei Wohnungen entfiel ein Überhang von 5 874 Wohnungen (18 %), rund 400 Einheiten mehr als Ende 1990. In der gleichen Größenordnung erhöhte sich der Überhang an Wohnheimwohnungen von 710 auf nunmehr 1 121.

16 % der Baugenehmigungen älter als zwei Jahre

Die Baufreigaben der 16 726 im Überhang stehenden Wohngebäude stammen in 9 293 Fällen (56 %) aus dem Jahre 1991, 4 654 (28 %) wurden im Jahre 1990 geneh-

Baugenehmigungen und Bauüberhang 1987 bis 1991 im Mietwohnungsbau ¹⁾

Jahr	Baugenehmigungen		Bauüberhang ²⁾	
	Anzahl	Veränderung %	Anzahl	Veränderung %
1987	2 421	- 32,4	7 214	- 20,0
1988	2 911	20,2	6 309	- 12,5
1989	5 346	83,6	7 935	25,8
1990	8 752	63,7	11 227	41,5
1991	12 080	38,0	15 557	38,6

1) Wohnungen in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen einschließlich Wohnheimwohnungen – Errichtung neuer Wohngebäude. – 2) Am 31. 12.

migt und bei 1 392 (8 %) noch nicht vollendeten Gebäuden war die Baugenehmigung 1989 ausgesprochen worden. Bei 1 387 Wohngebäuden (8 %) lag der Zeitpunkt der Baufreigabe mehr als 3 Jahre zurück. In diese Gebäude sind insgesamt 2 069 Wohnungen eingeplant. Zum überwiegenden Teil ist jedoch mit der Errichtung dieser Gebäude begonnen worden. In 222 Fällen haben die Bauarbeiten noch nicht eingesetzt.

Kaum erloschene Baugenehmigungen

1991 erloschen für 604 Wohnungen (einschließlich Baumaßnahmen) die Baugenehmigungen. Dieses Ergebnis lag absolut nur unwesentlich über dem Tiefstand des Jahres 1990, in dem 547 genehmigte Wohnungen nicht entstehen sollten. Gemessen am gesamten Wohnungsüberhang (unter Berücksichtigung aller Baumaßnahmen) sank die Quote der nicht ausgeführ-

Überhang an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Bauvorhaben am 31. Dezember 1991 nach dem Genehmigungszeitpunkt

Genehmigungszeitpunkt	Insgesamt ¹⁾		Errichtung neuer Gebäude											
	Wohnungen	Gebäude/Baumaßnahmen	zusammen			unter Dach			noch nicht unter Dach			noch nicht begonnen		
			Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen
	Anzahl			1000 m ³		Anzahl	1000 m ³		Anzahl	1000 m ³		Anzahl	1000 m ³	Anzahl
Die Wohngebäude wurden genehmigt														
im II. Halbjahr 1991	11 518	6 586	4 648	5 569	10 210	752	771	1 238	1 287	1 647	3 096	2 609	3 150	5 876
im I. Halbjahr 1991	10 928	6 314	4 645	5 439	9 747	2 381	2 702	4 328	1 250	1 696	3 447	1 014	1 042	1 972
im II. Halbjahr 1990	6 408	4 015	2 777	3 165	5 580	1 665	1 986	3 266	513	664	1 193	599	515	1 121
im I. Halbjahr 1990	3 966	2 714	1 877	2 134	3 414	1 297	1 482	2 215	300	332	580	280	320	619
im Jahre 1989	2 607	2 201	1 392	1 468	2 231	996	1 047	1 468	216	225	355	180	196	408
1988 und früher	2 467	2 286	1 387	1 412	2 069	987	1 001	1 399	178	178	249	222	233	421
Die Nichtwohngebäude wurden genehmigt														
im II. Halbjahr 1991	296	1 455	905	4 552	247	122	484	29	244	1 467	79	539	2 601	139
im I. Halbjahr 1991	235	1 088	685	4 340	149	267	1 598	81	220	1 416	48	198	1 326	20
im II. Halbjahr 1990	170	769	459	4 213	135	224	1 840	76	96	1 231	48	139	1 142	11
im I. Halbjahr 1990	95	491	283	1 562	55	150	820	25	63	385	12	70	356	18
im Jahre 1989	96	571	329	1 602	68	182	1 053	48	68	269	4	79	279	16
1988 und früher	83	728	436	1 598	52	267	1 189	30	83	180	10	86	230	12

1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

Überhang an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Bauvorhaben am 31. Dezember 1991
nach Verwaltungsbezirken
– Wohnbau –

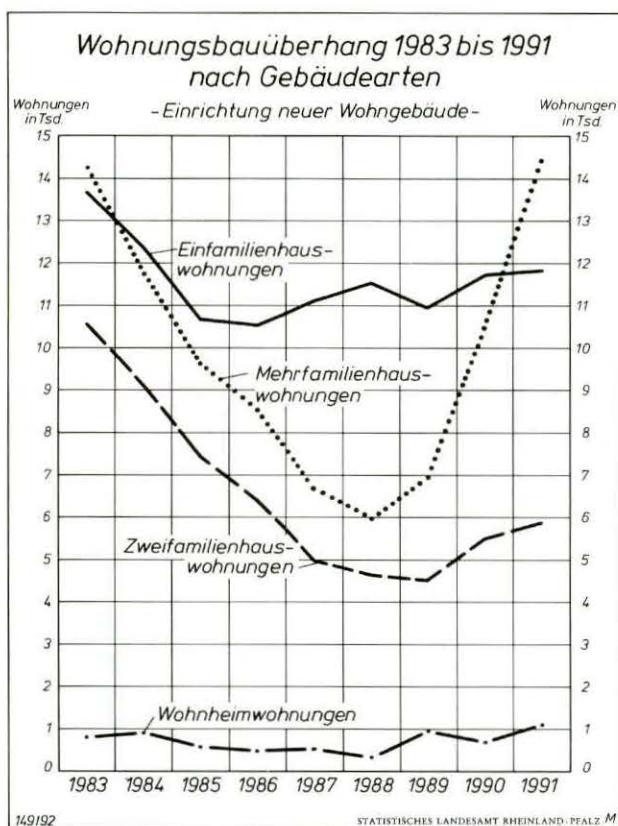
Verwaltungsbezirk	Insgesamt ¹⁾		Errichtung neuer Gebäude											
	Wohnungen	Ge- bäude/ Bau- maß- nahmen	zusammen			unter Dach			noch nicht unter Dach			noch nicht begonnen		
			Ge- bäude	Raum- inhalt	Wohn- ungen	Ge- bäude	Raum- inhalt	Wohn- ungen	Ge- bäude	Raum- inhalt	Wohn- ungen	Ge- bäude	Raum- inhalt	Wohn- ungen
Anzahl	1000 m ³	Anzahl	1000 m ³	Anzahl	1000 m ³	Anzahl	1000 m ³	Anzahl	1000 m ³	Anzahl				
Kreisfreie Stadt Koblenz	753	367	225	334	684	141	206	408	31	45	99	53	84	177
Landkreise														
Ahrweiler	853	574	502	522	803	288	302	431	60	59	95	154	161	277
Altenkirchen (Ww.)	1 145	882	619	612	944	334	322	459	115	117	187	170	173	298
Bad Kreuznach	2 175	1 375	1 089	985	1 984	348	360	536	172	235	456	569	390	992
Birkenfeld	569	426	248	311	460	159	194	219	24	36	60	65	81	181
Cochem-Zell	418	430	275	279	346	178	182	212	40	38	51	57	59	83
Mayen-Koblenz	1 507	1 007	805	855	1 381	348	367	571	93	101	176	364	388	634
Neuwied	1 236	772	594	645	1 132	306	344	575	105	123	237	183	178	320
Rhein-Hunsrück-Kreis	798	581	447	477	687	204	213	307	72	72	106	171	192	274
Rhein-Lahn-Kreis	951	679	451	495	773	240	256	365	71	78	125	140	161	283
Westerwaldkreis	1 573	1 203	924	969	1 392	560	575	747	136	149	254	228	245	391
RB Koblenz	11 978	8 296	6 179	6 486	10 586	3 106	3 320	4 830	919	1 053	1 846	2 154	2 113	3 910
Kreisfreie Stadt Trier	422	195	144	205	366	70	100	153	43	54	97	31	51	116
Landkreise														
Bernkastel-Wittlich	751	555	347	369	573	200	204	282	38	54	94	109	111	197
Bitburg-Prüm	506	416	310	319	432	182	188	223	52	55	81	76	76	128
Daun	660	515	308	337	526	152	190	324	89	88	115	67	58	87
Trier-Saarburg	966	700	559	585	863	320	343	518	93	96	126	146	147	219
RB Trier	3 305	2 381	1 668	1 815	2 760	924	1 024	1 500	315	348	513	429	443	747
Kreisfreie Städte														
Frankenthal (Pfalz)	505	237	154	256	469	67	93	175	45	87	120	42	75	174
Kaiserslautern	1 339	520	317	394	1 237	173	199	422	40	88	482	104	108	333
Landau i. d. Pfalz	614	321	175	238	522	76	107	218	59	72	135	40	60	169
Ludwigshafen a. Rhein	1 550	549	417	609	1 466	74	87	153	197	341	881	146	182	432
Mainz	1 040	362	227	443	976	77	132	320	65	135	290	85	176	366
Neustadt a. d. Weinstraße	706	411	262	345	626	130	165	284	50	73	170	82	107	172
Pirmasens	190	107	61	82	160	35	37	57	11	20	38	15	25	65
Speyer	936	351	224	349	857	65	111	249	116	127	289	43	111	319
Worms	878	323	285	372	851	150	176	327	41	107	321	94	89	203
Zweibrücken	146	128	75	91	127	39	43	54	22	28	45	14	19	28
Landkreise														
Alzey-Worms	1 906	1 562	1 001	975	1 569	552	526	820	228	232	377	221	216	372
Bad Dürkheim	1 489	943	588	727	1 285	247	300	482	160	205	380	181	222	423
Donnersbergkreis	799	676	348	375	591	183	191	306	86	105	158	79	79	127
Germersheim	1 781	796	517	879	1 572	266	471	756	192	342	722	59	66	94
Kaiserslautern	1 119	988	555	604	859	272	301	407	144	166	231	139	137	221
Kusel	545	562	267	275	379	164	164	222	48	50	63	55	61	94
Südliche Weinstraße	1 512	1 058	877	963	1 410	304	302	391	398	440	630	175	222	389
Ludwigshafen	2 119	1 394	992	1 181	1 941	445	480	714	299	363	599	248	338	628
Mainz-Bingen	2 630	1 352	1 051	1 246	2 388	436	476	868	188	239	482	427	530	1 038
Pirmasens	807	799	486	483	620	293	286	359	121	121	148	72	76	113
RB Rheinhessen-Pfalz	22 611	13 439	8 879	10 887	19 905	4 048	4 644	7 584	2 510	3 341	6 561	2 321	2 901	5 760
Kammerbezirke														
Rheinhessen	6 454	3 599	2 564	3 036	5 784	1 215	1 310	2 335	522	713	1 470	827	1 011	1 979
Pfalz	16 157	9 840	6 315	7 851	14 121	2 833	3 334	5 249	1 988	2 628	5 091	1 494	1 890	3 781
Grenzregion Trier/Westpfalz ²⁾	8 819	6 587	4 025	4 430	7 193	2 242	2 439	3 546	811	962	1 738	972	1 029	1 909
Rheinland-Pfalz	37 894	24 116	16 726	19 188	33 251	8 078	8 989	13 914	3 744	4 742	8 920	4 904	5 457	10 417
Kreisfreie Städte	9 079	3 871	2 566	3 718	8 341	1 097	1 456	2 820	720	1 177	2 967	749	1 087	2 554
Landkreise	28 815	20 245	14 160	15 468	24 910	6 981	7 537	11 094	3 024	3 564	5 953	4 155	4 368	7 863

1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. – 2) Des Grenzraumes Saarland-Lothringen-Luxemburg-Trier / Westpfalz.

noch: Überhang an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Bauvorhaben am 31. Dezember 1991
nach Verwaltungsbezirken
– Nichtwohnbau –

Verwaltungsbezirk	Insgesamt ¹⁾		Errichtung neuer Gebäude											
	Wohnungen	Gebäude/ Baumaßnahmen	zusammen			unter Dach			noch nicht unter Dach			noch nicht begonnen		
			Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen
	Anzahl		1000 m ³		Anzahl	1000 m ³		Anzahl	1000 m ³		Anzahl	1000 m ³		Anzahl
Kreisfreie Stadt Koblenz	11	125	72	1 026	15	39	441	9	15	174	2	18	412	4
Landkreise														
Ahrweiler	23	78	65	515	20	21	172	12	16	217	7	28	126	1
Altenkirchen (Ww.)	41	198	134	488	36	63	179	22	29	135	11	42	174	3
Bad Kreuznach	27	217	147	1 082	11	50	565	6	34	134	4	63	383	1
Birkenfeld	24	132	78	390	21	31	116	6	14	80	14	33	194	1
Cochem-Zell	11	122	63	365	7	27	253	4	12	26	2	24	86	1
Mayen-Koblenz	38	248	176	1 165	27	61	234	17	31	414	8	84	517	2
Neuwied	67	181	117	964	62	51	270	39	29	328	15	37	366	8
Rhein-Hunsrück-Kreis	33	147	87	311	25	44	177	8	13	61	1	30	72	16
Rhein-Lahn-Kreis	34	113	68	270	21	23	103	9	14	67	3	31	100	9
Westerwaldkreis	39	245	169	641	34	69	251	18	36	168	10	64	222	6
RB Koblenz	348	1 806	1 176	7 217	279	479	2 762	150	243	1 803	77	454	2 651	52
Kreisfreie Stadt Trier	5	70	45	618	6	20	164	–	5	99	–	20	355	6
Landkreise														
Bernkastel-Wittlich	33	155	102	233	10	34	101	2	12	19	6	56	112	2
Bitburg-Prüm	30	147	110	239	20	30	59	1	19	36	5	61	144	14
Daun	9	157	91	268	4	34	73	2	22	48	2	35	147	–
Trier-Saarburg	14	100	73	180	13	24	46	4	15	47	–	34	87	9
RB Trier	91	629	421	1 537	53	142	443	9	73	250	13	206	845	31
Kreisfreie Städte														
Frankenthal (Pfalz)	41	60	36	186	38	9	37	–	19	123	23	8	26	15
Kaiserslautern	29	169	85	998	19	55	667	12	12	203	3	18	129	4
Landau i. d. Pfalz	33	102	52	193	8	26	88	7	15	81	1	11	24	–
Ludwigshafen a. Rhein	45	152	70	822	42	6	32	1	35	608	7	29	181	34
Mainz	75	145	92	1 152	59	34	536	12	26	181	28	32	435	19
Neustadt a. d. Weinstraße	5	82	44	88	2	18	34	1	11	23	1	15	31	–
Pirmasens	2	34	20	234	2	6	45	1	4	24	1	10	165	–
Speyer	12	82	47	215	4	25	89	4	14	95	–	8	31	–
Worms	13	54	47	522	10	25	332	6	14	110	2	8	80	2
Zweibrücken	7	19	16	147	6	5	92	6	4	33	–	7	23	–
Landkreise														
Alzey-Worms	42	241	109	231	15	57	138	13	19	43	2	33	50	–
Bad Dürkheim	33	179	96	372	28	31	121	11	25	58	2	40	193	15
Donnersbergkreis	28	140	84	276	28	30	87	12	32	137	1	22	51	15
Germersheim	25	162	121	698	17	52	456	11	52	197	6	17	45	–
Kaiserslautern	24	153	75	234	12	28	67	8	20	69	–	27	99	4
Kusel	8	96	48	92	3	17	34	–	15	34	2	16	25	1
Südliche Weinstraße	41	252	164	454	29	57	143	7	77	234	19	30	78	3
Ludwigshafen	27	201	108	637	20	34	134	4	31	198	9	43	305	7
Mainz-Bingen	34	209	134	1 368	26	51	533	9	28	425	3	55	410	14
Pirmasens	12	135	52	193	6	25	115	5	5	21	1	22	57	–
RB Rheinhessen-Pfalz	536	2 667	1 500	9 113	374	591	3 779	130	458	2 896	111	451	2 438	133
Kammerbezirke														
Rheinhessen	164	649	382	3 273	110	167	1 539	40	87	759	35	128	975	35
Pfalz	372	2 018	1 118	5 839	264	424	2 241	90	371	2 138	76	323	1 463	98
Grenzregion Trier/Westpfalz ²⁾	225	1 507	879	4 101	150	339	1 666	59	179	851	35	361	1 588	56
Rheinland-Pfalz	975	5 102	3 097	17 867	706	1 212	6 984	289	774	4 949	201	1 111	5 934	216
Kreisfreie Städte	278	1 094	626	6 201	211	268	2 557	59	174	1 754	68	184	1 892	84
Landkreise	697	4 008	2 471	11 666	495	944	4 427	230	600	3 196	133	927	4 043	132

1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. – 2) Des Grenzraumes Saarland-Lothringen-Luxemburg-Trier/Westpfalz.



ten Wohnungsbauvorhaben von 2 % im Jahre 1990 auf 1,6 %. In den vergangenen 20 Jahren war ein so niedriger Wert nicht zu verzeichnen gewesen. Dies zeigt, daß die privaten und öffentlichen Bauherren sowie die gewerblichen Wohnungsunternehmen mit großer Stringenz ihre Wohnungsbauvorhaben – gerade mit Blick auf die angespannte Wohnungssituation – realisieren.

Bauabwicklung im Kreis Germersheim weit fortgeschritten

Den höchsten Bauüberhang insgesamt wies – wie im Vorjahr – der Landkreis Mainz-Bingen mit 2 388 Wohnungen in neuen Gebäuden auf. Es folgen die Kreise Bad Kreuznach (1 984), Ludwigshafen (1 941), Germersheim (1 572), Alzey-Worms (1 569) sowie der Landkreis Südliche Weinstraße mit 1 410 registrierten Überhangswohnungen.

Unter den kreisfreien Städten des Landes lag die Stadt Ludwigshafen (1 466 Wohnungen) vor Kaiserslautern (1 237) und der Landeshauptstadt Mainz (976).

Bei den bereits in der Bauphase befindlichen Wohnungen nahm der Kreis Germersheim mit 1 478 rohbaufertigen bzw. noch nicht unter Dach stehenden Wohnungen die Spitzenposition vor dem Landkreis Mainz-Bingen (1 350), Ludwigshafen (1 313) und Alzey-Worms (1 197) ein. In den nördlichen Landesteilen wurde ein ähnlich hoher Überhang an im Bau befindlichen Wohneinheiten nur im Westerwaldkreis (1 001) beobachtet. Auffallend sind die regionalen Unterschiede bei den genehmigten, aber noch nicht mit dem Bau begonnenen Wohnungen. Beispielsweise erreicht

deren Zahl im Kreis Germersheim 94 und im Kreis Mainz-Bingen 1 038.

Drei Viertel des Wohnungsbauüberhangs entfallen auf die Landkreise (24 910 Einheiten), ein Viertel auf die kreisfreien Städte (8 341). Relativ niedrig war der Wohnungsüberhang in der Stadt Trier. Hier waren 144 Wohngebäude mit 366 Wohnungen noch nicht bezugsreif; an 116 dieser Wohnungen hatten die Bauarbeiten noch nicht begonnen. Die von der Einwohnerzahl vergleichbar großen Universitätsstandorte Kaiserslautern (1 237 Wohnungen) und Koblenz (684) wiesen Ende 1991 einen weit höheren Bauüberhang auf.

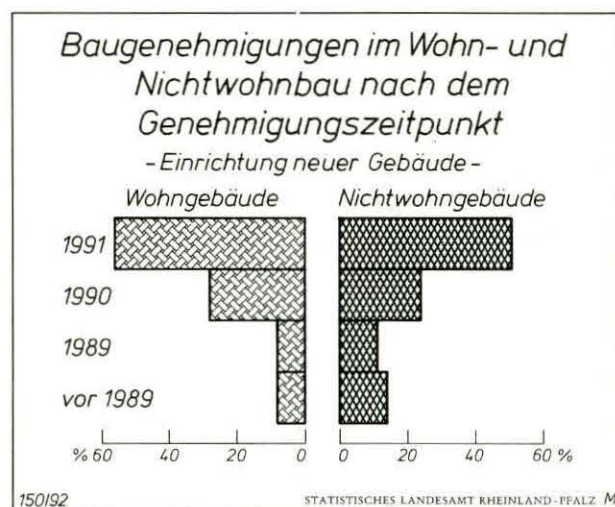
80 % aller Nichtwohnbauvorhaben in den Landkreisen

Am 31. Dezember 1991 waren im Bereich Nichtwohnbau 3 097 Projekte genehmigt, jedoch noch nicht fertiggestellt. Ein Jahr zuvor betrug deren Zahl 2 952. Der Gebäudeüberhang ist um fast 5 % gestiegen.

Von den Bauwerken standen 1 212 (39 %) im Rohbau, 774 (25 %) waren im Bau, aber noch nicht unter Dach und bei 1 111 (36 %) Gebäuden war mit der Bauausführung noch nicht begonnen worden. Vier Fünftel aller noch nicht abgeschlossenen Nichtwohnbauvorhaben (2 471) werden in Landkreisen, ein Fünftel der Gebäude (626) wird in kreisfreien Städten errichtet werden.

Innerhalb der einzelnen Gebäudearten vergrößerte sich der Überhang an nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden von 1 621 Ende 1990 auf 1 758 (+ 8,5 %) Ende 1991. Die zweitgrößte Gruppe der noch nicht vollendeten Nichtwohngebäude stellten die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude mit 621 Bauvorhaben (Vorjahr 663), es folgen in der weiteren Reihenfolge die Gruppe der sonstigen Nichtwohngebäude mit 404 (371), die Büro- und Verwaltungsgebäude mit 273 (253) sowie die Anstaltsgebäude mit 41 (44) Bauvorhaben.

Der Wohnungsüberhang in den Nichtwohngebäuden bezifferte sich Ende 1991 auf 706 Wohnungen (1990 : 523). Einschließlich der durch Baumaßnahmen eingeplanten Wohnungen sollen 975 neue Wohnungen in Wirtschafts- und Verwaltungsbauten liegen.



Überhang an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Bauvorhaben am 31. Dezember 1991 nach Gebäudeart

Gebäudeart	Insgesamt ¹⁾		Errichtung neuer Gebäude											
	Wohnungen	Gebäude/ Baumaßnahmen	zusammen			unter Dach			noch nicht unter Dach			noch nicht begonnen		
			Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen
	Anzahl			1000 m ³	Anzahl		1000 m ³	Anzahl		1000 m ³	Anzahl		1000 m ³	Anzahl
Wohnbau														
Wohngebäude mit														
1 Wohnung	-	-	11 820	10 168	11 820	5 938	5 308	5 938	2 546	2 249	2 546	3 336	2 611	3 336
2 Wohnungen	-	-	2 937	3 334	5 874	1 421	1 641	2 842	645	763	1 290	871	929	1 742
3 Wohnungen und mehr	-	-	1 931	5 394	14 436	707	1 925	4 859	536	1 591	4 411	688	1 877	5 166
Wohnheime	1 154	57	38	292	1 121	12	115	275	17	139	673	9	39	173
Wohngebäude zusammen	37 894	24 116	16 726	19 188	33 251	8 078	8 989	13 914	3 744	4 742	8 920	4 904	5 457	10 417
Nichtwohnbau														
Anstaltsgebäude	17	86	41	549	3	16	181	-	14	211	-	11	156	3
Büro- und Verwaltungsgebäude	179	486	273	2 374	149	122	847	40	71	1 032	51	80	495	58
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	120	894	621	1 223	34	236	558	14	159	302	10	226	363	10
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	615	2 832	1 758	11 540	451	660	4 519	214	420	2 681	107	678	4 341	130
Sonstige Nichtwohngebäude	44	804	404	2 181	69	178	880	21	110	723	33	116	579	15
Nichtwohngebäude zusammen	975	5 102	3 097	17 867	706	1 212	6 984	289	774	4 949	201	1 111	5 934	216

1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

Wie bedeutend Um-, Aus- und Erweiterungsbaumaßnahmen gerade im Nichtwohnbau sind, zeigt der hohe Überhang an Baumaßnahmen in diesem Bereich. Ende 1991 waren 1 195 solcher Maßnahmen noch nicht abgeschlossen. Somit bezog sich jede vierte erteilte Baugenehmigung im Nichtwohnbau auf eine geplante bauliche Veränderung. Der Gesamtüberhang im Wirtschaftsbau beziffert sich somit auf 5 102 Gebäude bzw. Baumaßnahmen und lag um 4 % über dem entsprechenden Vorjahreswert (4 915).

Die noch nicht fertiggestellten neuen Nichtwohngebäude weisen zusammen einen Rauminhalt von fast 18 Mill. m³ auf. Ende des Vorjahres hatte das Überhangsvolumen 16 Mill. m³ betragen. Die Steigerungsrate beträgt 11,6 %.

In 2 437 Fällen werden Wirtschaftsunternehmen nach Fertigstellung ihre Gebäude nutzen; zweitgrößte Bauherrngruppe waren die öffentlichen Bauherren (364), gefolgt von den Organisationen ohne Erwerbszweck (166) und den privaten Haushalten (130). Die meisten der durch Wirtschaftsunternehmen in Auftrag gegebenen Gebäude entfallen auf die Gruppe der Dienstleistungsunternehmen (1 035 neue Gebäude). In der

weiteren Folge rangieren die Unternehmen des produzierenden Gewerbes (777) sowie die Gruppe der Land- und Forstwirtschaftsunternehmen (616).

Die größte Anzahl neuer Nichtwohngebäude ist im Landkreis Mayen-Koblenz im Bau bzw. geplant (176), gefolgt vom Westerwaldkreis (169) und dem Kreis Südliche Weinstraße mit 164 noch unvollendeten Bauwerken.

Daß insbesondere große Nichtwohnbauvorhaben eine längere Abwicklungszeit erfordern, zeigt die Differenzierung nach dem Genehmigungszeitpunkt und Gegenüberstellung mit dem Wohnbau. In 51 % der Fälle (1 590 Gebäude) stammte die Baufreigabe im Nichtwohnbau aus dem Jahre 1991 (Wohnbau 56 %). Bei 742 Gebäuden (24 %) war die Genehmigung älter als ein Jahr (Wohnbau 28 %). In fast 11 % der Fälle (329 Gebäude) lag der Genehmigungszeitpunkt über zwei Jahre zurück und bei 14 % der geplanten Nichtwohnbauten (436) mehr als drei Jahre. Damit sind ein Viertel der erteilten Nichtwohnbaugenehmigungen älter als zwei Jahre, im Wohnbau waren es nur 16 %.

Diplom-Betriebswirt (FH) Arthur Hesseler

Insolvenzen im ersten Halbjahr 1992

Insolvenzen sind das Ergebnis eines wettbewerbsbedingten Ausleseprozesses in marktwirtschaftlichen Systemen. Hierzu zählen alle Fälle von Zahlungsunfähigkeit bzw. Überschuldung natürlicher und juristischer Personen.

Die amtliche Insolvenzstatistik, eine Sekundärstatistik, erfaßt alle gerichtlichen Insolvenzverfahren. Sofern eine außergerichtliche Einigung zwischen Gläubigern und Schuldern erfolgt, bleibt die Statistik unberührt. Die tatsächliche Zahl von zahlungsunfähigen bzw. über-

schuldeten Erwerbsunternehmen sowie sonstigen Gemeinschuldern dürfte demgemäß die hier ausgewiesene übersteigen.

Rund 9 % mehr Insolvenzen

Die Zahl der im ersten Halbjahr 1992 von den rheinland-pfälzischen Amtsgerichten gemeldeten Konkurs- und Vergleichsanträge hat sich gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum erneut erhöht. Damit setzt sich die seit dem zweiten Halbjahr 1990 zu beobachtende Tendenz unvermindert fort, nachdem in den sechs vorhergegangenen Halbjahren eine insgesamt rückläufige Entwicklung in den Veränderungsraten gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zu verzeichnen war.

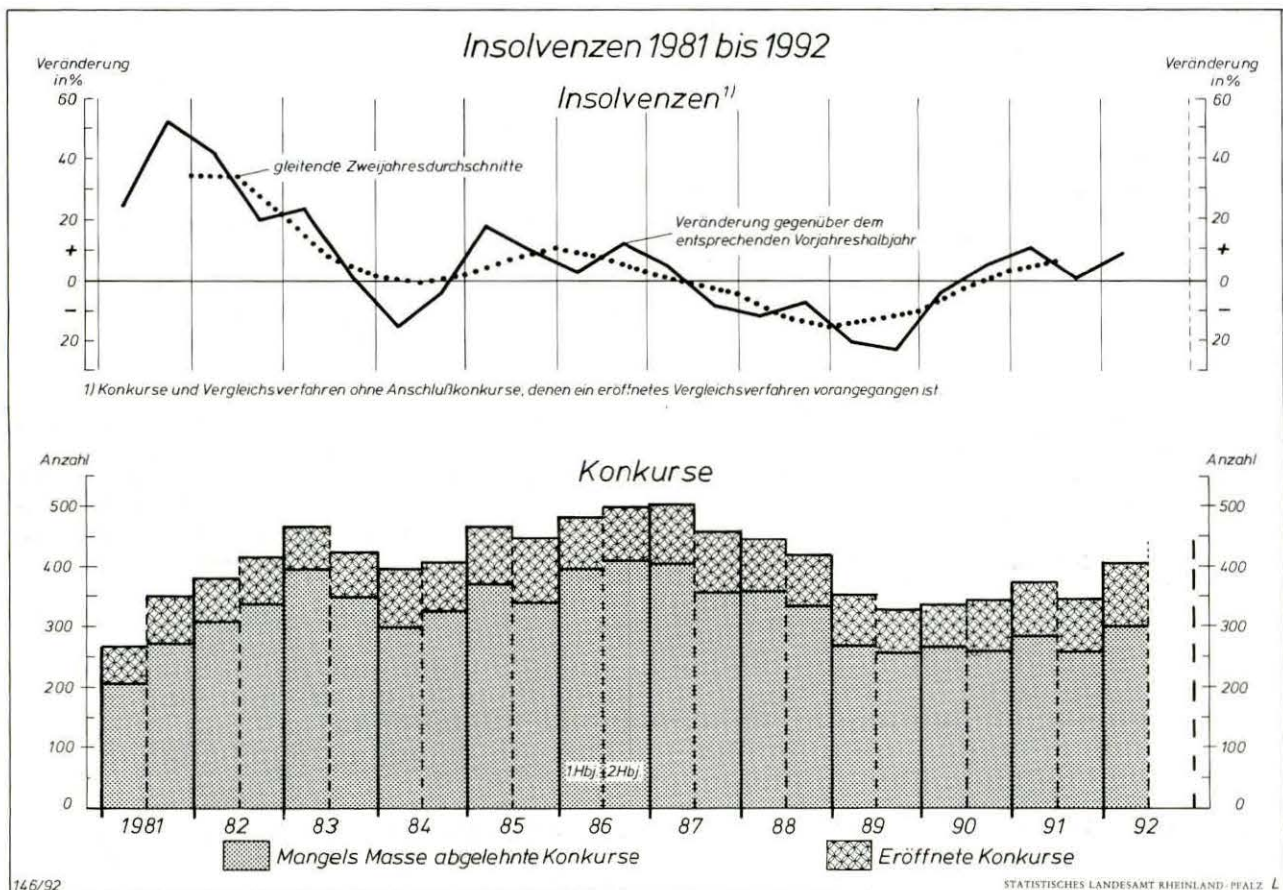
Insgesamt wurden 403 Konkursanträge gestellt, von denen 103 zur Eröffnung eines Verfahrens führten. Die übrigen Anträge wurden von den Amtsgerichten mangels Masse abgewiesen, weil nach Ermessen des Gerichts eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden war bzw. ein zur Kostendeckung eventuell fehlender Betrag nicht vorgeschossen wurde (vgl. § 107 Abs. 1 Konkursordnung). Diese Situation führt dazu, daß die Sanierung insolventer Gemeinschuldner, und hier insbesondere der betroffenen Erwerbsunternehmen, deutlich erschwert wird. Lediglich in einem Fall wurde ein Vergleichsverfahren eröffnet. Angesichts des Mangels an Masse der Insolvenzen wird in Fachkreisen seit einigen Jahren vom „Konkurs der Konkurse“ gesprochen.

Insgesamt waren 294 Erwerbsunternehmen von Zahlungsunfähigkeit bzw. Überschuldung betroffen. Dies sind 73 % aller Insolvenzen. Die übrigen 110 Insolvenzfälle verteilten sich auf sonstige natürliche Personen, Nachlässe sowie Vereine. Damit hat sich die Zahl der reinen Unternehmensinsolvenzen gegenüber dem ersten Halbjahr 1991 um 5,4 % erhöht, während die Gesamtzahl der Insolvenzen um 8,6 % zunahm.

GmbH die Rechtsform mit dem höchsten Insolvenzrisiko

52 nicht in das Handelsregister eingetragene Unternehmen wurden zahlungsunfähig bzw. waren überschuldet. Gemessen an der Zahl der Unternehmensinsolvenzen belief sich ihr Anteil auf knapp 18 %.

In mehr als 25 % der Fälle wurde über Insolvenzanträge eingetragener Einzelunternehmen entschieden. Knapp 7 % der insolventen Unternehmen waren als Personengesellschaften (OHG bzw. KG) organisiert, wovon vier Fünftel die Gruppe der GmbH & Co. KG stellten, die ebenfalls dieser Kategorie zugeordnet wird. Wie bereits in den vergangenen Jahren, wurde auch im ersten Halbjahr dieses Jahres rund die Hälfte der insolventen Unternehmen in der Rechtsform einer GmbH geführt. Diese Gruppe von Kapitalgesellschaften, bei denen die Haftung der Eigentümer auf die jeweiligen Kapitaleinlagen beschränkt ist, war mit 146 Fällen erneut am stärksten besetzt. Die Rechtsform der Aktiengesellschaft war mit einem Insolvenzfall vertreten.

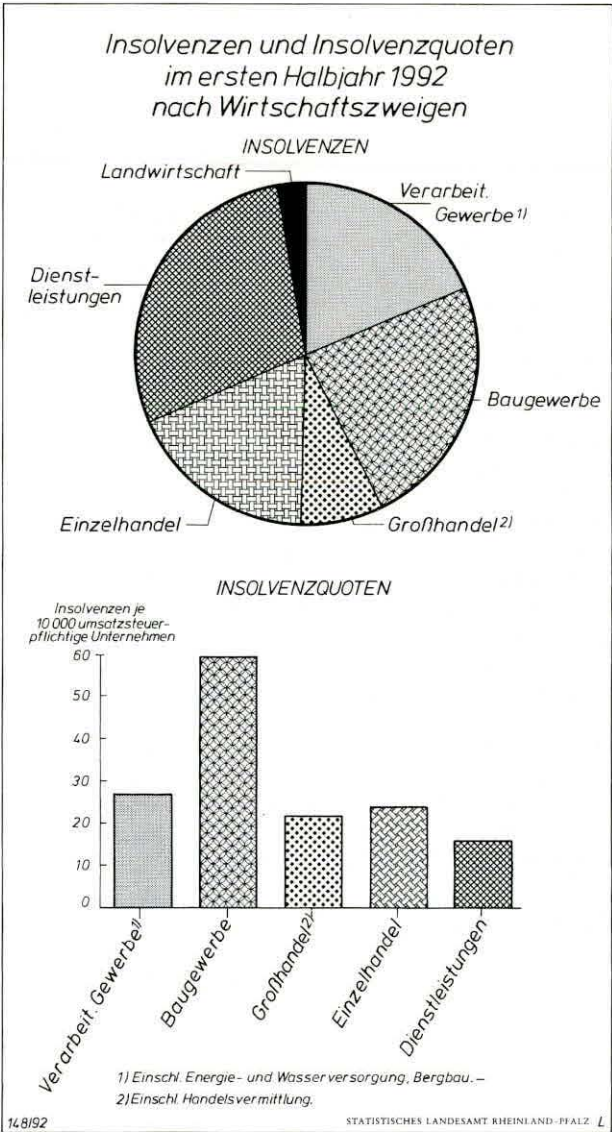


Die hier betrachteten Häufigkeiten bieten zwar einen Überblick über die Verteilung der Unternehmensinsolvenzen nach der Rechtsform, sie erlauben hingegen keine Aussage darüber, in welchem Umfang die Unternehmen bzw. die Gesellschafter rechtsformspezifisch vom Risiko der Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung betroffen sind. Aufschluß hierüber geben Insolvenzquoten, bei denen die Anzahl der nach Rechtsformen gegliederten insolventen Erwerbsunternehmen jeweils auf 10 000 bestehende Unternehmen gleicher Organisationsform bezogen wird. Diese Quoten werden auch als Insolvenzhäufigkeiten bezeichnet. Werden die aktuellen Ergebnisse der Statistik der Kapitalgesellschaften von 1991 zugrunde gelegt, so ergibt sich für die Gesellschaftsform der GmbH eine Insolvenzquote

Konkurse und Vergleichsverfahren 1981 bis 1992

Jahr Halbjahr	Ins- gesamt ¹⁾	Konkursverfahren		Vergleichs- verfahren
		ins- gesamt	darunter mangels Masse abgelehnt	
Insgesamt				
1981	619	617	477	3
1982	800	792	646	8
1983	899	888	742	13
1984	806	800	623	6
1985	914	909	709	8
1986	980	980	803	–
1987	959	955	758	4
1988	863	860	688	3
1989	677	674	518	4
1990	679	678	520	1
1991	714	713	536	1
1991 1. Hj.	372	371	282	1
2. Hj.	342	342	254	–
1992 1. Hj.	404	403	300	1
Darunter Unternehmen				
1981	454	452	338	3
1982	629	621	500	8
1983	683	672	552	12
1984	621	616	471	5
1985	721	716	546	8
1986	757	757	608	–
1987	680	677	520	3
1988	588	586	456	2
1989	478	475	356	4
1990	490	489	364	1
1991	515	514	366	1
1991 1. Hj.	279	278	202	1
2. Hj.	236	236	164	–
1992 1. Hj.	294	293	207	1

1) Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist.



von 65 Unternehmen. Die anhand von Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik 1990 ermittelten Insolvenzquoten in den Kategorien OHG / KG bzw. nicht im Handelsregister eingetragene Unternehmen / eingetragene Einzelunternehmen liegen demgegenüber bei 13. Tendenziell besteht somit bei Unternehmen der Rechtsform GmbH ein rund fünfmal höheres Insolvenzrisiko. Dies dürfte im wesentlichen auf die oftmals mangelhafte Eigenkapitalausstattung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung zurückzuführen sein.

Jüngere Unternehmen deutlich häufiger von Konkursen betroffen

Im ersten Halbjahr 1992 waren überwiegend junge Unternehmen von Zahlungsunfähigkeit bzw. Überschuldung betroffen. Während in diesem Zeitraum 228 insolvente Unternehmen im Alter von unter 8 Jahren registriert wurden, entfielen auf die älteren Unternehmen 66 Fälle. Wie bereits in den vergangenen Jahren lag damit der Anteil der jungen Firmen an den Unternehmensinsolvenzen mit 78 % deutlich über dem der 8jährigen und älteren. Maßgeblich für die Einordnung der Unterneh-

Unternehmensinsolvenzen 1981 bis 1992 nach Rechtsform und Altersklasse des Unternehmens

Jahr Halbjahr	Rechtsform							Alter	
	in das Handelsregister eingetragene Unternehmen						nicht eingetragene Unternehmen	unter 8 Jahre	8 Jahre und mehr
	Einzel- unter- nehmen	Personengesellschaften		Kapitalgesellschaften		sonstige Unter- nehmen			
		OHG, KG	darunter GmbH & Co. KG	GmbH	AG, KGaA				
1981	66	34	22	208	1	–	145	340	114
1982	115	56	35	303	1	1	153	484	145
1983	91	60	42	297	2	3	230	525	158
1984	88	57	25	261	1	1	213	450	171
1985	91	66	40	311	–	–	253	537	184
1986	121	59	40	342	1	1	233	568	189
1987	160	57	30	292	–	2	169	490	190
1988	134	47	28	273	–	–	134	456	132
1989	117	29	18	243	–	2	87	369	109
1990	122	29	20	234	–	1	104	371	119
1991	121	23	13	278	–	1	92	388	127
1991 1.Hj.	62	13	8	149	–	1	54	210	69
2.Hj.	59	10	5	129	–	–	38	178	58
1992 1.Hj.	75	19	15	146	1	1	52	228	66

men nach dem Alter ist hier der gesamte Zeitraum seit dem ersten Tätigwerden, unabhängig von einem etwaigen Wechsel der Inhaber oder Änderungen der Rechtsform bzw. des Betriebszwecks. Im langfristigen Verlauf zeigt sich bei den so abgegrenzten jüngeren Unternehmen eine dreimal höhere Insolvenzhäufigkeit als in der Gruppe der älteren Unternehmen.

Kräftige Zunahme der Insolvenzen im Einzelhandel und im verarbeitenden Gewerbe

Die in den ersten sechs Monaten des Jahres 1992 gemeldeten Unternehmensinsolvenzen sind zu knapp 43 % auf Firmenzusammenbrüche im Bereich des produzierenden Gewerbes zurückzuführen. In 26 % der

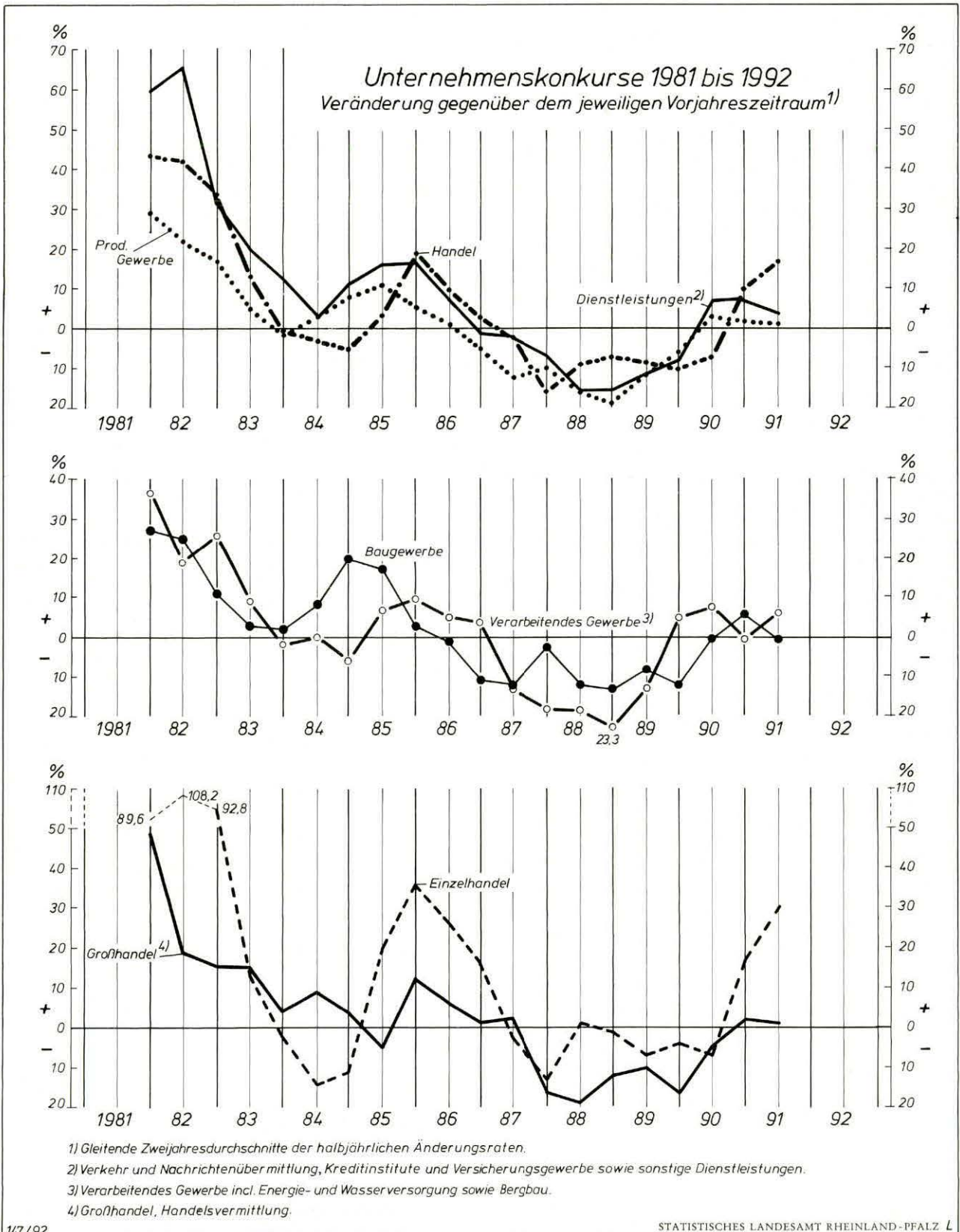
Unternehmensinsolvenzen 1981 bis 1992 nach Wirtschaftszweigen

Jahr Halbjahr	Produzierendes Gewerbe			Handel			Dienst- leistungen ²⁾
	ins- gesamt	davon		ins- gesamt	davon		
		verarbeitendes Gewerbe ¹⁾	Baugewerbe		Großhandel und Handels- vermittlung	Einzelhandel	
1981	228	99	129	102	64	38	117
1982	309	133	176	158	82	76	149
1983	301	154	147	183	85	98	190
1984	294	120	174	151	86	65	163
1985	340	129	211	161	90	71	214
1986	316	138	178	206	96	110	212
1987	302	134	168	151	72	79	210
1988	253	88	165	141	63	78	182
1989	196	78	118	127	55	72	145
1990	214	93	121	111	43	68	149
1991	198	70	128	145	54	91	163
1991 1.Hj.	118	43	75	66	29	37	91
2.Hj.	80	27	53	79	25	54	72
1992 1.Hj.	125	55	70	76	23	53	85

1) Einschließlich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau. – 2) Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe sowie sonstige Dienstleistungen.

Fälle waren Handelsunternehmen von Konkurs- und Vergleichsanträgen betroffen, 29 % der Unternehmensinsolvenzen sind dem Dienstleistungssektor zuzuordnen, der die Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe sowie sonstige Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen umfaßt.

Während im Dienstleistungssektor die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren gegenüber dem Vorjahreszeitraum um knapp 7 % abnahm, waren sowohl im produzierenden Gewerbe als auch im Handel steigende Insolvenzzahlen zu verzeichnen. Innerhalb der beiden letztgenannten Bereiche vollzog sich die Entwicklung jedoch nicht einheitlich. So lassen sich sowohl im Bau-



gewerbe als auch im Bereich Großhandel und Handelsvermittlung mit einem Rückgang der Insolvenzen um 7 % bzw. 21 % günstige Tendenzen erkennen. Demgegenüber sind im verarbeitenden Gewerbe – unter dem hier auch die Bereiche Energie- und Wasserversorgung sowie Bergbau subsumiert sind – und im Einzelhandel Steigerungsraten von 28 % bzw. 43 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum festzustellen.

Obwohl sich bei dieser sehr kurzfristigen Betrachtung die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen uneinheitlich darstellt, zeigt eine langfristige Analyse der halbjährlichen Änderungsraten innerhalb der letzten zehn Jahre ein auffallend einheitliches Verlaufsmuster. Hier kommt die starke Verflechtung der Wirtschaftsbereiche im konjunkturellen Wechsel zum Ausdruck. Zwar bestehen in den Änderungsraten zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen zum Teil erhebliche Niveauunterschiede sowie kurzfristig differierende Verlaufstendenzen, gleichwohl zeigt sich in allen Bereichen langfristig eine relativ übereinstimmende Entwick-

lung der Insolvenzen, die seit Beginn der 90er Jahre in einem erneuten Anstieg mündet.

Eine nach Wirtschaftszweigen differenzierte Analyse der Insolvenzquoten läßt stark unterschiedliche Insolvenzrisiken in den einzelnen Teilbereichen erkennen. So liegt die Insolvenzquote im produzierenden Gewerbe mit 39 deutlich über den im Handel sowie im Dienstleistungssektor ermittelten Werten von 23 bzw. 16. Die höchste Insolvenzquote verzeichnet das Baugewerbe. Hier waren im ersten Halbjahr 1992 von 10 000 umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen 59 von Konkurs- bzw. Vergleichsanträgen betroffen. Das Insolvenzrisiko im besonders konjunkturreagiblen Bausektor liegt somit deutlich über dem der Bereiche verarbeitendes Gewerbe einschließlich Energie-, Wasserversorgung und Bergbau (27 Insolvenzfälle je 10 000 Unternehmen), Großhandel und Handelsvermittlung (22) sowie Einzelhandel (24).

Diplom-Volkswirt Gerd Reh

Todesursachen 1991

Die amtliche Todesursachenstatistik wird auf der Grundlage des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes bundeseinheitlich durchgeführt. Zur Erstellung der Statistik werten die statistischen Landesämter die Angaben auf den Todesbescheinigungen aus. Die Qualität der Todesursachenstatistik wird also wesentlich von der Genauigkeit der ärztlichen Sterbediagnose bestimmt. Als Todesursache fließt das im Leichenschauschein angegebene Grundleiden in die statistische Auswertung ein. Als Grundleiden gelten nach der Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) diejenigen Krankheiten oder Verletzungen, die den Ablauf der zum Tode führenden Krankheitszustände auslösten bzw. die Umstände des Unfalls oder der Gewalteinwirkung, die den Tod verursachten. Weitere Krankheiten, unter denen die verstorbene Person ggf. auch noch litt, bleiben in der Statistik unberücksichtigt. Eine Multimorbidität ist vornehmlich in den höheren Altersbereichen anzutreffen. Die Verschlüsselung der von den Ärzten vermerkten Todesursachen erfolgt im Statistischen Landesamt nach den einheitlichen Vorschriften der von der WHO herausgegebenen Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD). Die Ergebnisse der Todesursachenstatistik sind anhand der Code-Nummern der ICD auch international vergleichbar.

Die Statistik bezieht alle im Berichtsjahr Gestorbenen ein, wobei Totgeborene und gerichtliche Todeserklärungen außer Betracht bleiben. Für die regionale Zuordnung ist das Wohnsitzprinzip maßgeblich.

Herzinfarkt bei jedem zehnten Sterbefall als Ursache

Im Jahre 1991 verstarben 43 560 Menschen, deren letzter Wohnsitz in Rheinland-Pfalz gelegen hatte, das

waren geringfügig weniger als ein Jahr zuvor (43 811). Die Zahl der verstorbenen Frauen lag mit 23 033 über derjenigen der Männer, die sich auf 20 527 belief. Gut 96 % der Sterbefälle waren auf natürliche und 3,7 % auf nichtnatürliche Todesursachen zurückzuführen. Diese umfassen Unfälle, Vergiftungen, Selbstmorde, Morde sowie Totschlag. Im Jahre 1980 hatte der Anteil der nichtnatürlichen Todesursachen 5,4 % und 5 Jahre später 4,4 % betragen.

Seit Jahren entfällt gut die Hälfte aller Sterbefälle auf Krankheiten des Kreislaufsystems. Im Jahre 1991 führten Kreislaufkrankheiten bei 23 500 Gestorbenen zum Ableben, das waren 53,9 % aller Todesfälle. 1980 und 1985 hatten die entsprechenden Anteile 55,2 bzw. 54,8 % betragen. Die Unterscheidung nach dem Geschlecht zeigt deutliche Unterschiede: So fielen 1991 nahezu 60 % der weiblichen gegenüber 48 % der männlichen Verstorbenen einer Krankheit des Kreislaufsystems zum Opfer. Da Kreislaufkrankheiten insbesondere ältere Menschen betreffen, wirkt sich hier die angesichts ihrer größeren Lebenserwartung stärkere Besetzung der Frauen in den höheren Altersgruppen aus.

Innerhalb der Kreislauftodesfälle waren 1991 die Herzkrankheiten mit 13 630 Fällen – das entspricht 31 % aller Sterbefälle – die größte Untergruppe. Der betreffende Anteil lag 1980 bei gut 28 %. Unter den an Herzkrankheiten Gestorbenen waren 4 350 Herzinfarkt-tote, das ist jeder zehnte Verstorbene. Im Jahre 1980 hatte diese Quote (11,9 %) höher, 1985 (8,9 %) niedriger gelegen. Die 2 460 männlichen Infarkt-toten des Berichtsjahres machen einen Anteil von 12 % aller gestorbenen Männer aus, während der entsprechende Prozentsatz der 1 900 weiblichen Infarkt-opfer 8,2 % beträgt. Ebenfalls zu den Krankheiten des Kreislaufsystems zählen die Krankheiten des zerebrovaskulären Systems (Hirngefäßkrankheiten). Bei 5 520 Verstorbenen, darunter

bei 3 680 in Form der Apoplexie (Schlaganfall), wurde diese Todesursache festgestellt, was einem Anteil von 12,7 % aller Gestorbenen entspricht. Dabei scheint die relative Bedeutung dieser Krankheitsgruppe zurückzugehen, denn 1980 waren noch 17,7 % und 5 Jahre später 15,6 % aller Sterbefälle Folge einer Erkrankung der Hirngefäße.

Krebserkrankungen als zweithäufigste Todesursache

Zweitgrößte Todesursachengruppe ist nach wie vor die der bösartigen Neubildungen. Mit 10 480 Toten war 1991 bei fast jedem vierten Sterbefall Krebs als Grundleiden in der Todesbescheinigung angegeben. Der

Anteil an den Gesamttodesfällen (24 %) weist gegenüber 1980 (22,5 %) und 1985 (23,6 %) eine leicht ansteigende Tendenz auf. Gut ein Drittel aller Krebstodesfälle betraf Neubildungen der Verdauungsorgane und des Bauchfells. Die Sterbefälle infolge bösartiger Neubildungen der Lunge (einschließlich Luftröhre und Bronchien) haben 1991 mit 1 910 Fällen im Vergleich zu 1980 (1 630) und 1985 (1 760) zugenommen. Dies spiegelt sich auch in den Anteilen an der Gesamtzahl der Gestorbenen wider, die sich von 3,7 über 4,1 auf 4,4 % erhöhten. Dabei sind für die Männer in allen drei genannten Jahren deutlich höhere Anteile ausgewiesen als für die Frauen, und zwar 6,6 gegenüber 0,9 % (1980), 7,4 zu 1,1 % (1985) und 7,6 zu 1,5 % (1991). Es errechnen sich also für den Lungenkrebs, dessen Hauptursache im Rauchen gesehen wird, auch für Frauen stei-

Gestorbene 1980, 1985 und 1991 nach ausgewählten Todesursachen und Geschlecht in Rheinland-Pfalz

Todesursache (Nr. der ICD/9)	1980		1985		1991					
	insgesamt	%	insgesamt	%	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
					Anzahl			%		
Infektiöse und parasitäre Krankheiten (001-139)	214	0,5	222	0,5	291	170	121	0,7	0,8	0,5
Tuberkulose (010-018)	78	0,2	60	0,1	33	23	10	0,1	0,1	0,0
AIDS (042-044)	.	.	2	0,0	58	52	6	0,1	0,3	0,0
Bösartige Neubildungen (140-208)	9 807	22,5	10 067	23,6	10 475	5 457	5 018	24,0	26,6	21,8
der Verdauungsorgane und des Bauchfells (150-159)	3 665	8,4	3 634	8,5	3 736	1 764	1 972	8,6	8,6	8,6
der Luftröhre, Bronchien und der Lunge (162)	1 627	3,7	1 764	4,1	1 905	1 559	346	4,4	7,6	1,5
der weiblichen Brustdrüse (174)	741	1,7	865	2,0	901	-	901	2,1	-	3,9
der Prostata (185)	463	1,1	513	1,2	558	558	-	1,3	2,7	-
Leukämie (204-208)	296	0,7	311	0,7	316	171	145	0,7	0,8	0,6
Krankheiten des Kreislaufsystems (390-459)	24 039	55,2	23 356	54,8	23 495	9 853	13 642	53,9	48,0	59,2
Herzkrankheiten (393-398, 410-429)	12 264	28,1	13 487	31,7	13 630	6 257	7 373	31,3	30,5	32,0
Akuter Myokardinfarkt (410)	5 189	11,9	3 772	8,9	4 354	2 455	1 899	10,0	12,0	8,2
sonstige ischämische Herzkrankheiten (411-414)	1 740	4,0	4 252	10,0	2 723	1 213	1 510	6,3	5,9	6,6
Hirngefäßkrankheiten (430-438)	7 717	17,7	6 635	15,6	5 516	2 035	3 481	12,7	9,9	15,1
Apoplexie (436)	4 595	10,5	4 054	9,5	3 676	1 382	2 294	8,4	6,7	10,0
Arteriosklerose (440)	2 703	6,2	1 974	4,6	3 090	1 061	2 029	7,1	5,2	8,8
Krankheiten der Atmungsorgane (460-519)	1 874	4,3	2 418	5,7	2 380	1 418	962	5,5	6,9	4,2
Pneumonie (Lungenentzündung) (480-486)	582	1,3	1 058	2,5	803	376	427	1,8	1,8	1,9
Bronchitis, Emphysem, Asthma (466, 490-493)	1 118	2,6	1 185	2,8	1 165	792	373	2,7	3,9	1,6
Krankheiten der Verdauungsorgane (520-579)	2 194	5,0	1 775	4,2	1 638	860	778	3,8	4,2	3,4
Leberzirrhose (571)	1 137	2,6	847	2,0	762	493	269	1,7	2,4	1,2
Unfälle, Vergiftungen und sonstige Gewalteinwirkungen (E 800-999)	2 351	5,4	1 864	4,4	1 626	1 119	507	3,7	5,5	2,2
Unfälle (E 800-949)	1 522	3,5	1 033	2,4	995	658	337	2,3	3,2	1,5
Kfz.-Unfälle (E 810-825)	803	1,8	487	1,1	462	358	104	1,1	1,7	0,5
Unfälle durch Sturz (E 880-888)	436	1,0	321	0,8	352	167	185	0,8	0,8	0,8
Selbstmord und Selbstbeschädigung (E 950-959)	769	1,8	792	1,9	558	413	145	1,3	2,0	0,6
Mord, Totschlag (E 960-969)	44	0,1	28	0,1	39	21	18	0,1	0,1	0,1
Alle Todesursachen (001-999)	43 576	100	42 587	100	43 560	20 527	23 033	100	100	100

gende Anteile an den gesamten Todesursachen. Gleichwohl verstarben 1991 weit weniger Frauen an Lungenkrebs (350) als an Brustkrebs (900). Dagegen fielen eindeutig mehr Männer dem Lungenkrebs (1 560), auf den fast 29 % aller männlichen Krebstodesfälle zurückzuführen waren, zum Opfer als dem Prostatakrebs (560).

Jeder Zwanzigste starb an Krankheiten der Atmungsorgane

Angesichts der Tatsache, daß die Krankheiten des Kreislaufsystems und die bösartigen Neubildungen zusammen seit Jahren rund drei Viertel aller Todesfälle verursachen, kommt den übrigen Ursachen zahlenmäßig weniger Bedeutung zu. 2 380 an Krankheiten der Atmungsorgane Gestorbene (Anteil 5,5 %) bildeten 1991 wiederum die drittgrößte Todesursachengruppe. Etwa die Hälfte der Fälle betraf Bronchitis, Emphysem und Asthma, weitere 800 Menschen verstarben an Lungentzündung. Die Krankheiten der Atmungsorgane spielen bei den Männern mit einem Anteil von 6,9 % aller männlichen Sterbefälle eine größere Rolle als bei den Frauen, deren entsprechender Wert 4,2 % betrug.

Die Krankheiten der Verdauungsorgane, nach wie vor viertgrößte Todesursachengruppe, verloren an Bedeutung. Waren ihnen 1980 noch 5 % aller Verstorbenen

erlegen, so reduzierte sich diese Quote 1985 auf 4,2 % und 1991 auf 3,8 %. Von den 1 640 Todesfällen dieser Gruppe betrafen 760 die Leberzirrhose (490 Männer und 270 Frauen).

Anstieg der AIDS-Sterbefälle

Die Todesursache AIDS wird seit dem Erhebungsjahr 1985 in der Todesursachenstatistik nachgewiesen, wobei zunächst teilweise noch Nachweisungsprobleme in den Todesbescheinigungen und damit auch für die Statistik bestanden haben dürften. Für das Berichtsjahr 1986 wurden 7 an der Immunschwächekrankheit gestorbene Personen gemeldet. In den Folgejahren stieg deren Anzahl – mit Ausnahme von 1989 – deutlich an und zwar von 23 Toten im Jahre 1988 auf 58 im Jahre 1991. Eine vorläufige Auszählung der Meldungen ergab für das erste Halbjahr 1992 eine Zahl von 33 AIDS-Toten.

Von 1986 bis Mitte 1992 sind insgesamt 208 Menschen dieser noch nicht heilbaren Krankheit erlegen. Nicht mitgezählt sind hierbei 20 im vorgenannten Zeitraum Verstorbene, bei denen nach den Zuordnungsregeln der WHO eine andere Todesursache als Grundleiden zu signieren war, obwohl die betreffenden Personen auch an AIDS erkrankt waren. Dies gilt z. B. für die Fälle, in denen ein AIDS-Kranker Selbstmord beging oder bei einem Verkehrsunfall ums Leben kam.

An Unfällen Verstorbene 1991 nach Altersgruppen und Geschlecht in Rheinland-Pfalz

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Gestorbene insgesamt (ICD 001-999)	Alle Unfälle (E 800-949)				Kfz-Unfälle (E 810-825)				Unfälle durch Sturz (E 880-888)			
		männlich	weiblich	zusammen	Anteil an allen Sterbefällen	männlich	weiblich	zusammen	Anteil an allen Unfällen	männlich	weiblich	zusammen	Anteil an allen Unfällen
		Anzahl			%	Anzahl			%	Anzahl			%
0 - 1	289	5	2	7	2,4	1	1	2	(28,6)	-	-	-	-
1 - 5	48	10	2	12	25,0	4	-	4	33,3	1	2	3	25,0
5 - 10	35	9	2	11	31,4	2	-	2	(18,2)	1	-	1	(9,1)
10 - 15	40	7	5	12	30,0	6	3	9	75,0	-	1	1	(8,3)
15 - 20	112	45	15	60	53,6	40	12	52	86,7	1	-	1	(1,7)
20 - 25	210	81	23	104	49,5	68	18	86	82,7	-	2	2	1,9
25 - 30	251	59	10	69	27,5	46	10	56	81,2	5	-	5	7,2
30 - 35	268	37	4	41	15,3	26	3	29	70,7	4	-	4	9,8
35 - 40	349	37	6	43	12,3	25	5	30	69,8	2	-	2	4,7
40 - 45	461	31	9	40	8,7	18	5	23	57,5	5	1	6	15,0
45 - 50	676	33	7	40	5,9	14	4	18	45,0	9	1	10	25,0
50 - 55	1 514	49	9	58	3,8	22	5	27	46,6	11	2	13	22,4
55 - 60	1 841	46	14	60	3,3	14	8	22	36,7	20	3	23	38,3
60 - 65	2 970	40	11	51	1,7	18	4	22	43,1	16	5	21	41,2
65 - 70	3 943	27	9	36	0,9	11	4	15	41,7	12	4	16	44,4
70 - 75	4 079	20	14	34	0,8	6	2	8	23,5	10	8	18	52,9
75 - 80	6 939	41	50	91	1,3	18	10	28	30,8	17	34	51	56,0
80 und mehr	19 535	81	145	226	1,2	19	10	29	12,8	53	122	175	77,4
Insgesamt	43 560	658	337	995	2,3	358	104	462	46,4	167	185	352	35,4

Es lassen sich bestimmte geschlechts- und altersspezifische Schwerpunkte der AIDS-Sterbefälle feststellen. Von den 208 Gestorbenen des Zeitraums 1986 bis einschließlich Juni 1992 waren 185, also knapp neun Zehntel, männlichen und 23 (11 %) weiblichen Geschlechts. Diese Relation ist weitgehend auch in den einzelnen Berichtsjahren anzutreffen. Hinsichtlich der Altersstruktur ergibt die Auswertung der zusammengefaßten Daten der Jahre 1986 bis einschließlich 1. Halbjahr 1992, daß die relativ meisten, nämlich zwei Fünftel der AIDS-Gestorbenen, zwischen 30 und 40 Jahre alt waren. Die zweitgrößte Gruppe bilden die 40- bis 50jährigen mit einem Anteil von fast 30 %, während auf die Altersklasse 50 bis 70 Jahre etwa jeder sechste der an der Immunschwächekrankheit Verstorbenen entfiel.

Zahl der nichtnatürlichen Sterbefälle rückläufig

Die Zahl der nichtnatürlichen, d.h. nicht durch Krankheit, sondern durch Vergiftungen, Unfälle oder andere Gewalteinwirkungen verursachten Sterbefälle verringerte sich von 2 350 im Jahre 1980 über 1 860 im Jahre 1985 und 1 730 im Jahre 1988 auf 1 630 im Berichtsjahr, was einem Anteil von 3,7 % aller Todesfälle entspricht. Von ihnen kamen knapp 1 000 Personen bei einem Unfall ums Leben, darunter annähernd die Hälfte (460) bei einem Verkehrsunfall und weitere 350 bei Unfällen durch Sturz. Während 560 Menschen ihrem Leben selbst ein Ende setzten – das waren mehr als durch Kfz-Unfälle Getötete – fielen 39 einem Mord oder Totschlag zum Opfer.

Die Differenzierung der tödlich Verunglückten des Jahres 1991 nach dem Geschlecht zeigt eine deutlich stärkere Beteiligung der Männer. Mit 660 Fällen entfielen auf sie allein zwei Drittel der Unfalldoten gegenüber 340 (34 %) Frauen. Gemessen an der Gesamtzahl der verstorbenen Männer errechnet sich für die männlichen Unfallopfer ein Anteil von 3,2 %; der Vergleichswert für die Frauen (1,5 %) machte weniger als die Hälfte aus.

Noch ausgeprägter ist die Überzahl der Männer bei den tödlichen Kraftfahrzeugunfällen, bei denen 360 Männer (77 %) betroffen waren, dagegen knapp über 100 Frauen (23 %). Eine etwas andere Verteilung zeigt sich bei den tödlich verlaufenen Unfällen durch Sturz (167 Männer und 185 Frauen).

Unfälle als Todesursache bei Kindern und Jugendlichen vergleichsweise häufig

Die relative Bedeutung von Unfällen als Todesursache ist in den einzelnen Altersklassen sehr unterschiedlich. Für Kinder, Jugendliche und Personen mittleren Alters errechnen sich 1991 die höchsten Anteile dieser Todesursachengruppe. Dies erklärt sich vor allem daraus, daß bei ihnen chronische Krankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen ebenso wie bösartige Neubildungen oder auch andere gesundheitliche Leiden noch keine nennenswerte Rolle spielen.

Bezogen auf die Gesamtsterbefälle der jeweils betrachteten Altersgruppe ergibt sich folgendes Bild: Jedes Vierte der im Alter von 1 bis 5 Jahre verstorbenen

Kinder fand bei einem Unfall den Tod. Bei den 5- bis 10jährigen sowie den 10- bis 15jährigen waren jeweils rund 3 von 10 Sterbefällen einem Unfall zuzuschreiben. Der höchste Anteil unfallbedingter Todesfälle errechnet sich jedoch mit 54 % für die Altersklasse der 15- bis 20jährigen, gefolgt von den 20- bis 25jährigen, bei denen jeder zweite Gestorbene ein Unfallopfer war. Auch in den beiden nächsthöheren Altersgruppen hat der Unfalltod mit Quoten von rund 28 bzw. 15 % noch ein erhebliches Ausmaß. Mit zunehmendem Alter reduzieren sich zwar nicht die Absolutzahlen, wohl aber das relative Gewicht der Unfälle als Todesursache bis zu Anteilen um 1 % bei den im Alter von mindestens 65 Jahren Gestorbenen. Die hohen Anteile der Unfälle an den Gesamtsterbefällen bestimmter Altersklassen werden in den jüngeren bis mittleren Altersklassen entscheidend von den Kraftfahrzeugunfällen beeinflusst. So verloren gut 46 % aller 15- bis 20jährigen Gestorbenen – in diese Altersgruppe fallen die meisten Führerschein-Neulinge – ihr Leben bei einem solchen Unfall, bei den 20- bis 25jährigen waren es 41 % und bei den im Alter zwischen 25 und 30 Jahren Gestorbenen noch über 22 %. Die Kfz-Unfallzahlen ihrerseits werden maßgeblich geprägt durch die überdurchschnittliche Häufigkeit, mit der Männer im Vergleich zu Frauen in diese Unfallart verwickelt sind. In den drei Altersgruppen zwischen 15 und 30 Jahren waren – mit gewissen Schwankungen – jeweils rund vier Fünftel der Kfz-Unfallopfer männlichen Geschlechts.

Todesfälle durch Sturz bei älteren Menschen häufigste Unfallart

Die beiden häufigsten Unfallarten sind die Kraftfahrzeugunfälle sowie die Unfälle durch Sturz, auf die 46 bzw. 35 %, zusammen also rund 80 % aller 1991 tödlich verlaufenen Unfälle, entfielen. Allerdings zeigen sich ausgeprägte altersspezifische Abweichungen von dieser Relation. So betrafen bei den 15- bis 20jährigen allein 87 % aller tödlichen Unfälle solche mit Kraftfahrzeugen, und bei den 20- bis 25jährigen sowie den 25- bis 30jährigen waren es mit 83 bzw. 81 % kaum weniger. Auch in den Altersgruppen zwischen 30 und 40 Jahren handelte es sich bei 7 von 10 tödlichen Unfällen um Kraftfahrzeugunfälle.

Dagegen spielen die Unfälle durch Sturz bei älteren Menschen eine größere Rolle. Bei den Senioren über 80 Jahre waren mehr als drei Viertel aller Unfälle mit Todesfolge durch Stürze passiert. Auch in den Altersgruppen 70 bis 75 sowie 75 bis 80 Jahre waren die entsprechenden Werte mit 53 bzw. 56 % vergleichsweise hoch und hatten hier mehr Bedeutung als die Kraftfahrzeugunfälle.

Die Anzahl der männlichen Opfer tödlicher Kraftfahrzeugunfälle ist in allen Altersgruppen – sieht man von den Säuglingen ab – größer als die der weiblichen. An den Folgen eines Sturzes verstarben demgegenüber in den Altersgruppen 75 bis 80 Jahre sowie 80 Jahre und älter deutlich mehr Frauen als Männer, was im wesentlichen mit der längeren durchschnittlichen Lebenserwartung der Frauen und, als Folge davon, mit ihrer zahlenmäßigen Dominanz in den höheren Altersklassen zusammenhängt.

Standardisierte Sterbeziffern

Zur Beurteilung der Sterblichkeitsentwicklung, d.h. der Sterbehäufigkeit im Zeitablauf, sind die Absolutzahlen der Gestorbenen nur bedingt geeignet. Denn neben anderen Faktoren sind vor allem die Größe wie auch die Struktur einer Bevölkerung von Bedeutung für die Sterbefallzahlen. Änderungen in der reinen Anzahl der Einwohner können durch Ermittlung von Sterbeziffern, bei denen man üblicherweise die Zahl der Todesfälle je 100 000 Einwohner berechnet, berücksichtigt werden. Bei Verwendung dieser allgemeinen oder „rohen“ Sterbeziffern werden jedoch solche Einflüsse auf die Mortalität ignoriert, die von Änderungen im Alters- und Geschlechtsaufbau der Referenzbevölkerung ausgehen und damit vergleichende Betrachtungen verzerren können. Hat sich z. B. der Anteil älterer Einwohner gegenüber einem zurückliegenden Bezugsjahr erhöht, so hat dies entsprechende Auswirkungen auf das Sterblichkeitsniveau. Daher finden bei Zeit- und Regionalvergleichen sogenannte standardisierte Sterbeziffern Anwendung. Sie werden errechnet durch Gewichtung der altersspezifischen rohen Sterbeziffern der zu vergleichenden Jahre mit den Anteilen der entsprechenden Altersgruppen einer beliebig festgelegten Basisbevölkerung, der sogenannten Standardbevölkerung. Als Standardbevölkerung wurde hier die Bevölkerung des Landes Rheinland-Pfalz zum Volkszählungstichtag 27. Mai 1987 gewählt.

Hervorzuheben ist, daß standardisierte Sterbeziffern fiktive Werte darstellen, deren Höhe nicht zuletzt von der gewählten Basisbevölkerung abhängt. Sie sagen nur aus, wie hoch die Zahl der Gestorbenen je 100 000 Einwohner entsprechenden Geschlechts gewesen wäre, wenn im Betrachtungszeitraum jeweils eine identische Alters- und Geschlechtsstruktur vorgelegen hätte, nämlich die des festgelegten Basisjahres. Der Vorteil standardisierter Sterbeziffern besteht darin, daß mit ihrer Hilfe die Sterblichkeit verschiedener Jahre (oder auch

regionaler Einheiten) miteinander verglichen werden kann, ohne daß dabei Verzerrungen durch unterschiedliche Bevölkerungsstrukturen zum Tragen kommen. Im folgenden soll anhand der Veränderungen der entsprechenden standardisierten Sterbeziffern untersucht werden, wie sich die Sterbehäufigkeit der an bestimmten Todesursachen Gestorbenen zwischen 1980 und 1991 entwickelt hat. Die für Männer und Frauen errechneten Ziffern sind nur sehr eingeschränkt miteinander vergleichbar, weil bei der hier angewandten Berechnungsmethode keine gemeinsame, sondern die jeweilige geschlechtsbezogene Standardbevölkerung des Jahres 1987 herangezogen wurde.

Rückläufige Sterblichkeit bei den Kreislaufkrankheiten

Die Gesamtsterblichkeit ist im Zeitraum 1980 bis 1991, gemessen an der standardisierten Sterbeziffer, um 18 % zurückgegangen. Dabei nahm die Sterbehäufigkeit bei den Frauen (- 19 %) etwas stärker ab als bei den Männern (- 17 %). Auch bei der Differenzierung nach den wichtigsten Todesursachengruppen ist ein Rückgang der Sterblichkeit zu beobachten. So lag die von Altersstruktureffekten bereinigte Sterbeziffer der insgesamt an Krankheiten des Kreislaufsystems Verstorbenen 1991 um 23 % unter derjenigen des Jahres 1980. Die nach dem Geschlecht berechneten entsprechenden Veränderungsraten bewegten sich dabei in der gleichen Größenordnung. Innerhalb der Gruppe der Kreislaufkrankheiten war der Rückgang der Sterblichkeit bei der Todesursache Apoplexie (Schlaganfall) mit - 37 % sowie beim akuten Herzinfarkt (- 27 %) überproportional. Die Herzinfarktsterblichkeit der Männer ist seit 1980 um 32 % und damit wesentlich stärker zurückgegangen als die der Frauen (- 20 %). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß - betrachtet man die Absolutzahlen - 1991 nach wie vor deutlich mehr Männer (2 455) als Frauen (1 900) an akutem Herzinfarkt starben, jedoch zeigt sich hier eine gewisse Annäherung der geschlechtsspezifischen Sterblichkeit.

Standardisierte Sterbeziffern ¹⁾
ausgewählter Todesursachen 1980, 1990 und 1991
nach dem Geschlecht in Rheinland-Pfalz

Todesursache (Nummer der ICD)	Ge- schlecht	1980	1990	1991	Verän- derung 1991 zu 1980 in %
Bösartige Neubildungen (140-208)	männlich	306,8	287,0	290,5	- 5,3
	weiblich	273,1	258,0	251,9	- 7,8
	zusammen	289,4	271,9	270,5	- 6,5
Krankheiten des Kreis- laufsystems (390-459)	männlich	675,6	509,6	522,1	- 22,7
	weiblich	833,3	615,2	637,0	- 23,6
	zusammen	757,4	564,4	581,7	- 23,2
Krankheiten der Atmungs- organe (460-519)	männlich	74,1	74,0	75,5	1,9
	weiblich	41,2	45,9	45,2	9,7
	zusammen	57,0	59,4	59,8	4,9
Krankheiten der Verdau- ungsorgane (520-579)	männlich	79,5	52,8	45,1	- 43,3
	weiblich	52,2	43,5	37,8	- 27,6
	zusammen	65,4	48,0	41,3	- 36,9
Unfälle, Vergiftungen und Gewalteinw. (E 800-999)	männlich	92,6	62,9	61,2	- 33,9
	weiblich	45,7	28,2	25,4	- 44,4
	zusammen	68,3	44,9	42,6	- 37,6
Alle Todesursachen (001-999)	männlich	1 320,2	1 097,1	1 090,6	- 17,4
	weiblich	1 356,0	1 136,0	1 098,4	- 19,0
	zusammen	1 338,8	1 117,3	1 094,7	- 18,2

1) Je 100 000 Einwohner gleichen Geschlechts.

Sterblichkeit der Frauen beim Lungenkrebs
seit 1980 angestiegen

Hinsichtlich der Krebssterblichkeit weist die standardisierte Sterbeziffer des Jahres 1991 gegenüber 1980 eine leichte Abnahme um 6,5 % aus. Diese rückläufige Tendenz war bei den Frauen (- 7,8 %) etwas stärker ausgeprägt als bei den Männern (- 5,3 %). Bemerkenswert ist dabei, daß beim Lungenkrebs (einschließlich der bösartigen Neubildungen der Luftröhre und der Bronchien) die Mortalitätsziffer der Frauen seit 1980 anstieg und 1991 um fast zwei Drittel höher war als elf Jahre zuvor, wogegen diejenige der männlichen Verstorbenen im gleichen Zeitraum um 4,5 % zurückging. Gleichwohl zeigen die absoluten Zahlen, daß 1991 mit 1 560 Todesfällen 4,5 mal so viele Männer dieser Krankheit erlagen wie Frauen (345). Eine Zunahme der Sterbehäufigkeit zwischen 1980 und 1991 errechnet sich für Frauen beim Brustkrebs (+ 10,1 %) und für Männer beim Prostatakarzinom (+ 8,2 %). Dagegen sank die Mortalität bei der Leukämie in der gleichen Zeitspanne insgesamt um knapp 5 %.

Während die Sterbeziffer bei den Krankheiten der Atmungsorgane um rund 5 % anstieg - bei den Frauen

(+9,7 %) deutlich stärker als bei den Männern (+1,9 %) –, errechnet sich für die an Krankheiten der Verdauungsorgane Gestorbenen mit –37 % eine stark rückläufige Ziffer. Hier verlief die Entwicklung bei den Männern (–43 %) weit günstiger als bei den Frauen (–28 %).

Die Sterbehäufigkeit im Bereich der nichtnatürlichen Todesursachen sank im Betrachtungszeitraum eben-

falls stark (–38 %), darunter insbesondere die aufgrund von Unfällen (–41 %). Auch die Selbstmordhäufigkeit reduzierte sich erheblich; die standardisierte Sterbeziffer der Selbsttötungen insgesamt sank um 34 %, wobei sich die Ziffer bei den Frauen seit 1980 halbierte und die der Männer um 26 % abnahm.

Diplom-Kaufmann Klaus-Jochen Hesse

Die Konjunkturdatei im Landesinformationssystem

Seit Juli 1990 können die Interessenten das Landesinformationssystem (LIS) unmittelbar, das heißt vor Ort in eigener Regie, nutzen. Von dieser Form der schnellen Informationsgewinnung wird immer stärker Gebrauch gemacht. Inzwischen wird von mehr als 140 Terminals, davon 80 bei Landtag, Landesregierung und nachgeordneten Behörden, auf LIS zugegriffen. Über die Gemeindedatei mit ihren mehr als 200 Millionen Informationen und die Pendlerdatei mit fast vier Millionen Pendlerströmen wurde an dieser Stelle schon berichtet. In diesem Beitrag wird die kleinste der drei LIS-Datenbanken, die Datei für kurzfristige Verlaufsanalysen, „Konjunkturdatei“ genannt, vorgestellt.

Eine halbe Million Konjunkturdaten im Direktzugriff

Die Konjunkturdatei unterscheidet sich von den anderen LIS-Datenbanken vor allem dadurch, daß in ihr keine Regionaldaten gespeichert sind, sondern Daten auf Landesebene und dazu für ausgewählte Tatbestände auch Vergleichszahlen für das Bundesgebiet. Für einige Merkmale wird es zukünftig Bundesvergleichszahlen zum Gebietsstand vor bzw. nach dem 3. Oktober 1990 oder für beide Abgrenzungen geben.

Während für die Strukturdaten der Gemeindedatei im Normalfall nur Jahreszahlen vorliegen, werden die Konjunkturdaten je nach Erhebungsrhythmus monatlich oder vierteljährlich gespeichert. Dem Weniger an Gebieten steht ein Mehr an Zeiträumen gegenüber. Monatliche Zeitreihen gibt es seit 1975, davor seit 1960 Jahreswerte.

Die Daten stammen aus folgenden Bereichen:

Bevölkerungsbewegung	B
Erwerbstätigkeit	G
Produzierendes Gewerbe	K
Gebäude und Wohnungen	L
Handel, Gastgewerbe, Fremdenverkehr	M
Verkehr	N
Öffentliche Sozialleistungen	P
Preise, Löhne und Gehälter	R

Der genaue Inhalt der einzelnen Themenbereiche kann im LIS-Benutzerhandbuch im Merkmalverzeichnis der Konjunkturdatei nachgelesen werden. Beispielfhaft soll hier der Abschnitt K: Produzierendes Gewerbe

näher dargestellt werden, in dem die meisten konjunkturrelevanten Daten zu finden sind. Im einzelnen werden hier Daten aus dem Bergbau und dem verarbeitenden Gewerbe dargeboten, und zwar über Betriebe, Beschäftigte, geleistete Arbeiterstunden, Bruttolöhne und -gehälter, Energieverbrauch, Gesamt-, Inlands- und Auslandsumsatz, Produktionsentwicklung und Auftragseingang. Zum Bauhauptgewerbe sind Daten über Beschäftigte, geleistete Arbeiterstunden, Lohn- und Gehaltssumme, Umsatz und Auftragseingang gespeichert, zum Ausbaugewerbe Beschäftigte, geleistete Arbeiterstunden, Lohn- und Gehaltssumme und Umsatz. Für das Handwerk werden Beschäftigte und Umsatz nachgewiesen, und schließlich gibt es noch Angaben zur öffentlichen Energieversorgung.

Zeitkritische Datenaufnahme

Die Brauchbarkeit und Akzeptanz der Konjunkturdatei hängt in ganz besonderem Maße davon ab, daß die neuen Daten sehr zeitnah eingelagert werden. Um hier immer schnell reagieren zu können, werden mehrere Aufnahmeverfahren eingesetzt. Kleinere Datenmengen können manuell am Bildschirm, online, in die Konjunkturdatei eingegeben werden. Hierzu besteht eine Eingabeschablone im LIS-System, in die die aufzunehmenden Daten mit Merkmalnummer, Zeitraum und Wert eingetragen werden. Durch Paßwortschutz und Terminaladressenabgleich wird gewährleistet, daß nur berechnete Personen Daten eingeben, ändern oder löschen können. Die auf diesem Wege erfaßten Zahlen sind sofort in der Datenbank präsent und in das gesamte Auswertungsspektrum einbeziehbar. Für größere Datenmengen bestehen zahlreiche individuelle maschinelle Aufnahmeverfahren, mit denen die einzulagernden Zahlen aus anderen Datenträgern ausgewählt, in die benötigte Satzstruktur umgeformt und dann in die Datenbank nachgeladen werden.

Es wird ständig an der Verbesserung dieser Aufnahmeverfahren gearbeitet und nach neuen Möglichkeiten gesucht, hier noch zeitnäher einzulagern. Neueste Verbesserung insoweit ist die Übernahme der Bundeszahlen des Nettoproduktionsindex direkt aus der Datenbank des Statistischen Bundesamtes. Die Daten werden von Bad Ems aus in Wiesbaden abgerufen, in eine gesonderte Plattendatei im Computersystem des Statistischen Bundesamtes übertragen und gelangen von dort mittels Postleitung unter dem im Statistischen Verbund gebräuchlichen Datenvermittlungssystem DVS in

den Computer in Bad Ems, wo sie per Programm in die Konjunkturdatei übernommen werden. Diese Verfahrensweise ist möglich geworden, weil das Statistische Landesamt nun (seit Oktober 1992) über einen Anschluß an das Informationssystem des Statistischen Bundesamtes verfügt. Bisher wurden die Daten auf Mangetband geliefert. So wird der Postweg und damit Zeit eingespart.

Abruf der Daten

Zum Abruf der Daten werden im LIS-Menü zwei Abrufmöglichkeiten angeboten, der Zweig 12 „Tabellen selbst erstellen“ und der Zweig 22 „Standardtabellen“. Während im Zweig 12 die Tabellen variabel über die Merkmalschlüssel zusammengestellt werden können, werden im Zweig 22 Reinschrifttabellen mit Tabellenkopf und Fußnoten angeboten, die per Tabellennummer angefordert werden. Da das Prozedere beim Abruf ansonsten identisch ist, beschränkt sich die Darstellung der Konjunkturabrufe im folgenden auf die Standardtabellen.

Der Abruf einer Tabelle erfolgt in vier Schritten. Schritt 1 ist die Eingabe von „22“ im LIS-Eingangsmenü.

```

*** L I S ***
I  LL  II  SSSSS  STATISTISCHES LANDESAMT  LL  II  SSSSS  I
I  LL  II  SS      RHEINLAND - PFALZ      LL  II  SS      I
I  LL  II  SS      Landesinformationssystem LL  II  SS      I
I  LLLL II  SSSSS  LLLLLL II  SSSSS  I

ALLGEMEINE INFORMATIONEN      A Hinweise zur Benutzung des LIS
                                R LIS-Brickkasten
                                C LIS-Aktuell

ABRUF AUS DER GEMEINDEDATEI    11 Kurzabfrage
                                21 Standardtabellen
                                31 Tabellen selbst erstellen
                                41 Zeitreihen

ABRUF AUS DER PENDERDATEI      51 Pendlerströme

ABRUF AUS DER KONJUNKTURDATEI  12 Tabellen selbst erstellen
                                22 Standardtabellen

BUCHSTABE ODER NUMMER EINGEBEN ==> 22
  
```

Es erscheint dann die für den Abruf der Tabelle benötigte Schablone.

```

*** L I S ***      ABRUF VON STANDARDTABELLEN MIT KONJUNKTURDATEN *** L I S ***
Tabelle            Ausgabe
Art der Daten      ==> .....
Zeitraum           ==> .....
Mit diesem Eingabemenü kann eine von ca. 60 verschiedenen Standardtabellen mit
Konjunkturdaten auf Landes- oder Bundesebene fuer frei wählbare Zeiträume
abgerufen werden. Die Eingabefelder sind nach folgendem Schema zu besetzen:
Eingabefeld        Eingabe                Beispiel

Tabelle            ==> .....      Nummer der gewünschten Tabelle      W21
Ausgabe            ==> .....      D (= Drucker), B (= Bildschirm)
Art der Daten      ==> .....      1 (= absolute Zahlen)
                                2 (= Veränd. z. vorang. Zeitraum)
                                3 (= Veränd. z. Vorjahreszeitraum)
                                4=T (= Messzahlen mit Basiszeitraum T)
                                gewünschte Monate, Vierteljahre, Jahre      1,2,4=B0
                                B0,B04,B08

Zeitraum           ==> .....      1,2,4=B0
                                gewünschte Monate, Vierteljahre, Jahre      B0,B04,B08

HILFE : EINGABE VON '?' IM JEWELIGEN EINGABEFELD      PF3-ENDE
  
```

Hier müssen nun in drei weiteren Schritten die Tabellennummer, die Art der Daten und der Zeitraum einge-

tragen werden. Die Nummer der gewünschten Tabelle muß, sofern sie nicht bereits bekannt ist und somit direkt eingetragen werden kann, dem Bildschirm-Tabellenverzeichnis entnommen werden. Es wird durch Eingabe eines Fragezeichens an der ersten Stelle des Feldes Tabelle aktiviert. Es erscheint dann eine Übersicht der Themenbereiche, zu denen Tabellen vorliegen.

```

*** L I S ***      ABRUF VON STANDARDTABELLEN MIT KONJUNKTURDATEN *** L I S ***
Gewünschter Themenbereich ==> .....
Die Tabellennummer beginnt mit einem Buchstaben entsprechend der Bereichs-
gliederung und endet mit dem Buchstaben L, wenn die Tabelle nur Landeswerte
enthält, oder B, wenn die Tabelle nur Bundeswerte enthält. Alle Tabellen
ohne den Endbuchstaben L oder B enthalten Daten für Rheinland-Pfalz und das
Bundesgebiet im direkten Vergleich. Folgende Themenbereiche sind verfügbar:
B Bevölkerungsbewegung      W Konjunkturdaten im
G Erwerbstätigkeit          Land/Bund-Vergleich
K Produzierendes Gewerbe
L Gebäude und Wohnungen
R Preise, Löhne und Gehälter

PF1-EINGABEMENUE      PF3-ENDE
  
```

Nach Auswahl des Kennbuchstabens – im Beispiel wurde W angegeben – erscheinen dann die Tabellen zu diesem Themenbereich.

```

*** L I S ***      ABRUF VON STANDARDTABELLEN MIT KONJUNKTURDATEN *** L I S ***
Tabelle-Nr. ==> .....      Inhalt zum Themenbereich W      TEIL 1 -
Tabelle-Nr.      Inhalt zum Themenbereich W      TEIL 1 -

VERARBEITENDES GEWERBE
W21 (W22)      Auftragseingänge insgesamt
W211           Auftragseingänge aus dem Inland
W212           Auftragseingänge aus dem Ausland
W23 (W24)      Index der Produktion
W25 (W26)      Beschäftigte
W27 (W28)      Umsatze insgesamt
W271 (W281)    Inlandsumsatze
W272 (W282)    Auslandsumsatze
( ) : Landesergebnisse fuer ausgewählte Wirtschaftszweige

PF8-TEIL 2      PF1-THEMENBEREICHE      PF3-ENDE
  
```

Die Nummer der gewünschten Tabelle wird links oben eingetragen und durch Drücken der Datenfreigabetaste in das Hauptmenü übertragen.

Mit der Eintragung bei Art der Daten wird festgelegt, wie die Konjunkturdaten dargestellt werden sollen. Es gibt, wie bereits aus der Erläuterung in der Eingabeschablone ersichtlich ist, vier verschiedene Darstellungsarten für die Konjunkturdaten. Durch Angabe der „1“ erhält man die absoluten Werte, so wie sie in der Konjunkturdatei gespeichert sind. Die „2“ und die „3“ bewirken die Ausgabe von Veränderungsraten. Bei „2“ ist es die Veränderung zum vorangegangenen Zeitraum (z. B. Mai 1992 zu April 1992), bei „3“ die Veränderung zum gleichen Zeitraum des Vorjahres (z. B. Mai 1992 zu Mai 1991). Die „4“ bewirkt, daß die eingelagerten Daten in Meßzahlen umgeformt werden, wobei die Basis frei wählbar ist. Die Darstellungsformen können einzeln und

Die letzte benötigte Angabe ist der Zeitraum, für den die Daten gewünscht werden. Dies können einzelne Monate, Vierteljahre, Jahre (z. B. 9205 = Mai 1992) oder Zeitreihen (z. B. 9201m9207 = Januar 1992 bis Juli 1992) oder aber Zeitreihensummen (z. B. 9201s9206 = Januar bis Juni 1992 kumuliert) sein.

```

*** L I S ***      ABRUF VON STANDARDTABELLEN MIT KONJUNKTURDATEN      *** L I S ***
Tabelle            ==> W23...                               Ausgabe ==> d.....
Art der Daten      ==> 1,2,3.....
Zeitraum           ==> 9201a9207.....

Mit diesem Eingabemenue kann eine von ca. 60 verschiedenen Standardtabellen mit
Konjunkturdaten auf Landes- oder Bundesebene fuer frei wahlbare Zeitraume
abgerufen werden. Die Eingabefelder sind nach folgendem Schema zu besetzen.

Eingabefeld      Eingabe      Beispiel
-----
Tabelle          ==>      Nummer der gewünschten Tabelle      W21
Ausgabe          ==>      D (= Drucker), S (= Bildschirm)
Art der Daten    ==>      1 (= absolute Zahlen)
                  2 (= Veränd. z. vorang. Zeitraum)
                  3 (= Veränd. z. Vorjahreszeitraum)
                  4 (= Messzahlen mit Basiszeitraum T)
Zeitraum         ==>      gewünschte Monate, Vierteljahre, Jahre      1.2.4=Q0
                                                80J84,85M

HILFE : EINGABE VON '?' IM JEWEILIGEN EINGABEFELD      PF3=ENDE

```

LANDINFORMATIONSSYSTEME RHEINLAND-PFALZ										
FÜHRER										
2.3. INDEX DER PRODUKTION NAHSEKTORIN IN RHEINLAND-PFALZ UND IM BUNDESGESETZ (IM BUNDESGESETZ VERÄNDERTE INDEXEN EINSCHLIESSLICH BERGBAU)										
INDEX DER PRODUKTION (KALENDER- UND SAISONIERTEINTEIL)										
JAHR MONAT	VERARBEITENDE GEWERKE		GRUNDSTÜCK- UND PRODUKTIONSGEWERKE		PRODUKTIONSGEWERKE		VERBRAUCHSGEWERKE		NAHRUNGS- UND GENUSSMITTEL- GEWERKE	
	LAND	BUND	LAND	BUND	LAND	BUND	LAND	BUND	LAND	BUND
MIT BERGBAU*										
LAND 1955=100										
BUND 1955=100										
1992 JAN	119,3	120,7	116,5	113,0	110,1	125,6	129,2	122,0	140,7	129,4
1992 FEB	120,2	121,5	120,5	117,7	110,5	128,7	130,8	122,2	142,8	128,6
1992 MÄR	117,7	120,9	119,5	116,4	110,4	126,1	129,8	123,2	137,7	128,6
1992 APR	117,0	120,5	118,5	117,1	110,4	126,4	129,4	123,2	137,7	128,6
1992 MAI	117,0	120,0	121,8	119,8	105,4	124,2	123,8	120,2	154,2	125,2
1992 JUN	117,0	119,3	117,8	116,1	105,7	122,6	122,6	119,8	159,3	129,3
1992 JUL	120,0	118,6	116,6	113,6	113,2	123,8	127,9	120,6	158,3	127,2
VERÄNDERUNG GEGENÜBER DER VORANGEHENDEN ZEITRAUM IN V.H.										
1992 JAN	0,4	1,2	2,5	1,9	5,9	-1,0	1,1	0,3	1,0	1,0
1992 FEB	1,6	0,7	3,4	2,8	6,4	0,1	0,5	0,2	1,3	1,9
1992 MÄR	2,9	0,2	0,8	0,1	6,4	0,3	0,0	0,0	3,1	1,4
1992 APR	1,3	1,3	0,8	2,6	6,4	1,1	5,2	1,7	4,2	0,0
1992 MAI	0,3	0,2	1,1	1,5	3,4	0,4	2,0	0,1	2,6	1,5
1992 JUN	0,4	3,3	0,6	1,3	2,8	1,0	1,2	3,3	2,1	2,1
1992 JUL	2,6	0,6	1,0	0,4	7,1	0,7	4,2	0,1	0,6	1,6
VERÄNDERUNG GEGENÜBER DEM GLEICHEN ZEITRAUM DES VORJAHRES IN V.H.										
1992 JAN	0,0	0,4	3,2	0,3	1,0	0,2	3,2	1,0	3,5	1,1
1992 FEB	2,6	0,3	1,7	5,0	3,3	0,3	2,9	1,5	4,6	4,5
1992 MÄR	1,5	1,4	1,0	0,9	7,2	1,4	1,1	0,7	2,1	0,0
1992 APR	0,8	2,7	2,0	11,5	0,3	1,1	8,3	3,8	8,5	4,4
1992 MAI	0,6	0,7	2,5	2,2	2,6	0,7	2,0	1,0	10,0	5,6
1992 JUN	1,7	3,1	0,7	1,8	4,2	4,7	2,6	4,4	1,2	2,9
1992 JUL	1,2	3,1	2,6	0,0	6,8	4,2	6,6	5,2	1,2	2,9

Die Konjunkturdatei wird sehr intensiv genutzt. Im Jahre 1991 wurden bei 6 300 Bildschirm-Abfragen ca. 1,1 Millionen Daten abgerufen. Dies bedeutet, daß jede gespeicherte Zahl im Durchschnitt 2,2mal angefordert wurde. Da man davon ausgehen kann, daß Zahlen für weiter zurückliegende Zeiträume weniger gefragt sind, dürfte die Abfragehäufigkeit für die neuen Konjunkturdaten noch weit höher liegen.

So wird die Konjunkturdatei auch als Datenspeicher für über das offene Angebot hinausgehende Merkmale verwendet und so der laufende Auskunftsdienst rationeller gestaltet. Auf diese Art werden im verarbeitenden Gewerbe 2 200 Merkmale, das sind 50 Prozent des gesamten Merkmalbestandes, in 42 Tabellen vorgehalten, monatlich fortgeschrieben sowie aktuelle Monatsdurchschnitte und kumulierte Ergebnisse berechnet.

Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe
1985 = 100

--- Originalwerte
— Glatte Komponente

%
Veränderungsraten gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat

FRANZÖSISCHE REPUBLIK FRANZÖSISCHE REPUBLIK FRANZÖSISCHE REPUBLIK FRANZÖSISCHE REPUBLIK
1988 1989 1990 1991 1992

Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Dietrich

Neues Betriebssystem im Rechenzentrum

Mit dem Übergang auf das Betriebssystem MVS / ESA (Multiple Virtual Storage / Enterprise Systems Architecture) wurden für das Zentralrechnersystem die Weichen für die weitere technologische Entwicklung sowohl im Hardware- als auch im Softwarebereich gestellt. Im folgenden werden die Ausgangssituation vor der Systemumstellung, die Übergangs- und Umstellungsphase sowie die Systemumgebung unter dem neuen Betriebssystem beschrieben.

Ausgangslage

In früheren Jahren waren Systemumstellungen im Rechenzentrum unmittelbar durch bestehende Hardwareengpässe bestimmt. Zu geringe Verarbeitungskapazität des Zentralrechnersystems und den daraus resultierenden längeren Antwort- und Verweilzeiten, Kapazitätsengpässe im Magnetplattenspeicherbereich, zu wenig Hauptspeicher und Datenpfade des Zentralrechnersystems oder zu geringe Druckerleistung waren meist Ursachen für Erweiterungsentscheidungen. Mit ursächlich für diese in immer kürzeren Zeiträumen erforderlichen Anpassungen waren insbesondere die fortlaufende Umstellung bestehender Batch- (Hintergrund-, Stapel-) Verarbeitungen zu dialogorientierten Lösungen.

Mit zunehmender Erweiterung der Hardwarekapazitäten sowie einer steigenden Zahl von Dialogverfahren und -benutzern zeigte sich jedoch, daß nicht nur die unmittelbaren Hardwareengpässe Ursache für das unbefriedigende Antwortzeitverhalten des Rechnersystems waren, sondern mittelbar die Architekturbegrenzungen des bisherigen Betriebssystems MVS / SP (Multiple Virtual Storage / System Product), die mehr und mehr zu Engpässen führten: Durch die Unterstützung von maximal 64 MB Hauptspeicher und höchstens 16 Datenpfaden (Kanälen) zur Kommunikation mit der angeschlossenen Peripherie führten weitere Hardwareerweiterungen praktisch zu keinen Verbesserungen.

Der virtuelle Adressraum von 16 MB eines jeden Benutzers (von dem lediglich ca. 4 MB dem Benutzer zur freien Verfügung standen) wurde mehr und mehr zum Flaschenhals im System und führte zu erheblichen Einschränkungen im Rechenzentrumsbetrieb.

Eine optimale Nutzung der Speicherplatzperipherie war nur eingeschränkt möglich, da das Konzept eines „dynamischen Kanalsubsystems“, das als eigenständige Komponente ohne Belastung des Betriebssystems und der Zentraleinheit für die schnellstmögliche Bereitstellung benötigter Daten verantwortlich ist, nur in Grundzügen zur Verfügung stand.

Weiterhin zeichnete sich ab, daß mit dem vorliegenden Betriebssystem eine hard- und softwaretechnische Weiterentwicklung nicht möglich war. Neuere Hardwaretechnologien, wie z. B. die Nutzung von Erweiterungsspeicher, neue Kanalprotokolle (ESCON), Einrichtungen zur Datenkomprimierung (IDRC), Magnet-

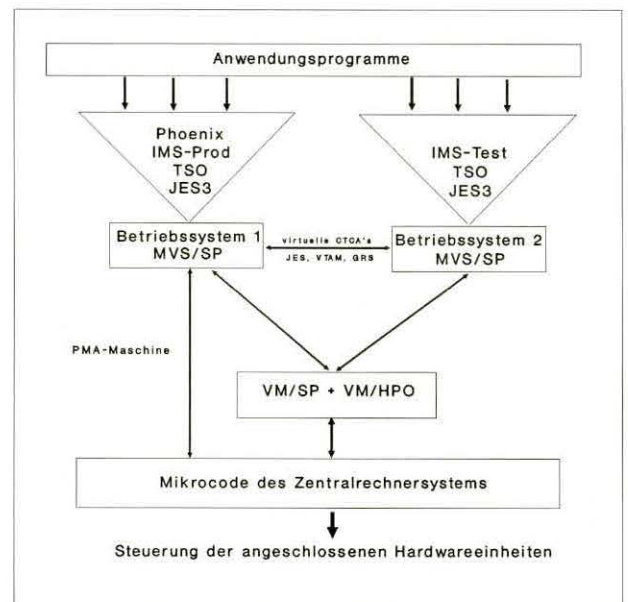
plattensteuereinheiten mit Zusatzeinrichtungen, wie beispielsweise einem Schreib-Cache u.a., wurden softwaretechnisch nicht mehr unterstützt. Weiterhin waren neue Softwareprodukte oder neue Versionen bereits installierter Softwareprodukte kaum mehr nutzbar, da diese vielfach auf die neuesten Hardwareentwicklungen abgestimmt waren.

Vereinfachungen der Systembedienung, Systemwartung und Systempflege – insbesondere im laufenden Betrieb ohne Beeinträchtigung der angeschlossenen Benutzer – waren ebenfalls nicht möglich.

Übergangslösungen

Um für den Zeitraum bis zur endgültigen Umstiegsentscheidung und die Übergangsphase die vorhandenen Hardwareeinheiten nutzen und die Benutzer, soweit möglich, von den vorhandenen Einschränkungen befreien zu können, wurde im Vorfeld der sich abzeichnenden Umstellung auf ein neues Betriebssystem, das die architekturbedingten Restriktionen des installierten Systems beseitigen sollte, nach kostengünstigen Übergangslösungen gesucht. Darüber hinaus sollte ein einigermaßen zufriedenstellendes Antwortzeitverhalten des Rechnersystems erhalten bleiben.

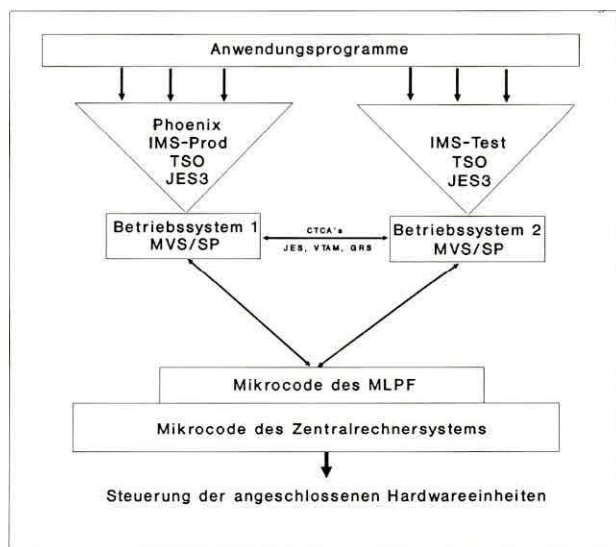
Im ersten Schritt wurden dazu auf dem Zentralrechnersystem die Softwareprodukte VM und VM / HPO (Virtual Machine und Virtual Machine / High Performance Option) installiert. Diese ermöglichen es, auf der Einprozessoranlage zwei „Gast“-Betriebssysteme MVS / SP parallel zu betreiben und die vorhandene Endbenutzerlast so zu verteilen, daß die bis dahin vorhandenen Einschränkungen des RZ-Betriebs zumindestens teilweise entfielen. Die Hardware-Ressourcen (z. B. CPU-Zeit, Hauptspeicher, Kanäle) konnten dabei individuell auf die beiden „Gast“-Systeme aufgeteilt werden.



Ein Teil der Batchverarbeitung (JES), der überwiegende Teil der Anwendungsentwicklung (TSO-Anwender), das Produktionsdatenbanksystem IMS und das interaktive Schulungssystem PHOENIX liefen auf dem Produktionssystem (Betriebssystem 1), die übrigen Anwendungen auf dem Testsystem (Betriebssystem 2).

Die notwendige Kommunikation der beiden Systeme, insbesondere zur Netzwerksteuerung (VTAM), Verarbeitung der Batchanforderungen (JES) und der Zugriffssynchronisation (GRS) geschah über sogenannte „Channel-to Channel-Adapter“ (CTCA), die virtuell in VM abgebildet wurden.

Nach der Installation des bis heute im Einsatz befindlichen Zentralrechnersystems COMPAREX 8/90 im Oktober 1990 wurde diese softwaregesteuerte Übergangslösung mittels VM durch die weitgehend hardwaregesteuerte Partitionierungsmöglichkeit eines Prozessorsystems, MLPF (Multiple Logical Partitioning Feature), ersetzt. Die Steuerung erfolgte dabei über entsprechenden Mikrocode auf dem Zentralrechner-system.



Die Lastverteilung entsprach der unter VM, die Kommunikation der beiden Betriebssysteme geschah über eigens dafür verwendete Kanalpfade. Hauptgrund für diese Umstellung war eine effizientere Nutzung der installierten Hardwareressourcen, ein verringerter Gesamtsystemoverhead sowie ein geringerer Bedienung-, Installations-, Wartungs- und Pflegeaufwand.

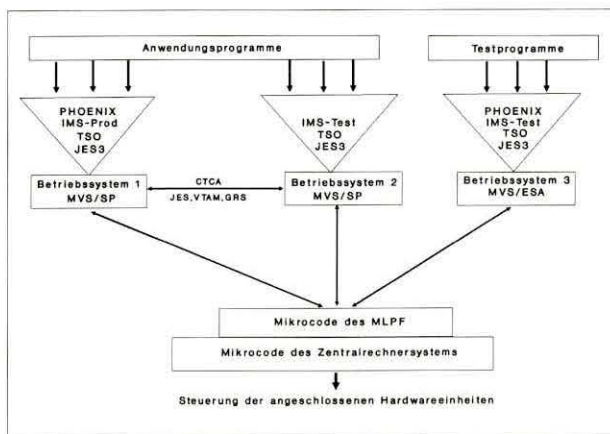
Umstellungsphase

Nachdem auch die durch diese Systemumstellungen freigewordenen zusätzlichen Ressourcen und Einsatzmöglichkeiten der bestehenden Betriebssystemumgebung an ihre Grenzen stießen, wurde im Frühjahr 1991 die abschließende Entscheidung getroffen, auf ein Nachfolgebetriebssystem umzustellen. Dabei wurde ein, speziell auf MVS/SP-Kunden zugeschnittenes Migrationsprogramm, das den Umstieg auf MVS/ESA (Multiple Virtual Storage / Enterprise Systems Architecture) Version 4.1 vorsah, genutzt. Neben der reinen

Systemumstellung im Betriebssystembereich waren darin auch die notwendigen Umstellungen im systemnahen Umfeld und im Datenbanksystem (Umstieg von IMS 1.3 auf IMS/ESA 3.1) enthalten. Zusätzlich wurde vorgesehen, die bisher installierte Datenschutzsoftware CA-ACF2 im Zuge der Betriebssystemumstellung durch das Softwareprodukt RACF zu ersetzen.

Nach Abschluß der notwendigen Planungen, wie zeitliche und personelle Disposition des Generierungsablaufes, Abstimmung der detaillierten Softwarekonfiguration, Bereitstellung der in der Installations- und Testphase benötigten Hardwareressourcen u. a., konnte im September 1991 mit der eigentlichen Installation begonnen werden.

Im Gegensatz zu Systemumstellungen der Vergangenheit, die oft außerhalb der Betriebszeiten des Rechenzentrums abgewickelt werden mußten (exklusiver Zugriff auf das Einprozessorsystem), konnte diese Umstellung während der Betriebszeiten erfolgen. Unter der schon angesprochenen Hardwareeinrichtung MLPF wurde als drittes Betriebssystem das MVS/ESA implementiert. Dieses konnte neben den beiden bestehenden MVS/SP-Systemen parallel vorgehalten werden und der Systemtechnik, dem Software-Engineering und in einer späteren Phase auch einzelnen Benutzern zu Testzwecken während der normalen Betriebszeit des Rechenzentrums zur Verfügung gestellt werden.



Nachdem bis Ende Oktober 1991 ein Basissystem mit der zugehörigen systemnahen Umgebung und den benötigten Subsystemen (JES, TSO, IMS) erstellt war, konnte mit den eigentlichen Umstellungstätigkeiten begonnen werden. Diese waren:

- Anpassung der installierten IBM-Softwareprodukte an die spezifischen Gegebenheiten des Rechenzentrums
- Installation und Anpassung benötigter Fremdsoftwareprodukte
- Übernahme des Datenschutzkonzeptes unter CA-ACF2 auf RACF
- Anpassung der im Hause vorhandenen Softwareentwicklungsumgebung
- systemtechnischer Funktionstest.

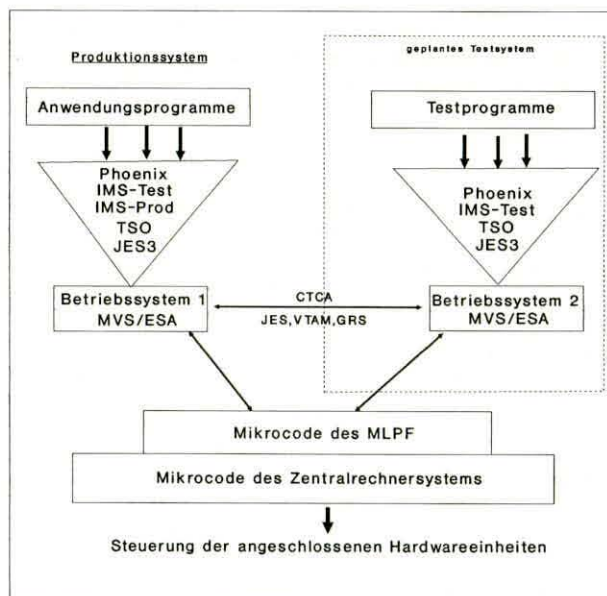
Nach Abschluß dieser Tätigkeiten fand im März 1992 ein „Generaltest“ statt. Zu diesem Testtermin waren die Anwendungsreferate aufgefordert, ihre Produktionsanweisungen unter der neuen Systemumgebung ausgiebig zu testen, um eine abschließende Planung und die Terminierung der Umstellung vornehmen zu können.

Die aufgetretenen Probleme konnten i. d. R. im laufenden Betrieb in der originären MVS / ESA-Systemumgebung gelöst werden. Anfang Mai konnte nach erfolgreichem Abschlußtest die Produktionsübernahme des neuen Systems erfolgen.

Heutige Systemumgebung

Nach dem planmäßigen Umstieg am 18. Mai 1992, der weitestgehend problemlos verlief, ist die nebenstehende Systemkonfiguration gegeben bzw. geplant.

Die Erfahrungen der vergangenen 4 Monate sind äußerst positiv zu bewerten. Ein in allen Softwarekomponenten stabiles System führte bislang nur zu einigen kleineren Schwierigkeiten, die i. d. R. ohne Ausfallzeiten bereinigt wurden. Weitergehende Automatisierungsmöglichkeiten haben die Bedienung aus Sicht des Operators vereinfacht. Die systemtechnischen Einschränkungen der alten Systemumgebung konnten vollständig ausgeräumt werden. Die Performance des neuen Systems entspricht mindestens der des „alten Betriebssystems MVS / SP“, wobei durch eine Vielzahl von Tuningmaßnahmen im Laufe der Zeit weitere Verbesserungen zu erwarten sind.



Diese Umstellung ist ein wichtiger Schritt, um an der hard- und softwaretechnologischen Entwicklung teilhaben zu können. Mit der vorhandenen Hardware und der jetzt verfügbaren Softwareumgebung steht dem Rechenzentrum eine Plattform zur Verfügung, die auch in den kommenden Jahren den weiter wachsenden Ansprüchen genügen sollte.

Diplom-Informatiker Joachim Rünz

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 734	3 789	3 791	3 798	3 804
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 097	2 066	2 390	3 447	2 365	2 752 ^p	3 232 ^p	2 868 ^p	2 511 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,7	6,5	7,4	10,7	7,6	8,7 ^p	10,0 ^p	8,8 ^p	7,9 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 561	3 526	3 776	3 611	3 725	3 721 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,4	11,2	11,7	11,2	11,9	11,8 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 651	3 630	3 678	3 421	3 246	3 569 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,7	11,5	11,4	10,6	10,4	11,3 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	29	24	21	15	18	20 ^p
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	8,2	6,8	5,7	4,1	5,1	5,7 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 90	- 104	98	190	479	152 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,3	- 0,3	0,3	0,6	1,5	0,5 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	12 323	11 775	13 477	14 246	13 880
* Fortgezogene	Anzahl	7 079	6 862	7 487	7 957	7 495
* Wanderungssaldo	Anzahl	5 244	4 913	5 990	6 289	6 385
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 838	11 122	12 328	12 840	10 500
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	93 064	82 334	83 431	78 532	76 161	81 071	89 871	90 729	87 150
* Männer	Anzahl	45 652	41 970	41 211	38 581	37 636	42 139	46 376	46 640	45 184
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	4 783	4 231	-	-	3 367	4 234	-	-	4 155
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	30 495	27 136	-	-	25 100	27 681	-	-	29 445
Arbeitslosenquote	%	6,3	5,4	5,5	5,1	5,0	5,2	5,8	5,8	5,6
Offene Stellen	Anzahl	13 956	17 425	19 951	21 657	21 084	21 975	25 201	27 859	25 466
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	993	1 187	-	-	1 325	1 384	-	-	1 775
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 419	5 510	-	-	5 976	5 810	-	-	5 785
Kurzarbeiter	Anzahl	4 227	6 764	1 859	6 461	7 845	12 571	8 716	6 737	10 119
Männer	Anzahl	3 289	5 086	1 301	4 782	5 705	9 122	6 375	5 213	7 821
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾	t	14 754	15 374	13 872	14 904	15 229	14 034	13 092	12 794	13 840
* Rinder	t	4 786	5 727	4 682	5 592	5 847	4 511	4 220	3 872	4 687
* Kälber	t	26	43	36	38	36	29	23	19	29
* Schweine	t	9 788	9 464	9 059	9 147	9 207	9 339	8 753	8 795	8 998
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	69	66	71	69	62	69	68	65	62
* an Molkereien geliefert	%	94,2	94,6	95,9	95,1	94,4	95,1	95,8	95,2	94,7
Verarbeitendes Gewerbe⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 614	2 666	2 662	2 658	2 663	2 674	2 680	2 676	2 668
* Beschäftigte	1000	386	394	396	398	397	386	386	386	385
* Arbeiter ⁸⁾	1000	263	268	269	271	270	259	260	259	257
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	35 196	35 271	33 236	35 994	36 264	33 793	34 818	29 865	34 580
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 608	1 725	1 695	1 663	1 636	1 879	1 810	1 727	1 713
* Löhne	Mill. DM	917	980	993	969	938	1 044	1 037	980	971
* Gehälter	Mill. DM	691	745	702	694	697	362	773	747	742
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 555	9 110	9 223	8 802	9 254	9 217	9 151	7 764	9 003
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 133	3 052	3 100	2 758	3 092	3 028	3 088	2 497	3 005
* Exportquote ⁹⁾	%	36,6	33,5	33,6	31,3	33,4	32,9	33,7	32,2	33,4

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
* Kohleverbrauch ¹⁾³⁾	1000t SKE	257	252	-	-	241	297	-	-	213
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ²⁾³⁾	Mill. m ³	672	725	-	-	660	824	-	-	741
* Heizölverbrauch ³⁾	1000t	131	133	-	-	96	109	-	-	94
davon										
* leichtes Heizöl	1000t	56	60	-	-	35	41	-	-	33
* schweres Heizöl	1000t	75	73	-	-	61	68	-	-	61
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 121	1 135	1 131	1 194	1 127	1 118	1 165	1 066	1 098
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	198	209	173	182	193	220	190	188	201
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	116	118	114	116	118	115	119	106	...
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	119	117	120	115	116	119	120	107	...
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	110	113	125	128	129	136	144	128	...
Chemische Industrie	1985 = 100	122	119	124	114	116	120	120	109	...
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	111	108	97	101	107	102	108	99	...
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	120	103	90	91	91	90	122	113	...
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	91	91	79	83	95	87	74	73	...
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	116	128	116	133	135	118	122	104	...
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	63	61	50	74	68	43	41	50	...
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	131	155	162	162	158	153	165	151	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	421	425	302	379	371	214	230	283	...
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	2 484	3 302	2 476	2 674	2 648	2 673	2 838	2 685	...
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	883	1 715	1 002	1 204	1 193	1 092	1 162	1 183	...
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	1 994	1 981	1 750	1 818	1 793	1 779	1 887	1 766	...
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	419	446	288	315	315	301	311	286	...
Handwerk ⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	89	89	-	-	89	86	-	-	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	170	184	-	-	189	197	-	-	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	61 218	61 200	61 692	61 999	62 008	61 006 ^p	60 714 ^p	60 747 ^p	60 956 ^p
Facharbeiter	Anzahl	31 745	31 347	31 145	31 115	31 031	34 616 ^p	29 640 ^p	29 515 ^p	29 851 ^p
Fachwerker und Werker	Anzahl	14 907	15 528	16 187	16 565	16 660	12 587 ^p	17 228 ^p	17 171 ^p	16 888 ^p
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	7 077	6 670	6 996	7 786	7 642	7 256 ^p	7 821 ^p	6 115 ^p	7 615 ^p
Privater Bau	1000	4 635	4 309	4 648	4 943	4 839	4 659 ^p	5 021 ^p	4 121 ^p	4 989 ^p
* Wohnungsbau	1000	2 659	2 431	2 668	2 763	2 725	2 666 ^p	2 975 ^p	2 374 ^p	2 955 ^p
Landwirtschaftlicher Bau	1000	55	23	40	102	17	12 ^p	9 ^p	25 ^p	8 ^p
* Gewerblicher und industrieller Bau	1000	1 921	1 855	1 940	2 078	2 097	1 981 ^p	2 037 ^p	1 722 ^p	2 026 ^p
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1000	2 442	2 361	2 348	2 843	2 803	2 597 ^p	2 800 ^p	1 994 ^p	2 626 ^p
Hochbau	1000	523	510	515	565	588	242 ^p	471 ^p	350 ^p	442 ^p
Tiefbau	1000	1 919	1 851	1 833	2 278	2 215	2 173 ^p	2 329 ^p	1 644 ^p	2 184 ^p
Straßenbau	1000	995	953	1 001	1 264	1 165	1 117 ^p	1 266 ^p	879 ^p	1 171 ^p
Löhne und Gehälter	Mill. DM	212	225	240	233	227	243 ^p	250 ^p	238 ^p	242 ^p
* Löhne	Mill. DM	173	182	198	192	185	195 ^p	204 ^p	193 ^p	197 ^p
* Gehälter	Mill. DM	39	43	42	41	42	48 ^p	46 ^p	45 ^p	45 ^p
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	661	715	778	772	833	803 ^p	874 ^p	779 ^p	879 ^p

1) 1t Steinkohleneinheit (1t SKE) = 1t Steinkohle oder -briketts = 1,03t Steinkohlenkoks = 14,5t Braunkohlenkohlenbriketts = 3,85t Rohbraunkohle. - 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. - 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. - 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. - 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. - 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	Jul	August	September	Jun	Jul	August	September	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	935	896	1 046	922	838	1 131	995	873	996
* mit 1 Wohnung	Anzahl	671	616	743	637	565	729	630	549	611
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	164	155	164	151	147	252	211	177	235
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	99	122	139	134	126	150	154	147	150
* Umbauter Raum	1000 m³	1 027	1 045	1 168	1 042	1 063	1 347	1 212	1 051	1 238
* Wohnfläche	1000 m²	175	182	206	180	188	232	213	187	218
Wohnräume	Anzahl	8 100	8 524	9 368	8 377	8 742	10 535	9 737	8 523	10 018
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	346	371	416	374	379	501	464	398	471
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	2	8	2	1	3	12	–	4
Unternehmen	Anzahl	152	162	237	136	170	140	139	83	148
Private Haushalte	Anzahl	780	731	801	784	667	988	844	790	844
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	169	174	183	163	185	169	188	155	168
* Umbauter Raum	1000 m³	915	1 005	1 044	689	1 231	1 158	1 183	928	731
* Nutzfläche	1000 m²	145	159	161	107	209	167	175	152	115
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	178	209	274	131	255	231	266	289	177
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	18	19	27	27	29	26	25	28	36
Unternehmen	Anzahl	139	139	150	126	138	132	159	122	128
Private Haushalte	Anzahl	5	8	6	10	18	11	4	5	4
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 036	2 254	2 440	2 110	2 368	2 564	2 691	2 331	2 752
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 013	2 959	3 045	2 833	2 873	2 921	2 900
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 655	1 622	1 666	1 430	1 584	1 686	1 663
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	223	225	218	221	219	264	238
Dänemark	Mill. DM	45	49	38	48	48	52	43
Frankreich	Mill. DM	446	432	458	387	403	420	436
Griechenland	Mill. DM	30	28	32	23	24	34	39
Großbritannien	Mill. DM	285	266	290	263	254	264	270
Irland	Mill. DM	12	11	8	9	9	11	12
Italien	Mill. DM	273	258	259	156	283	277	270
Niederlande	Mill. DM	210	211	216	199	204	217	213
Spanien	Mill. DM	108	117	121	103	113	122	114
Portugal	Mill. DM	23	26	27	22	27	26	27
USA und Kanada	Mill. DM	205	195	206	197	185	182	194
Japan	Mill. DM	66	69	76	67	70	63	55
Entwicklungsländer	Mill. DM	397	408	446	466	415	373	359
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	106	91	96	79	77	95	105
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 046	2 340	2 528	2 233	2 269	2 116	2 519
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 155	1 340	1 433	1 179	1 219	1 183	1 438
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	224	303	338	267	320	254	282
Dänemark	Mill. DM	30	45	46	45	46	44	46
Frankreich	Mill. DM	282	313	344	92	286	268	324
Griechenland	Mill. DM	8	8	9	7	7	7	8
Großbritannien	Mill. DM	96	107	111	103	104	105	112
Irland	Mill. DM	11	13	14	11	9	11	13
Italien	Mill. DM	195	203	243	152	162	188	241
Niederlande	Mill. DM	212	230	197	199	192	192	253
Spanien	Mill. DM	80	98	100	83	76	99	130
Portugal	Mill. DM	17	20	30	22	15	14	28
USA und Kanada	Mill. DM	142	162	176	154	132	152	173
Japan	Mill. DM	100	132	150	127	153	133	154
Entwicklungsländer	Mill. DM	287	312	318	371	334	285	309
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	52	59	62	58	69	68	75

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	102	103	102	102	103	100	100	101	100
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	119	125	126	119	116	122	132	112	121
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	107	111	112	113	113	112	112	113	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	124	132	133	129	131	136	133	117	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	96	92	97	98	98	95	96	96	98
Teilbeschäftigte	1986 = 100	99	94	98	98	101	94	97	97	99
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	106	109	118	128	131	126	122	127	139
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	111	116	123	142	152	135	130	141	161
Gaststättengewerbe	1986 = 100	103	105	116	119	116	120	116	119	124
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	516	521	634	725	825	601	701	652	...
* Ausländer	1 000	122	120	204	221	193	140	216	187	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 757	1 866	2 640	2 872	2 838	2 060	2 546	2 656	...
* Ausländer	1 000	386	414	831	868	629	421	739	746	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 509	1 471	1 406	1 478	1 287
* Güterversand	1 000 t	931	889	1 025	1 018	810
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 289	17 241	26 210	9 137	11 549	17 616	17 564	10 217	13 274
Krafträder	Anzahl	564	654	786	565	334	1 143	963	626	378
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 731	15 455	24 254	7 522	10 194	15 207	15 410	8 772	11 985
* Lastkraftwagen	Anzahl	662	787	834	791	733	810	860	586	666
Zugmaschinen	Anzahl	197	185	175	153	160	277	149	102	136
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	10 466	10 233	9 608	10 505	10 729	9 853	10 265 ^p	8 934 ^p	9 882 ^p
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 601	1 539	1 751	1 959	1 831	1 765	1 867 ^p	1 593 ^p	1 705 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 865	8 694	7 857	8 546	8 898	8 088	8 398 ^p	7 341 ^p	8 177 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 194	2 086	2 312	2 619	2 492	2 344	2 472 ^p	2 163 ^p	2 239 ^p
* Getötete	Anzahl	44	39	39	41	45	51	40 ^p	48 ^p	34 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	28	21	13	15	21	23	25 ^p	25 ^p	14 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	7	6	11	14	7	16	8 ^p	11 ^p	10 ^p
Radfahrer	Anzahl	2	3	7	6	5	6	3 ^p	8 ^p	3 ^p
Fußgänger	Anzahl	6	8	6	5	11	4	2 ^p	1 ^p	7 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	575	559	603	745	656	657	622 ^p	615 ^p	588 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	336	320	301	319	359	309
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	97	94	140	204	106	157
Radfahrer	Anzahl	57	57	82	113	101	103
Fußgänger	Anzahl	64	68	64	80	61	63
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	57	59	71	58	54	73	75	66	74
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	21 884	38 070	50 898	56 282	78 091	43 907	18 727	21 252	67 231
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	356	347	382	357	329	389	.	.	327
* Wechselsumme	1 000 DM	3 163	4 229	3 163	4 810	4 079	8 509	.	.	4 422

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	100 419	100 048	96 391	96 744	97 046	101 622	·	·	101 801
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	97 964	98 090	94 307	94 687	95 068	99 734	·	·	99 895
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	17 679	20 478	18 978	19 109	19 154	20 678	·	·	19 969
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	17 388	19 357	18 667	18 596	18 849	20 105	·	·	19 368
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	291	1 121	311	513	305	573	·	·	601
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	8 838	10 344	9 673	9 688	9 845	10 608	·	·	10 495
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 729	7 615	7 212	7 285	7 327	7 974	·	·	8 174
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 109	2 729	2 461	2 403	2 518	2 634	·	·	2 321
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	71 447	67 268	65 656	65 890	66 069	68 449	·	·	69 431
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	59 818	59 293	57 542	57 833	58 048	60 598	·	·	61 611
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	11 628	7 975	8 114	8 057	8 021	7 851	·	·	7 820
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	92 721	96 418	91 798	92 209	92 055	96 144	·	·	97 357
* Sichteinlagen	Mill. DM	14 511	15 224	13 358	13 460	13 618	14 560	·	·	14 625
* Termineinlagen	Mill. DM	39 025	42 243	41 106	41 515	41 296	43 682	·	·	45 080
* Spareinlagen	Mill. DM	39 184	38 951	37 334	37 233	37 147	37 901	·	·	37 652
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	3 659	4 216	2 241	2 073	1 875	2 761	·	·	·
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 901	2 350	2 525	2 174	1 967	2 674	·	·	·
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 620	1 809	1 739	1 882	2 029	2 366	1 496	2 065	2 240
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 121	1 246	1 152	1 275	1 518	1 760	902	1 433	1 685
* Lohnsteuer	Mill. DM	813	920	834	1 196	680	758	884	1 391	812
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	149	165	–	480	–	–	–	524	–
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	116	147	10	– 5	476	458	– 48	– 39	517
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	42	43	266	22	24	193	43	32	28
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	150	136	42	62	338	351	23	49	327
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	20	21	–	63	–	–	–	42	–
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	499	563	587	607	512	606	594	633	555
* Umsatzsteuer	Mill. DM	339	386	418	412	353	429	422	467	416
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	160	177	170	195	158	177	172	165	139
* Zölle	Mill. DM	12	13	14	18	12	12	11	15	9
* Bundessteuern	Mill. DM	81	131	91	162	169	216	181	89	110
Kapitalverkehrssteuern	Mill. DM	2	2	1	2	1	0	0	0	1
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	76	90	86	114	42	79	115	83	110
Solidaritätszuschlag	Mill. DM		36	1	42	123	134	63	2	– 3
* Landessteuern	Mill. DM	92	109	84	162	138	94	108	139	87
* Vermögensteuer	Mill. DM	21	23	6	59	6	0	6	61	5
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	43	50	47	69	60	62	63	46	52
* Biersteuer	Mill. DM	6	7	7	9	3	8	8	10	3

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ohne die durch die Euro-Zoll-Kasse in Trier vereinnahmten Steuern und Abgaben.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	639	680	.	.	700
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	.	.	10
* Grundsteuer B	Mill. DM	104	107	.	.	123
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	466	499	.	.	499	535	.	.	489
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	45	49	.	.	53
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	908	1 052	1 022	1 104	1 174	1 461	932	1 115	1 214
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	491	543	513	548	672	789	388	615	743
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	324	366	382	394	333	456	324	411	361
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	842	905	896	978	999	1 165	783	1 021	1 066
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	486	538	507	538	664	784	378	607	739
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	251	244	265	278	196	287	250	275	241
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	989	1 084	.	.	1 102
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	398	423	.	.	423	449	.	.	410
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	418	480	.	.	478	451	.	.	527
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	107,0	110,7	111,5	111,5	111,7	115,2	115,2	115,4	115,7
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	105,6	108,6	109,6	109,0	108,6	113,2	112,8	112,0	111,7
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1985 = 100	116,4	124,3	.	125,8	.	.	.	132,7	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	20,01	21,31	21,63	.	.	.	22,68	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	20,97	22,31	22,64	.	.	.	23,61	.	.
* Facharbeiter	DM	22,05	23,44	23,76	.	.	.	25,01	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	20,15	21,52	21,72	.	.	.	22,70	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	18,05	19,11	19,28	.	.	.	20,25	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	14,71	15,75	15,98	.	.	.	17,09	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	14,60	15,62	15,86	.	.	.	16,80	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,9	39,5	39,4	.	.	.	39,6	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	40,2	39,8	39,7	.	.	.	39,9	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	38,4	38,0	38,1	.	.	.	38,0	.	.
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 942	5 252	5 312	.	.	.	5 529	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	4 443	4 716	4 764	.	.	.	4 967	.	.
* männlich	DM	5 311	5 610	5 659	.	.	.	5 924	.	.
* weiblich	DM	3 474	3 714	3 766	.	.	.	3 956	.	.
* Technische Angestellte	DM	5 346	5 676	5 748	.	.	.	5 984	.	.
* männlich	DM	5 468	5 809	5 882	.	.	.	6 126	.	.
* weiblich	DM	3 924	4 208	4 265	.	.	.	4 472	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen										
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 389	3 576	3 589	.	.	.	3 904	.	.
* männlich	DM	3 366	3 549	3 557	.	.	.	3 890	.	.
* weiblich	DM	3 983	4 173	4 155	.	.	.	4 661	.	.
* weiblich	DM	2 824	2 993	3 024	.	.	.	3 240	.	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. - 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. - 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	63 253	...	64 036	64 116	64 201
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	34 504 ^p	37 771 ^p	45 661 ^p	43 766 ^p	56 738 ^p	54 681 ^p	50 770 ^p	51 079 ^p	...
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	60 303 ^p	69 023 ^p	67 811 ^p	75 483 ^p	70 942 ^p	64 401 ^p	69 502 ^p	72 699 ^p	...
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 142 ^p	75 067 ^p	69 629 ^p	75 900 ^p	68 726 ^p	69 194 ^p	71 246 ^p	70 896 ^p	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	1 161 ^p	- 6 045 ^p	- 1 818 ^p	- 417 ^p	2 216 ^p	- 4 793 ^p	- 1 744 ^p	1 803 ^p	...
Arbeitslose	1 000	1 883	1 689	1 593	1 694	1 672	1 704	1 715	1 828	1 822
Männer	1 000	968	898	835	885	870	918	921	975	970
Arbeitslosenquote	%	7,2	6,3	5,9	6,3	6,2	6,2	6,3	6,7	6,7
Offene Stellen	1 000	314	331	364	353	350	358	356	341	335
Kurzarbeiter	1 000	56	145	163	146	130	246	229	159	128
Männer	1 000	45	117	135	123	112	176	163	110	92
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	7 411	7 515	7 505	7 552	7 559	7 356	7 357	7 364	7 354
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	666	663	666	662	619	628	636	626	582
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	151 940	162 463	168 659	162 239	146 541	157 558	167 582	161 058	143 283
Auslandsumsatz	Mill. DM	44 318	43 557	44 875	42 080	37 361	42 258	45 313	42 430	36 255
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	118	121	127	121	109	117	123	118	105
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	1985 = 100	111	112	117	117	106	115	118	117	108
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	123	126	136	122	108	121	129	118	101
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	118	123	127	122	109	118	119	117	104
Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1985 = 100	119	129	129	134	130	119	130	131	125
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	32 089	32 913	29 837	28 926	27 760
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 730	2 814	2 249	2 420	2 448
Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 034	1 061	1 069	1 079	1 086	1 062 ^p	1 068 ^p	1 072 ^p	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	112	111	123	129	113	117 ^p	123 ^p	123 ^p	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	11 639	12 911	14 004	14 994	13 622	13 950 ^p	15 218 ^p	15 837 ^p	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	12 747	11 855	13 487	13 747	12 720	15 276	14 893	15 815	...
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 912	9 875	11 451	11 508	10 575	12 906	12 485	13 289	...
Wohnfläche	1 000 m ²	2 575	2 553	2 862	2 948	2 714	3 239	3 148	3 338	...
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 904	2 926	3 492	3 518	3 197	2 972	3 104	3 516	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	32 612	33 385	37 279	38 530	35 124	40 663	40 518	43 561	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	125,6	136,4	132,9	141,0	124,4	133,0	129,8	136,6	120,5 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	116,3	120,8	129,0	130,1	133,2	136,3	129,2	131,7	132,4 ^p

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt		June	Juli	August	Mai	June	Juli	August
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	53 554	54 017	53 636	58 904	51 695	52 157	51 536	59 841	48 734
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	29 188	29 998	30 251	31 533	26 297	28 792	28 639	32 059	25 326
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 980	4 052	4 187	3 853	3 581	3 904	4 001	3 820	3 424
Frankreich	Mill. DM	6 981	7 292	7 240	7 610	6 374	6 731	6 592	7 398	6 039
Großbritannien	Mill. DM	4 559	4 231	4 145	4 643	4 064	4 073	4 284	4 816	4 038
Italien	Mill. DM	4 998	5 107	5 227	5 661	3 710	5 171	5 031	5 923	3 569
Niederlande	Mill. DM	4 523	4 672	4 618	4 921	4 517	4 224	4 126	4 919	4 186
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	45 881	53 784	53 245	58 696	48 596	51 030	49 525	58 560	43 020
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	23 882	27 933	28 322	30 016	23 214	26 785	25 936	30 560	21 123
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 313	3 824	4 003	3 962	2 933	3 666	3 651	3 846	2 821
Frankreich	Mill. DM	5 425	6 572	6 834	6 863	5 396	6 236	5 822	6 724	4 594
Großbritannien	Mill. DM	3 087	3 559	3 474	3 730	3 293	3 329	3 448	4 013	3 243
Italien	Mill. DM	4 319	4 997	5 113	6 307	3 936	4 778	4 884	6 199	3 453
Niederlande	Mill. DM	4 662	5 222	5 143	5 210	4 536	4 915	4 432	5 467	4 092
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 815	3 086	2 922	2 941	2 975	3 198	3 237	3 256	3 275 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 210	2 456	2 309	2 326	2 362	2 546	2 583	2 592	2 609 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	604	629	613	616	614	652	654	664	666 ^P
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 641	2 176	2 042	2 030	2 045	2 173	2 184	2 192	2 207 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	756	754	731	718	717	743	743	741	741 ^P
Steuern ⁵⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	34 127	40 372	51 404	38 848	34 659	35 210	54 337	39 695 ^P	39 565 ^P
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	21 253	24 900	37 193	23 001	18 387	18 380	38 133	22 551 ^P	22 690 ^P
Lohnsteuer	Mill. DM	14 799	17 848	18 366	20 225	17 411	17 973	19 006	21 993 ^P	22 118 ^P
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 043	3 461	9 452	- 185	102	- 238	9 889	- 1 233 ^P	- 762 ^P
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	12 410	14 973	14 199	14 764	15 914	16 485	16 201	15 837 ^P	16 442 ^P
Umsatzsteuer	Mill. DM	6 612	8 233	7 353	7 627	8 791	9 750	9 331	8 635 ^P	9 768 ^P
Zölle	Mill. DM	597	692	674	689	759	641	600	657 ^P	619 ^P
Bundessteuern	Mill. DM	5 490	7 802	5 757	6 526	8 809	9 350	10 396	8 816 ^P	8 118 ^P
Versicherungssteuer	Mill. DM	369	488	278	335	842	550	419	441 ^P	879 ^P
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	4 964	6 352	5 379	6 057	6 723	7 344	6 969
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁶⁾	1985 = 100	95,7	98,3	98,8	99,5	99,0	102,6	102,6	101,3	100,3
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	1985 = 100	94,7	94,1	95,4	94,0	94,2	96,7	96,3	93,7	92,1 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	1985 = 100	101,0	103,4	103,1	104,0	104,0	105,1	105,2	105,1	105,1
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	115,9	124,6	-	-	126,1	131,2	-	-	132,8
Bauleistungen am Bauwerk ⁷⁾	1985 = 100	116,4	124,3	-	-	125,8	131,0	-	-	132,7
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	113,2	121,0	-	-	122,4	127,7	-	-	128,9
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	107,0	110,7	110,5	111,5	111,5	115,0	115,2	115,2	115,4
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	105,6	108,6	109,3	109,6	109,0	113,1	113,2	112,8	112,0
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	107,5	110,1	109,9	110,0	110,2	113,0	113,0	113,2	113,5
Wohnungsmieten	1985 = 100	112,5	117,3	117,3	117,8	118,1	122,9	123,4	123,8	124,6
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	85,5	89,4	88,0	89,0	88,8	90,1	90,1	89,8	89,7
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	107,3	110,5	110,5	110,6	111,1	114,2	114,4	114,5	114,9
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	110,3	113,8	113,3	113,9	114,5	117,6	117,8	118,1	118,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	106,1	112,1	110,4	114,9	114,9	117,2	117,8	117,7	117,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	106,1	108,1	108,2	108,1	107,9	112,6	112,2	112,2	112,2
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	115,3	118,0	118,2	119,4	119,3	122,4	122,9	122,9	124,3

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Monat Januar 1991: Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Ab Januar 1991 = Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 6) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 7) Ohne Baunebenleistungen.

Umsatzrückgang im Einzelhandel Drogerien und Apotheken im Plus

Der Umsatzboom im Einzelhandel nach der Wiedervereinigung setzt sich 1992 nicht fort. Der Umsatz der rheinland-pfälzischen Geschäfte verminderte sich im August dieses Jahres gegenüber dem Vormonat um 13 % und gegenüber August 1991 um 3,8 %. Die durchschnittlichen Tageseinnahmen erreichten nur noch die Höhe von Anfang 1990.

Im Zeitraum Januar bis August 1992 lagen die Einnahmen des Einzelhandels nominal um 1,4 % über denen der gleichen Vorjahresmonate, nach Abzug der Preissteigerungen zeigt sich jedoch ein realer Rückgang um 1,4 %. Die Entwicklung in den einzelnen Branchen verlief uneinheitlich. Geschäfte, die überwiegend Nahrungs- und Genußmittel führen, registrierten nominal ein Umsatzplus von 0,4 %. Im Bereich Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren betrug der Zuwachs 0,3 %. Der Umsatz im Einzelhandel mit Kraftwagen nahm um 3,6 % und mit Brennstoffen um 5,9 % ab. Drogerien und Apotheken verzeichneten ein Umsatzwachstum von 12 bzw. 5,8 %. sr

Apfelanbau überflügelt Sauerkirschen

In Rheinland-Pfalz gab es Anfang 1992 knapp 3 700 Betriebe mit Markto Obstbau. Sie bewirtschafteten eine Baumobstfläche von 5 500 ha. Seit 1982 ging damit die Fläche weit weniger zurück (-5,7 %) als die Zahl der Betriebe (-19,6 %). Mit 1,5 ha verfügten die Betriebe im Durchschnitt über eine um 17 % größere Baumobstfläche als vor zehn Jahren.

Deutliche Veränderungen gab es auch in bezug auf die angebauten Obstarten. So verdrängten Äpfel aufgrund ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit die Sauerkirschen auf den zweiten Platz. Apfelbäume stehen derzeit auf 2 000 ha, gegenüber 1 600 ha im Jahre 1982. Ebenso war ein Zuwachs auf nunmehr 840 ha für Pflaumen und Zwetschen zu verzeichnen.

Bei Äpfeln hat sich das Sortenspektrum gewandelt. Stellten Golden Delicious, Cox Orange und James Grieve vor zehn Jahren rund 47 % der Anbaufläche, kommen sie heute nur noch auf 20 %. An Bedeutung gewonnen haben den Verbraucherwünschen folgend die neueren Sorten Elstar, Jonagold, Melrose und Idared.

Der Obstbau stellt hohe klimatische Ansprüche. Er hat demzufolge nur in einzelnen Landesteilen größere Bedeutung. Herausragend ist dabei der Landkreis Mainz-Bingen einschließlich der Stadt Mainz. In diesem

Gebiet liegen fast 52 % der Baumobstfläche. Weitere wichtige Anbauschwerpunkte sind die Landkreise Bad Dürkheim, Mayen-Koblenz, Ahrweiler und Südliche Weinstraße. bd

Jeder zehnte Gestorbene war 1991 Opfer eines Herzinfarkts

Im Jahre 1991 starben 43 560 Menschen, die in Rheinland-Pfalz wohnten. Bei 23 500 oder 54 % der Gestorbenen führten Krankheiten des Kreislaufsystems zum Tode. Darunter waren 4 350 Herzinfarktopfer, das entspricht 10 % aller Verstorbenen. Etwa jeder vierte Todesfall (10 480 Fälle) war auf eine Krebserkrankung zurückzuführen. Drittgrößte Todesursachengruppe waren mit 2 380 Gestorbenen und einem Anteil von 5,5 % die Krankheiten der Atmungsorgane.

An der Immunschwächekrankheit AIDS verstarben 1991 insgesamt 58 Menschen, das war knapp ein Viertel mehr als ein Jahr zuvor. Von 1986 bis Mitte 1992 sind insgesamt 208 AIDS-Tote in der Todesursachenstatistik registriert worden, darunter 23 Frauen (11 %).

Nichtnatürliche Ursachen – das sind Unfälle, Vergiftungen, Selbstmorde, Morde und Totschlag – führten in 1 630 Fällen (3,7 % aller Gestorbenen) zum Tod. 558 Rheinland-Pfälzer (1,3 %) setzten ihrem Leben selbst ein Ende. Der Straßenverkehr forderte 462 Todesopfer (1,1 %) von der rheinland-pfälzischen Bevölkerung. Gegenüber 1980 ist die Zahl der Selbstmorde um 27 % und die der Verkehrstoten um 42 % gesunken. he

Mehr über dieses Thema auf Seite 266.

Die Konjunkturdatei im Landesinformationssystem

Die Datei für kurzfristige Verlaufsanalysen, Konjunkturdatei genannt, ist die kleinste der drei LIS-Datenbanken, die von den Interessenten an inzwischen 140 Terminals außerhalb und innerhalb des Statistischen Landesamtes direkt genutzt werden können. In ihr sind zu 4 500 Merkmalen eine halbe Million Daten gespeichert. Der Schwerpunkt liegt im produzierenden Gewerbe. Die Datei enthält Landeswerte und Vergleichszahlen für das Bundesgebiet. Neueste Daten werden monatlich gespeichert. Die Zeitreihen reichen teilweise bis 1960 zurück. Von 1960 bis 1974 sind Jahreszahlen, später Monatszahlen präsent.

Die Konjunkturdatei wird sehr stark genutzt. Über das LIS-Direktabrufsystem wurden 1991 bei 6 300 Abfragen mehr als 1,1 Millionen Daten abgerufen. dt

Mehr über dieses Thema auf Seite 271.

Neues Betriebssystem im Rechenzentrum

Mit dem Übergang auf das Betriebssystem MVS / ESA wurden für das Zentralrechnersystem die Weichen für die weitere technologische Entwicklung gestellt. Dem Rechenzentrum steht nun eine Hard- und Softwareumgebung zur Verfügung, die auch in den kommenden Jahren den wachsenden Ansprüchen genügen sollte. Im Rückblick werden die Ausgangssituation sowie die Umstellungsphase und anschließend die Erfahrungen mit dem neuen Betriebssystem in der aktuellen Systemumgebung beschrieben. rü

Mehr über dieses Thema auf Seite 274.

Themen der letzten Hefte**Heft 1 / Januar 1992**

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik
System der Personalstatistiken
Haushalte und Familien
Langfristige regionale Entwicklung der Schweinehaltung in Rheinland-Pfalz

Heft 2 / Februar 1992

Integriertes Konzept der Erwerbstätigenschätzung
Die Bevölkerungsentwicklung der Jahre 1989 und 1990
Die freien Berufe in der amtlichen Statistik

Heft 3 / März 1992

Neues Konzept für die informations- und kommunikationstechnische Aus- und Fortbildung
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ihr Entgelt
Verdienste in der Industrie und im Dienstleistungsbereich
Ehescheidungen 1950 bis 1991
Das Landesinformationssystem

Heft 4 / April 1992

7. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung
Baugenehmigungen 1991
Einrichtung und Personal in der Jugendhilfe am Jahresanfang 1991
Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben
Die Einbindung des Arbeitsplatz-Computers in den Datenverarbeitungsprozeß

Heft 5 / Mai 1992

Sachinvestitionen der öffentlichen Körperschaften
Der Umsatz der Unternehmen und seine Besteuerung 1990
Gewerbegründungen 1991
Energiepreise 1980 bis 1991

Heft 6 / Juni 1992

Landwirtschaftliche Bodennutzung 1971 bis 1991
Das Eisen-, Blech- und Metallwarengewerbe 1980 bis 1990
Omnibustourismus
Handel mit Lateinamerika
Meldepflichtige übertragbare Krankheiten im Jahre 1991
Krankenhaus-Controlling

Heft 7 / Juli 1992

Frauen im Landesdienst
Langfristige Entwicklung der Verbraucherpreise und des Verbraucherverhaltens
Landwirtschaftliche Betriebe 1971 bis 1991
Baufertigstellungen 1991
Der Fremdenverkehr in Kleinbeherbergungsstätten 1991
Unfallentwicklung auf Autobahnen

Heft 8 / August 1992

Zerlegung der Lohnsteuer nach dem Wohnsitzprinzip
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1991
Entwicklung der Verbraucherpreise seit Juni 1991
Ernteerträge und -aussichten 1992
Bruttowertschöpfung im Bauhauptgewerbe
– Neues Rechenverfahren in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen –

Heft 9 / September 1992

Rheinland-Pfalz – Portrait einer Region Europas
Die Weinanbaugebiete und ihre wirtschaftliche Bedeutung
Der Raum Pirmasens – Zentrum der deutschen Schuhindustrie

Heft 10 / Oktober 1992

Wählerstruktur der Parteien seit 1957
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993
Empfänger von pauschalitem Wohngeld
Zwischenfruchtanbau 1991
Handelsbeziehungen zwischen Rheinland-Pfalz und Spanien
Öffentliche Abfallbeseitigung

Zeichenerklärungen

–	genau Null / nichts vorhanden	D	Durchschnitt
0	Zahl ungleich Null, aber kleiner als die Hälfte des Wertes der kleinsten ausgewiesenen Stelle	p	vorläufige Angabe
·	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigte Angabe
...	Angabe fällt später an	s	geschätzte Angabe
()	Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.